

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand Grüne Dortmund (dort beschlossen am: 03.04.2025)

Titel: 1. Macht Dortmund stark für die Zukunft

Text

1. Macht Dortmund stark für die Zukunft

Dortmund steht vor großen Herausforderungen: Die Klimakrise, steigende Mieten und wirtschaftlicher Wandel zeigen, dass wir jetzt handeln müssen, um unsere Stadt zukunftsfest zu machen. Wir schauen nach vorn: Entschlossen, zuversichtlich und mit klarer Haltung. Mit einem klaren Plan wollen wir Dortmund gemeinsam mit den Menschen dieser Stadt stark machen – sozial, ökologisch und wirtschaftlich.

Wir kämpfen für konsequenten Klimaschutz und für Maßnahmen, die unsere Stadt nicht nur gegen die Folgen der Klimakrise wappnen, sondern auch gerechter und lebenswerter machen. Für eine gesunde Umwelt mit mehr Grün, sauberer Luft und dem Erhalt von Artenvielfalt – für uns, unsere Eltern und unsere Kinder.

Dazu gehört auch, wie wir unsere Stadt weiterentwickeln: Wir denken Stadtplanung vom Menschen her. Wir schaffen lebendige Nachbarschaften, stärken die Stadtteile, fördern Begegnung, Teilhabe und eine Mobilität, die den Alltag erleichtert.

Kein Mensch soll in Dortmund ausgeschlossen werden – weder durch Barrieren noch durch hohe Mieten. Wohnen soll bezahlbar bleiben – für Familien, Senior*innen und alle, die Dortmund ihr Zuhause nennen. Wir wollen den geförderten Wohnungsbau stärken, Spekulation eindämmen und neue Wohnformen fördern, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind.

21 Auch unsere Wirtschaft wollen wir konsequent auf die Zukunft ausrichten.
22 Dortmund hat das Potenzial, Vorreiter für eine sozial-ökologische Transformation
23 zu sein – mit innovativen Unternehmen, starken Hochschulen, engagierten
24 Fachkräften und neuen Ideen für krisenfeste Innenstädte. Wir fördern gute
25 Arbeit, lokale Wertschöpfung und eine Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht
26 umgekehrt.

27 Dafür braucht es auch eine leistungsfähige und digitale Verwaltung, die
28 Dienstleisterin für die Menschen ist. Und wir wissen: Ohne solide Finanzen
29 bleiben viele Pläne nur auf dem Papier. Deshalb kämpfen wir für eine faire
30 kommunale Finanzierung, die Dortmund wieder echten politischen
31 Gestaltungsspielraum gibt.

32 Unser Ziel ist eine Stadt, die ihre Stärken nutzt und Herausforderungen nicht
33 ausweicht, sondern sie anpackt – damit Dortmund auch morgen noch lebenswert ist.
34 Für alle.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: 1. Macht Dortmund stark für die Zukunft

Text

1. Macht Dortmund stark für die Zukunft

Dortmund steht vor großen Herausforderungen: Die Klimakrise, steigende Mieten und wirtschaftlicher Wandel zeigen, dass wir jetzt handeln müssen, um unsere Stadt zukunftsfest zu machen. Wir schauen nach vorn: Entschlossen, zuversichtlich und mit klaren Haltung. Mit einem klaren Plan wollen wir Dortmund gemeinsam mit den Menschen dieser Stadt stark machen – sozial, ökologisch und wirtschaftlich.

Wir kämpfen für konsequenten Klimaschutz und für Maßnahmen, die unsere Stadt nicht nur gegen die Folgen der Klimakrise wappnen, sondern auch gerechter und lebenswerter machen. Wir schonen unsere Ressourcen und reduzieren wie in der Nationalen Kreislaufwirtschaftstrategie vorgesehen bis 2030 unseren Abfall pro Kopf um 10 Prozent. Für eine gesunde Umwelt mit mehr Grün, sauberer Luft und dem Erhalt von Artenvielfalt – für uns, unsere Eltern und unsere Kinder.

Dazu gehört auch, wie wir unsere Stadt weiterentwickeln: Wir denken Stadtplanung vom Menschen her. Wir schaffen lebendige Nachbarschaften, stärken die Stadtteile, fördern Begegnung, Teilhabe und eine Mobilität, die den Alltag erleichtert.

Kein Mensch soll in Dortmund ausgeschlossen werden – weder durch Barrieren noch durch hohe Mieten. Wohnen soll bezahlbar bleiben – für Familien, junge Menschen in Ausbildungen, Senior*innen und alle, die Dortmund ihr Zuhause nennen. Wir wollen den geförderten Wohnungsbau stärken, Spekulation eindämmen und neue

22 Wohnformen fördern, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind.

23 Auch unsere Wirtschaft wollen wir konsequent auf die Zukunft ausrichten.
24 Dortmund hat das Potenzial, Vorreiter für eine sozial-ökologische Transformation
25 zu sein – mit innovativen Unternehmen, starken Hochschulen, engagierten
26 Fachkräften und neuen Ideen für krisenfeste Innenstädte. Wir fördern gute
27 Arbeit, lokale Wertschöpfung und eine Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht
28 umgekehrt.

29 Dafür braucht es auch eine leistungsfähige und digitale Verwaltung, die
30 Dienstleisterin für die Menschen ist. Und wir wissen: Ohne solide Finanzen
31 bleiben viele Pläne nur auf dem Papier. Deshalb kämpfen wir für eine faire
32 kommunale Finanzierung, die Dortmund wieder echten politischen
33 Gestaltungsspielraum gibt.

34 Unser Ziel ist eine Stadt, die ihre Stärken nutzt und Herausforderungen nicht
35 ausweicht, sondern sie anpackt – damit Dortmund auch morgen noch lebenswert ist.
36 Für alle.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Klimaschutz

Text

1 Die Klimakrise ist keine ferne Bedrohung mehr – sie ist längst in Dortmund
2 angekommen. Immer heißere Sommer, überflutete Straßen und zunehmende
3 Wetterextreme zeigen: Wir müssen jetzt handeln, um unsere Stadt lebenswert zu
4 erhalten. Doch wir begreifen Klimaschutz nicht nur als Krisenbewältigung,
5 sondern als Chance, unsere Stadt gerechter, grüner und widerstandsfähiger zu
6 machen.

7 Dortmund hat sich auf den Weg gemacht: Dank grüner Initiative haben wir das Ziel
8 der Klimaneutralität bis 2035 im Stadtrat verankert und mit dem
9 Handlungsprogramm Klima-Luft einen klaren Fahrplan entwickelt. Doch ein
10 klimaneutrales Dortmund erreichen wir nur gemeinsam – mit Bürger*innen,
11 Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der von uns initiierte
12 Klimabeirat beteiligt Expert*innen an klimapolitischen Entscheidungen und soll
13 das auch weiterhin tun.

14 Klimaschutz ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Denn es sind die Schwächsten,
15 die am stärksten unter den Folgen der Klimakrise leiden. Deshalb gestalten wir
16 Klimaschutz sozial gerecht – mit Maßnahmen, die besonders belastete Gruppen
17 schützen. Gleichzeitig investieren wir in nachhaltige Stadtentwicklung:
18 Entsiegelung, Begrünung und Schwammstadt-Konzepte machen Dortmund nicht nur
19 widerstandsfähiger gegen Wetterextreme, sondern auch lebenswerter für alle.

20 Die Energiewende ist der Schlüssel zur Klimaneutralität – deswegen wollen wir
21 sie aktiv gestalten. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, einer
22 klimafreundlichen Wärmeversorgung und einer stärkeren Bürgerbeteiligung in der
23 Energieerzeugung sorgen wir dafür, dass die Energiewende nicht nur ökologisch,

sondern auch wirtschaftlich und sozial gelingt.

Klimaneutralität ist unser Ziel. Den Weg dahin gestalten wir mit Entschlossenheit und einer klaren Strategie, um Dortmund zukunftsfest zu machen.

Für die Klimaneutralität 2035

Zum Erhalt der Lebensgrundlagen für uns und die kommenden Generationen muss das Ziel der Klimaneutralität auf allen Ebenen erreicht werden. Auf GRÜNE Initiative hin wurde im Rat für Dortmund das Ziel der Klimaneutralität 2035 und mit dem Handlungsprogramm Klima-Luft ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Umsetzung beschlossen, der den sektorenübergreifenden Pfad zur Klimaneutralität weist. Der auf GRÜN-schwarzen Antrag hin geschaffene Klimabeirat ermöglicht seit einigen Jahren die Beteiligung von Expert*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft an klimapolitischen Entscheidungen. Auf diese Beteiligung legen wir weiterhin großen Wert. Das ebenfalls auf unsere Anregung eingeführte Klimabarometer zeigt, wie gut wir auf diesem Weg vorankommen – oder eben auch, woran es noch fehlt.

Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, sind weitere Anstrengungen zur Umsetzung des Handlungsprogramms in allen Bereichen notwendig.

Dafür werden wir

- die Klimaagentur im Umweltamt als zuständige Einheit personell stärken, damit die Umsetzung aller Maßnahmen zwischen den Beteiligten effizient und zielgerichtet koordiniert werden kann.
- jedes Dezernat dazu verpflichten, für seinen Handlungsbereich eine Strategie zur Umsetzung von Maßnahmen vorzulegen.
- den Klimabeirat erhalten und **einen beratenden Platz für den Klimabeirat im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) vorsehen.**
- eine transparente und aktuelle Berichterstattung zum Fortschritt beim Klimaschutz inklusive einer jährlichen CO₂-Bilanzierung einfordern und das Klimabarometer nutzen, um rechtzeitig da nachzuschärfen, wo es nötig ist.

- als Stadt Dortmund mit Unternehmen und Institutionen in Dortmund Klimavereinbarungen mit individuellen Maßnahmen und messbaren Zielen abschließen ("Klimapakt") und ein Monitoring der Ergebnisse einrichten.

- zusätzlich zum Handlungsprogramm Klima-Luft weitere Maßnahmen beschließen und da nachschärfen, wo es für das Erreichen der Klimaneutralität notwendig ist.

Für sozial-gerechten Klimaschutz

Es sind die Ärmsten, die in Dortmund am stärksten unter den Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter Klimapolitik entgegen. Wir gestalten den Weg zur Klimaneutralität als Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, indem wir besonders gefährdete und belastete Gruppen gezielt unterstützen und vor übermäßigen Belastungen schützen. Maßnahmen aus der Stadtentwicklung, die die Aufenthaltsqualität in der Stadt erhöhen, können in Hitze- oder Kälteperioden ebenfalls einen Beitrag zum sozialen Klimaschutz leisten.

Darüber hinaus werden wir

- alle Maßnahmen, die zu erhöhten Kosten für Bürger*innen führen können, bei Möglichkeit gestaffelt ausführen, sodass diejenigen einen höheren Beitrag leisten, die es sich leisten können.
- Strom aus städtischen Photovoltaikanlagen durch die DEW21 mit einem Sozialstromtarif zu günstigen Preisen den Dortmunder*innen anbieten.
- die städtischen Förderprogramme für klimaschutzrelevante Maßnahmen wie Solaranlagen auf Vereinsheimen, Begrünungen, Geothermie und Lastenräder weiterhin finanzieren.
- den geplanten Bürger*innenfonds, mit dem regenerative und nachhaltige Energie- und Klimaschutzmaßnahmen gefördert werden, effektiv und bürger*innennah ausgestalten.

- den Klimabeirat bei der Verwendung der Gelder des Bürger*innenfonds beteiligen.
- einkommensschwache Haushalte beim Tausch alter energieintensiver Geräte gegen neue energieeffiziente Geräte städtisch unterstützen.
- Wärmeinseln und kühle Orte schaffen, in denen Menschen kostenfreie Aufenthaltsräume finden, die sie während Hitze- und Kälteperioden aufsuchen können.
- mehr Trinkbrunnen in der Innenstadt, in den Stadtteilzentren und an belebten Orten schaffen.

Für die klimaneutrale Modernisierung

Zur Klimaneutralität gehört auch eine Versorgung mit klimaneutralen, erneuerbaren Energieformen. Um den erhöhten Bedarf an Energie abdecken zu können, muss die Energieeffizienz im Gebäudebestand weiter verbessert werden. Bei steigenden Preisen der fossilen Energieträger schont das in Zukunft den Geldbeutel von Bürger*innen, Unternehmen und der Stadt.

Dafür werden wir

- den städtischen Immobilienbestand energetisch sanieren und auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung umstellen.
- die bestehende städtische Energieberatung der Klimaagentur ausbauen und dadurch über energetische Sanierungen informieren.
- bei der Energieberatung auch die Interessen der Mieter*innen berücksichtigen und eine Mieter*innen-Beratung zum Umgang mit energetischen Sanierungen durch ihre Vermieter*innen anbieten.
- in Kooperation mit der Handwerkskammer und der IHK Beratungen für

Handwerksbetriebe anbieten, damit diese ihre Kund*innen direkt selbst über die Möglichkeiten der Sanierung und Förderung aufklären können.

- anregen, dass die Wohnungsbaugesellschaft DOGEW021 sowie die Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG, die Wohnungsgenossenschaften und die privaten Wohnungsunternehmen zusammen mit der Klimaagentur und der Verbraucherzentrale Vor-Ort-Beratungen für die Mieter*innen zum Energie- und Stromsparen sowie effizienten Heizen und Lüften anbieten.

- Unternehmen mit einem eigenen Gebäudebestand mit Hilfe der Wirtschaftsförderung motivieren, in die Energieeffizienz ihrer Immobilien zu investieren.

- die energetische Quartierssanierung in den Blick nehmen, zum Beispiel durch Nahwärmenetze, Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen.

Für nachhaltiges Bauen

Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig wird in Dortmund weiterhin viel gebaut. Für uns bedeutet das, dass klimaneutrales und nachhaltiges Bauen gefordert und gefördert werden muss. Dazu wollen wir Anreize bieten für die Umsetzung von nachhaltigen Bauprojekten in Dortmund und bei städtischen Projekten mit einem guten Beispiel vorangehen. Das soll unter Einbindung der hiesigen Bauwirtschaft geschehen. Zur Nachhaltigkeit gehören im Gebäudebereich die Reduktion klimaschädlicher Emissionen, Energieneutralität, Ressourceneffizienz, Kreislauffähigkeit, Barrierefreiheit und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. All das führt auch zu mehr Lebensqualität.

Wir werden

- eine städtische Beratung für nachhaltiges Bauen für Handwerksbetriebe, Baugewerbe und Bauherr*innen einrichten, bei der über Lebenszykluskosten, Ökobilanzierung, Wärmeversorgung, Kreislaufwirtschaft und weitere Themen informiert wird.
- die städtischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Holzbau und die Nutzung

von lokalen Materialien wie Lehm zu stärken sowie städtische Pilotprojekte initiieren.

- die Nutzung wiederverwendbarer Baustoffe sowie Trennung und Recycling von Baustoffen in der Bauleitplanung und in städtebaulichen Verträgen festsetzen.

- kommunale Bauprojekte mit Vorbildcharakter bezüglich der Kreislaufwirtschaft öffentlichkeitswirksam vermarkten.

- das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) des Bundes auch für städtische Vorhaben anwenden und damit der Vorbildrolle der Stadt gerecht werden.

- die Anwendung von Zertifizierungssystemen auch in der Privatwirtschaft durch eine städtische Beratung anregen oder durch Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen.

- ein Abrissmoratorium ("Abrissstopp") einbringen, um durch einen schonenden Umgang mit dem Bestand gebundene Emissionen (graue Energie) sowie das baukulturelle Erbe zu erhalten.

- die städtischen Möglichkeiten wie Bauleitpläne und städtebauliche Verträge nutzen, um Bestandserhalt, Energieneutralität, Barrierefreiheit, sozialen Wohnraum **und Schutz des Freiraums und der urbanen Biodiversität** festzulegen.

Für ein klimaresilientes Dortmund

Starkregen, überflutete Straßen, anhaltende Trockenheit und immer häufiger extrem hohe Temperaturen: Längst hat die Klimakrise Dortmund erreicht. Unsere Antworten darauf sind Entsiegelung, eine wassersensible Schwammstadt und mehr Begrünung. Dies schafft nicht nur Retentionsflächen, sondern ermöglicht auch einen besseren Umgang mit der Hitze und Feinstaub und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Biodiversität. Der "grüne Schatz" unserer Stadt muss daher unbedingt

161 erhalten bleiben, denn er spielt eine entscheidende Rolle im kommunalen
162 Klimaschutz und macht unsere Quartiere erst lebenswert.

163 Wir werden

164 • mehr Daten zur Hitze in der Stadt erheben, um auf Basis eines Wärmeindex
165 zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen.

166 • verbleibende Frischluftschneisen erhalten und neue schaffen.

167 • die Oberflächen in der Stadt auf ihre Wärmewirkung prüfen.

168 • weitere Maßnahmen gegen Hitze in der Stadt ergreifen, wie die Errichtung
169 von Brunnen, Wasserspreklnern, Sonnensegeln, weiteren Trinkbrunnen und das
170 Pflanzen von Bäumen.

171 • kleine vorhandene Grünflächen aufwerten, die mit Bäumen und
172 Wildblumenwiesen einen Beitrag zur Schwammstadt, Biodiversität, Abkühlung
173 und Naherholung leisten.

174 • an urbanen Plätzen Kletterpflanzen für Verschattung und Begrünung nutzen.

175 • das von uns angestoßene Roll-out zur nachhaltigen Entwicklung von
176 Gewerbegebieten vorantreiben und Unternehmen bei der Gestaltung eines
177 naturnahen Firmengeländes mit Bäumen, Pflanzen, Dach- und
178 Fassadenbegrünung zur besseren Aufenthaltsqualität der Mitarbeitenden und
179 geringeren Luftschadstoffen unterstützen.

180 • Hausbesitzer*innen über die Möglichkeiten und Vorteile von Dach- und
181 Fassadenbegrünung informieren.

182 • verstärkte Begrünung von Dächern und Fassaden auch in Gewerbegebieten.

- 183 • mehr Kleinbiotope in der Stadt anlegen, auch in Gewerbegebieten.
- 184 • mehr Stadtbäume pflanzen.
- 185 • Bushaltestellen begrünen.
- 186 • Rasengleise statt Schotter auf den oberirdischen Abschnitten der Stadtbahn
187 anlegen.
- 188 • die vorhandenen Regenrückhaltesysteme, Bäche und Kanalisationen auf neue
189 Starkregensmengen prüfen und vorbereiten.
- 190 • auf die Bebauung in direkter Umgebung der Emscher und ihrer Zuflüsse
191 verzichten.
- 192 • Entsiegelung von Parkplätzen durch Grünstreifen oder durchlässigen
193 Bodenbelag.
- 194 • Entsiegelung durch Grünstreifen und Bäume bei der Neugestaltung von
195 Straßen.
- 196 • Entsiegelung von Schulhöfen durch **Schulgärten und** Grünflächen für besseres
197 Klima in der Pause und Spielmöglichkeiten auf der Wiese.
- 198 • Unternehmen beim Bau von Anlagen zur Rückhaltung bzw. Versickerung von
199 Regenwasser unterstützen, zum Beispiel durch eine Entlastung bei der
200 Abwassergebühr.
- 201 • Schwammstadtmaßnahmen in ganzheitlichen Quartierslösungen anstreben.

Für günstige und erneuerbare Energie

Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen und die Energie effizienter und sparsamer verwenden. Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-, sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und Wärmewende. Deshalb müssen die einzelnen Bereiche miteinander vernetzt und aufeinander abgestimmt werden. Gleichzeitig soll die Stromversorgung der Zukunft nicht mehr nur in der Hand einiger weniger Großunternehmen liegen. Die Bürger*innen- und Energiegenossenschaften werden zusammen mit dem kommunalen Energieversorger DEW21 die Energieerzeuger*innen der Zukunft und schaffen Wertschöpfung in der Stadt. Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien werden wir nach und nach auf solche Quellen bisheriger Energiegewinnung verzichten können, die dem Klima- und Artenschutz widersprechen.

Wir werden

- zusammen mit der Wirtschaftsförderung aktiv Unternehmen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen und bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen.
- auch eine Beratung für Unternehmen zur effizienten Nutzung von Wasserstofftechnologien anbieten.
- die für die Energiewende notwendigen Berufsausbildungen wie Solartechnik*innen und Wärmetechnik*innen stärken, indem Angebote und Beratungen für Schulabgänger*innen und geflüchteten Menschen mit technischen Vorkenntnissen geschaffen werden.
- uns dafür einsetzen, dass die städtischen Gesellschaften DONETZ und DEW 21 Mieterstrommodelle durch eine möglichst niederschwellige Anmeldung, Beratung und Werbemaßnahmen unterstützen .
- die Einführung und Umsetzung von Mieterstrommodellen in Zusammenarbeit mit dem städtischen Wohnungsunternehmen DSG sowie der DOGEWO21 vorantreiben.
- die DEW21 verpflichten, für die Nutzung von Smart Metern zu werben, da durch den Strombezug mit dynamischen Preisen die Stromnetze entlastet und

teure Strompreise zu Spitzenlastzeiten verringert werden, um die bundesweiten Ausbauziele einzuhalten.

- für eine gemeinwohlorientierte Energieversorgung die Kommunalisierung der DEW21 und insbesondere der Netze forcieren.
- die Einrichtung eines “Wärmeteams” in der Klimaagentur fordern, das sich gezielt und bereichsübergreifend um Beratung und Projektmanagement in Wärmeprojekten kümmert (Insellösungen, Bürgerenergiegenossenschaften, gewerbliche Abwärmenutzung usw.) und Projekte initiieren, bestehende Initiativen beraten, Wege der Finanzierung aufzeigen und Partnerschaften vermitteln soll.

Für den Ausbau erneuerbarer Energien

Für die Energiewende braucht es den Ausbau der erneuerbaren Energien, der auch aufgrund der grünen Regierungsbeteiligungen in Land und Bund in den letzten Jahren an Tempo zugenommen hat. Hier müssen wir die kommunalen Möglichkeiten ausnutzen, um zu beraten und zu fördern sowie die Rahmenbedingungen zu schaffen und so selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Dafür werden wir

- schnellstmöglich Photovoltaikanlagen auf allen geeigneten städtischen Dächern und Fassaden errichten, also auf Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kitas, Sporthallen, Veranstaltungsorten oder Krankenhäusern.
- Parkplätze, die nicht anderweitig überbaut werden können, mit Solaranlagen und Begrünung überdachen, um die Flächen zur Energieerzeugung und für E-Ladesäulen zu nutzen und gleichzeitig eine Überdachung zu schaffen.
- Betreiber*innen von landwirtschaftlichen Flächen zur Nutzung von Agri-PV, also Photovoltaikanlagen über den Flächen, beraten und die Umsetzung fördern.

- Freiflächen-Solaranlagen auf Halden, Altlastenflächen, Konversions- oder Brachflächen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentrieren.
- Bürgerenergiegenossenschaften freie städtische Dachflächen zur Verfügung stellen, um in Kooperation mit der Stadt darauf Photovoltaikanlagen zu errichten.
- Bürger*innen über die Nutzungsmöglichkeiten von Balkonkraftwerken informieren.
- in einem Pilotprojekt ein energieautarkes Quartier umsetzen, das sich selbst zu 100 % mit erneuerbarer Energie versorgt, über ausgebaute Stromspeicher verfügt und sogar überschüssige Energie ins Netz einspeist.
- die möglichen Windenergie-Potenziale in Dortmund ausschöpfen, die sich aus den verbesserten Rahmenbedingungen der Landesregierung und aus dem Regionalplan ergeben.
- das Projekt eines Uni-eigenen Windrades der TU Dortmund unterstützen.
- Biomasseanlagen nutzen, um flexibel auf die fluktuierende Einspeisung aus Solar- und Windenergie reagieren zu können, wobei der Bioabfall verwertet wird, ohne dass der Zukauf von Biomasse aus der Massentierhaltung nötig ist.
- den Aufbau von Quartiersspeichern für die Energiesicherheit anstoßen.

Für klimaneutrale Wärme

Dortmund bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte optimale Voraussetzungen für Fern- und Nahwärmenetze und eine diversifizierte Wärmeengewinnung aus Produktionsprozessen in der Industrie, Biomasse, Solarthermie, Abwasser, Tiefengeothermie und mehr.

- 281 Um den enormen Anteil der Wärmeversorgung am CO₂-Ausstoß zu verringern, werden
282 wir
- 283 • die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung kritisch evaluieren,
284 transparent darstellen, das Ergebnis zur konkreten Umsetzungsplanung
285 bringen und Planungssicherheit für die Bürger*innen schaffen.
 - 286 • die Kombination verschiedener Energieträger für die Wärmeversorgung
287 vorantreiben.
 - 288 • den Ausbau des Fernwärmenetzes durch die DEW21 weiterführen, dabei
289 finanzielle Förderungen konsequent nutzen und die lokale Umsetzung seitens
290 der Stadt bestmöglich unterstützen.
 - 291 • Nah-und Fernwärmenetze energieeffizient betreiben, also mit möglichst
292 geringer Vorlauftemperatur, sowie Wärmespeicher integrieren, um
293 Wärmelastspitzen abzufedern.
 - 294 • die Erzeugung von Wärme durch Erdgas in den Blockheizkraftwerken für die
295 Fernwärme beenden und dabei zukunftsweisende Technologien wie
296 Großwärmepumpen oder Geothermie nutzen.
 - 297 • für die Fernwärmeerzeugung eine Pilotanlage zur Nutzung der Wärme aus dem
298 Wasser der Hafenbecken oder des Dortmund-Ems-Kanals errichten (Wasser-
299 Wasser-Wärmepumpen).
 - 300 • dabei faire Preise für die Kund*innen von Nah- und Fernwärme sicherstellen
301 und dezentrale, fossilfreie Nahwärme-Lösungen schnellstmöglich in
302 Quartieren überall dort umsetzen, wo keine Fernwärmenetze zu erwarten
303 sind.
 - 304 • die wachsende Menge an erzeugter Abwärme von Rechenzentren (z.B. der
305 Dikom) für Nah- und Fernwärme nutzen.

- 306 • die Möglichkeiten zur Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser umsetzen.
- 307 • die Abwärme aus Biomasseanlagen für Wärmenetze nutzen.
- 308 • eine Potenzialanalyse zur Nutzung von Tiefengeothermie als Ergänzung zu
309 bestehenden, oberflächennahen Geothermie-Potenzialen durchführen.
- 310 • die Beratungsangebote für private Haushalte weiter ausbauen, indem die
311 Klimaagentur personell gestärkt wird.
- 312 • Wärmenetze im Sommer als Kältenetze nutzen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Umwelt- & Naturschutz

Text

1 Dortmund ist eine grüne Großstadt. Wir wollen die Umwelt in unserer Stadt
2 bewahren und Dortmund klimafreundlich, artenreich und lebenswert gestalten, denn
3 eine gesunde Umwelt bedeutet bessere Luft, kühlere Sommer, weniger Lärm und mehr
4 Lebensqualität für die Menschen in unserer Stadt.

5 Deshalb treten wir für eine Stadt ein, die Grünflächen schützt und die
6 Artenvielfalt erhält. Wir wollen weniger Müll und Umweltverschmutzung und
7 stattdessen saubere Gewässer und eine Landwirtschaft, die uns ernährt und ihre
8 Ressourcen achtet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Tiere in Dortmund als
9 Lebewesen unseren Schutz erhalten. Wir wollen Flächen entsiegeln und die
10 natürliche Entwicklung von Wäldern zulassen. All das wollen wir stärken für ein
11 langfristig lebenswertes Dortmund. Dabei setzen wir auf Suffizienz, um den
12 Ressourcenverbrauch in allen Bereichen zu schonen: Vom Bauen über
13 Stadtentwicklung bis hin zum Handel fördern wir Alternativen, die keinen neuen
14 Ressourcenverbrauch auslösen.

15 Wir sind überzeugt, dass wir in Dortmund in Einklang und mit Achtung vor der
16 Natur leben müssen. Wir gestalten eine Stadt, die nicht wächst, sondern gedeiht.
17 Eine Stadt, die nicht zerstört, sondern bewahrt – für uns und für die
18 Generationen, die nach uns kommen.

Für Artenschutz

20 Die Biodiversitätskrise ist neben der Klimakrise die zweite große Krise, die
21 unser Überleben auf diesem Planeten in den nächsten Jahrzehnten gefährdet. Wir

beobachten einen deutlichen Rückgang des Bestands an Tier- und Pflanzenarten in Dortmund, wovon insbesondere Insekten betroffen sind, welche insbesondere eine wichtige Rolle für unsere Ernährungs- und Versorgungslage haben. Das löst auch ein Abnehmen der Vielfalt an Vogelarten aus. Diese Effekte sind ein Verlust unserer Lebensqualität und eine konkrete Gefahr für unsere Zukunft. Grund dafür sind die immer kleiner werdenden Lebensräume von Wildtieren und Insekten sowie städtische Lichtverschmutzung und Lärm. Letzterer beeinflusst außerdem nicht nur unsere Lebensqualität, sondern wirkt sich auch negativ auf die Gesundheit aus.

Um die Biodiversität und damit unsere Zukunft zu schützen, werden wir

- die erarbeitete Biodiversitätsstrategie der Stadt zeitnah und wirksam umsetzen.
- Urban-Gardening-Projekte in der Flächensuche und bei Bürokratie-Hürden unterstützen sowie weiterhin über Querbeet Dortmund finanzieren.
- Nutzgartensysteme wie den UmweltKulturpark in Barop unterstützen und die Neuanlage solcher Gärten fördern.
- das Verbot von Schottergärten in Neubaugebieten auch in den Folgejahren kontrollieren.
- die Umwandlung von Schottergärten in grüne Gärten durch das Verschenken von Pflanzen und durch Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Garten- und Landschaftsbaubetrieben fördern.
- einen vogel- und insektenfreundlichen Gartenbau auf städtischen Flächen stärken.
- den Betrieb von Mährobotern in der Dämmerung und in der Nacht nach dem Vorbild der Stadt Köln verbieten, um Igel und Kleintiere zu schützen, die zu dieser Zeit aktiv sind.

- uns dafür einsetzen, dass Hecken, Natursteinmauern und Gehölze erhalten werden, auf Pestizide verzichtet wird und Kleingewässer neu angelegt werden.
- das Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen aufrechterhalten.
- Tiere und Insekten schützen, indem grelle Leuchtreklamen und Gebäudebeleuchtungen reduziert und abgedimmt werden.
- renaturierte Gewässerläufe schützen und weitere fließende und stille Gewässer naturnah rückbauen (z.B. **Mühlenbachsee zwischen Jungferntal und Westerfilde**).
- EDG und Grünflächenamt dazu auffordern, benzinbetriebene Klein- und Großgeräte in der Straßenreinigung und der Grünpflege durch elektrisch betriebene Geräte zu ersetzen.
- das Beleuchtungskonzept zur Vermeidung von Lichtverschmutzung umsetzen, weiterentwickeln und ausweiten.
- den Lärmaktionsplan der Stadt kontinuierlich weiterentwickeln und Maßnahmen umsetzen, die Lärm reduzieren.
- Verkehrslärm durch die weitere Einführung von Tempo-30-Zonen reduzieren mit dem Ziel einer möglichst flächendeckenden Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.
- einen "Biodiversitäts-Bonus" für die naturnahe Umgestaltung von bestehenden Gewerbeaußenflächen einführen.

Für Bäume und Wälder

Bäume bieten viele Vorteile für uns und die Natur: Sie binden CO₂ und Feinstaub in der Luft, stärken die Hitzeresistenz der Stadt durch Schatten und natürliche Kühle, sorgen für eine Entsiegelung von Flächen, bieten Nistplätze für Vögel und werten das Stadt- und Landschaftsbild auf. Ebenfalls weitreichende, positive Effekte auf Klima, Biodiversität und Lebensqualität bieten Wälder in der Stadt. Mit dem Beschluss des ökologischen Waldkonzeptes, welches das Waldpflegekonzept von 1993 ablöst, sind wir bereits weit gekommen. Hier muss es nun an die Umsetzung gehen.

Wir werden

- Bedarfe zur Verbesserung des Bestands an Straßenbäumen und Straßenbegleitgrün ausmachen und insbesondere Vorschläge für Straßen ohne jegliche Begrünung in Wohngebieten machen.
- abgestorbene Bäume auf bestehenden Baumscheiben nachpflanzen, leere Baumscheiben nachbepflanzen sowie neue Baumscheiben einrichten, um das schon beschlossene Ziel von zusätzlich 1000 Bäumen zu erreichen.
- dabei standortangepasste und klimastabile Bäume auswählen.
- alte und prägende Stadtbäume erhalten und pflegen.
- die Bewässerung der Bäume im Sommer und die Pflege der Baumscheiben durch Patenschaften auf interessierte Bürger*innen verteilen.
- bei neu zu gestaltenden Straßenzügen die Pflanzung von Bäumen mit berücksichtigen.
- den Erfolg von 10 % der Waldflächen als Wald für Natürliche Entwicklung ("Urwälder von morgen") im gerade beschlossenen ökologischen Waldkonzept durchsetzen und kontrollieren.
- diesen Anteil der natürlichen Entwicklung, bei dem Totholz im Wald als

Lebensraum für Insekten und Pilze belassen wird, perspektivisch weiter erhöhen.

- bei privaten Waldbesitzer*innen für die Umsetzung einer ökologischen Waldwirtschaft werben.
- den städtischen Waldbestand bewahren und Vorsorgemaßnahmen gegen Dürreschäden, Waldbrände, Stürme und Insektenschäden treffen.
- die Umsetzung des Schwammwald-Konzeptes nach dem Vorbild vom Arnsberger Wald auch in Dortmunder Wäldern prüfen.
- den städtischen Wald zwar als naturnahen und kühlen Naherholungsort für die Bürger*innen verstehen, aber gleichzeitig vor einer Schädigung durch übermäßige menschliche Einflüsse schützen, zum Beispiel durch Müllvermeidung, Anleinen von Hunden und die Nutzungspflicht von Wegen.
- **einen Tiny Forest (Mikrowald) auf einer Restfläche in einem dicht besiedelten Wohn- oder Gewerbegebiet als Modellversuch für eine Klimaanpassungsmaßnahme anpflanzen.**

Für frische Luft

Die Hitzesommer der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig eine gute Belüftung der Stadt ist. Dichte Bebauung, versiegelte Flächen, eine fehlende Durchgrünung sowie Abgase oder Abwärme erhöhen die Schadstoffe in der Luft. Dieser Feinstaub führt jedes Jahr zu zahlreichen vorzeitigen Todesfällen und kann zu Allergien und Lungenerkrankungen führen. Die Einhaltung der EU-Feinstaubgrenzwerte ist daher nicht nur eine Frage des Umweltschutzes, sondern auch eine der sozialen Gerechtigkeit, da häufig Menschen mit niedrigen Einkommen in besonders belasteten Gebieten wohnen. Wir kämpfen gegen jede Art von gesundheitsschädigenden und krebsfördernden Schadstoffemissionen.

Wir werden

- die Schadstoffbelastung weiterhin flächendeckend analysieren und zur Prognose der weiteren Entwicklung das dauerhafte Messnetz sukzessive ausbauen.
- bei der Stadtplanung die Bewahrung der verbleibenden Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete sicherstellen und durch neue Begrünung neue Frisch- und Kaltluftzufuhr erzeugen.
- die Luftqualität in der Stadt durch zusätzliche Begrünung von Plätzen, Fassaden und Dächern sowie durch mehr Bäume fördern und dabei insbesondere Hitzeinseln im Blick haben.
- auch den Beitrag des städtischen Verkehrs an der Luftverschmutzung durch Geschwindigkeitsreduzierungen, die Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs sowie die Erhöhung des E-Auto-Anteils verringern.
- uns weiterhin für den Rückbau und gegen den Ausbau des Dortmunder Flughafens einsetzen.

Für saubere Gewässer

Nach Angaben des Umweltbundesamtes gelangen Schwermetalle, Medikamentenrückstände und auch Mikroplastik verstärkt über das kommunale Abwasser in unsere Flüsse und Gewässer. Sie belasten die Biotopie an den Gewässern und verringern die Trinkwasserqualität.

Zur Verbesserung der Gewässerqualität werden wir

- illegale Abwassereinleitungen in renaturierte Bäche durch strengere Kontrollen verhindern.
- auf die flächendeckende Einführung der vierten Reinigungsstufe in allen Kläranlagen hinwirken.

- die Renaturierung der Emscher und ihrer Zuflüsse fortsetzen, erhalten und das umliegende Biotop vor Bebauung schützen.
- die Renaturierung weiterer Bäche anstreben, um die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen.
- uns zum Erhalt der guten Trinkwasserqualität in Dortmund für eine bessere Aufklärung von Landwirt*innen und Verbraucher*innen einsetzen.

Für natürliche Landwirtschaft

Wir verstehen landwirtschaftliche Flächennutzung nicht als Zwischenlösung auf dem Weg zur Nutzung für Wohn- und Gewerbebebauung. Doch die landwirtschaftlichen Flächen in Dortmund haben sich seit 1950 fast halbiert. Die verbliebenen Flächen sind aus Gründen des Landschaftsschutzes unbedingt zu erhalten und gleichzeitig ein wichtiger Teil der regionalen Lebensmittelproduktion und -versorgung.

Daher werden wir

- die Rolle der Stadt als Verpächterin des größten Teils der landwirtschaftlichen Flächen dazu nutzen, mit langfristigen Pachtverträgen und Gebührenrabatten die Umstellung auf Ökolandwirtschaft zu fördern.
- die landwirtschaftlichen Flächen in Dortmund erhalten und nicht in neue Siedlungs-, Industrie- oder Gewerbegebiete umwandeln.
- uns dafür einsetzen, dass die Produkte der Dortmunder Landwirtschaft regional vermarktet werden, zum Beispiel auf den Wochenmärkten.
- gemeinsam mit den Verbänden ein jährliches Stadtfest etablieren, bei dem sich die Landwirt*innen aus Dortmund vorstellen, Produkte verkaufen und nachhaltige Projekte präsentieren können, um den Lokalbezug zu den Lebensmitteln zu fördern.

- uns für den Erhalt des Forums Naturschutz und Landwirtschaft einsetzen, um im Austausch mit allen relevanten Akteursgruppen (Landwirt*innen, Grundbesitzer*innen, Bauernverband, Umweltverbänden, Naturschutzbehörde usw.) weiter an der Strategie für eine klimafreundliche und klimaresiliente Landwirtschaft zu arbeiten.
- regionale Vertriebsstrukturen wie das Ökonetzwerk Dortmund, Ernährungsräte und Projekte der solidarischen Landwirtschaft strukturell fördern und bei bürokratischen Hürden unterstützen.
- landwirtschaftliche Projekte zur Förderung der Biodiversität unterstützen und Landwirt*innen dazu beraten.
- die Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes ausnutzen und z. B. Ackerrandstreifen an angrenzenden Naturschutzgebieten verbindlich als ökologisch bewirtschaftete Pufferzonen festlegen.
- eine Stärkung der landwirtschaftlichen Kreislaufwirtschaft einfordern.

Für Müllvermeidung

Wir produzieren immer mehr Abfall in Dortmund und verschwenden damit wertvolle Ressourcen - sowohl in Form von Rohstoffen als auch durch den hohen Aufwand für die Abfallbeseitigung. Daher ist es ein Anspruch an die Kommunalpolitik, ein Umdenken zu fördern und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Produkte länger und mehrmals genutzt, repariert, in Teilen weiterverwendet oder die Bestandteile recycelt werden. Gleichzeitig sollte weniger Müll illegal in der Stadt oder in der Natur entsorgt werden. Stattdessen wollen wir den Weg des Mülls von den Verbraucher*innen hin zum Recycling möglichst verlustfrei gestalten.

Wir werden

- Pfandsysteme für Coffee-to-go-Becher in Dortmund verpflichtend machen.
- bei Großveranstaltungen der Stadt vollständig mit Mehrwegsystemen

- 194 arbeiten, um als Stadt eine Vorreiterrolle einzunehmen.
- 195 • die Wochenmärkte, den Weihnachtsmarkt, weitere Märkte und Kirmessen in der
196 Stadt bei der Einführung von Mehrwegsystemen unterstützen und durch
197 Entlastungen bei den Müllgebühren fördern.
- 198 • weiterhin die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer nach dem
199 Tübinger Modell fordern, wodurch der Umstieg auf Mehrwegsysteme bei der
200 Gastronomie attraktiv wird.
- 201 • die Einrichtung eines Gebrauchtwarenkaufhauses mit angeschlossenem Repair-
202 Café oder einer Upcycling-Werkstatt anstreben.
- 203 • Tauschbörsen für gebrauchte Produkte wie Bekleidung,
204 Einrichtungsgegenstände, Spielzeug, Bücher, Werkzeug, und Ähnliches
205 fördern.
- 206 • uns für eine zügigere Beseitigung illegaler Müllablagerungen durch die EDG
207 und einen höheren Personaleinsatz in Gebieten mit besonders hohem Anteil
208 an verschmutzten Stellen einsetzen, damit sich alle Menschen im
209 öffentlichen Raum sicher und wohl fühlen.
- 210 • das Projekt Pfandringe in der Innenstadt fortführen und auf weitere
211 belebte Orte wie z.B. Parks auszuweiten.
- 212 • die großen dreiteiligen Mülleimer mit Mülltrennung, die bei der EURO 2024
213 eingesetzt wurden, an zentralen Stellen der Stadt weiterhin und verstärkt
214 einsetzen.
- 215 • mit städtischen Betrieben Kooperationen mit Foodsharing oder der
216 Dortmunder Tafel anstreben, um die Lebensmittelverschwendung seitens der
217 Stadt zu reduzieren.

- eine Strategie entwickeln, um die Recyclingquote des Haushaltsabfalls in Dortmund zu erhöhen, welche seit 2007 bei ca. 30 % stagniert bzw. leicht abnimmt.

- kostenlose Sperrmüllabholung für Privatpersonen **sowie dezentrale Abgabemöglichkeiten für Sondermüll im Quartier an einem Tag im Jahr** anbieten.

- im Umgang mit abgeholtem und abgegebenen Sperrmüll Begutachtungen von gebrauchte Einrichtungsgegenstände einführen und die Trennung in wiederverwendbare, reparierbare, aufarbeitungsfähige, in Teilen recycelbare und zu entsorgende Teile fördern.

- die erweiterten Öffnungszeiten der sechs Recyclinghöfe in Dortmund aufrechterhalten und an zwei Recyclinghöfen die Öffnungszeiten von Montag bis Samstag auf 18 Uhr ausweiten.

- die kommunale Verwaltung und alle öffentlichen Einrichtungen anweisen, bei ihrer Beschaffung kreislauffähiger Einrichtung und Geräten den Vorzug zu geben sowie systematisch Gebraucht- und Recyclingprodukte zu nutzen.

Für wirksamen Tierschutz

Unsere Beziehungen zu Tieren sind sehr vielfältig: „Haustiere“ sind für uns Lebensgefährten und Familienmitglieder, sogenannte „Nutztiere“ dienen der Ernährung vieler Menschen und „Wildtiere“ leben, mehr oder weniger unabhängig von uns, überall in Dortmund. Wir GRÜNE erkennen Tiere als leidensfähige und schützenswerte Mitbewohner unserer Stadt an, für die wir eine besondere Verantwortung haben. Viel zu häufig wird ihr Wohlergehen hinten angestellt, wenn diesem Profit oder Komfort gegenüberstehen. Wir sehen es als unsere Pflicht an, uns für wehrlose Lebewesen in unserer Gesellschaft einzusetzen und die Fürsprecher der Stimmlosen zu sein.

Unser Ziel ist ein Dortmund, in dem Menschen und Tiere im Einklang miteinander leben und wir Tierleid wo immer möglich verhindern.

Dafür werden wir

- das Tierheim besser finanziell ausstatten.

- 248 • die tierärztlichen Notdienste verbessern.

- 249 • eine Aufklärungskampagne zu artgerechter Haustierhaltung, z. B. gegen
250 Qualzuchten und unüberlegte Tieranschaffungen initiieren.

- 251 • die finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Tierpflegestationen
252 verbessern.

- 253 • uns dafür einsetzen, dass keine Zirkusse oder andere Einrichtungen, die
254 Tiere für die Unterhaltung verwenden, auf städtischen Flächen genehmigt
255 werden.

- 256 • sogenannte „Schliefenanlagen“ zum Training von Jagdhunden mit echten
257 Füchsen auf dem Dortmunder Stadtgebiet abschaffen.

- 258 • Dortmund wildtierfreundlicher gestalten, indem wir mehr Schutz- und
259 Lebensräume für Wildtiere durch vernetzte Grünflächen, Wildbrücken und
260 Biotope schaffen und Lichtverschmutzung weiter reduzieren.

- 261 • die insektenfreundliche Begrünung und das Verbot von Pestiziden auf
262 städtischen Flächen fördern.

- 263 • ein Taubenschutzkonzept umsetzen und weitere betreute Taubenschläge
264 einrichten.

- 265 • ein zentrales Silvester-Event mit Lichtshows bzw. Drohnen unterstützen, um
266 Feuerwerkskörper und damit Lärm-Emissionen zu reduzieren.

- 267 • eine Silvesterparty für Hundebesitzer*innen und ihre Hunde im Dortmunder
268 Airport einführen, da um den Airport herum ein Feuerwerksverbot gilt.

- uns für einen besseren Umgang mit invasiven Tierarten einsetzen, der auf das Töten der Tiere verzichtet und sich auf eine Populationskontrolle ohne Tierleid und letale Maßnahmen fokussiert (Nutrias, Kanadagänse, usw.).
- uns langfristig gegen Jagdmessen in Dortmund und kurz- bis mittelfristig gegen das Anbieten von Jagdtrophäenreisen auf vom Aussterben bedrohte Tierarten einsetzen und eine Artenschutzgebühr von 10 € pro Messticket einführen, um Artenschutzprojekte für bedrohte Tierarten zu unterstützen.
- gewerbliche Tierhaltungen stärker kontrollieren und lokale Initiativen für mehr Tierwohl in der Landwirtschaft unterstützen.
- den Handel mit Tieren, insbesondere im Internet durch Dortmunder Anbieter*innen, strenger kontrollieren lassen.
- Produkte aus tierleidfreier Produktion bei der städtischen Beschaffung bevorzugen.
- uns bei den aktiven Dortmunder Einrichtungen mit Versuchstierhaltung für eine Reduktionsstrategie einsetzen, damit in Dortmund in Zukunft keine Tierversuche mehr stattfinden.
- unseren Einfluss auf den Zoo nutzen, um uns für mehr und größere Rückzugsorte der Tiere einzusetzen, die Haltung von Menschenaffen, Großkatzen und anderen Tierarten zu beenden, deren Haltung besonders wenig artgerecht ist.
- den Zoo langfristig zu einer modernen Bildungsstätte umgestalten, die sich an Artenschutzprojekten für heimische Tier- und Pflanzenarten beteiligt und durch multimediale Ausstellungen, über Tiere in freier Wildbahn und die Natur aufklärt und sensibilisiert.

Für eine intakte Umwelt - überall

294 Wir blicken mit einer positiven Vision auf die Umwelt in der Stadt. Wir sehen
295 eine gesunde Umwelt in Dortmund als großen Vorteil für die Dortmunder*innen, die
296 auch Einschränkungen in manchen Bereichen rechtfertigen und notwendig machen.

297 Wir werden

- 298 • das Umweltamt innerhalb der Verwaltung stärken.
- 299 • bei nicht vermeidbarer Versiegelung von Flächen die Schaffung von
300 Ausgleichsflächen qualitativ aufwerten.
- 301 • den ökologischen Werterhalt bestehender Ausgleichsflächen stärker
302 kontrollieren.
- 303 • ausgewählte Parkanlagen durch Bepflanzung mit Obst- und Gemüsegärten als
304 Zugang für Bürger*innen zu frischen und lokalen Lebensmitteln gestalten.
- 305 • die biologische Bildung stärken, indem mehr Schulgärten eingerichtet
306 werden und weitere Angebote vom Schulbiologischen Zentrum geschaffen
307 werden.
- 308 • die Einhaltung der Regeln zum Umgang mit umweltschädlichem Streusalz
309 stärker kontrollieren, um Tiere und Pflanzen vor giftigen und reizenden
310 Einflüssen zu schützen.
- 311 • feuerwerksfreie Zonen in der Innenstadt und den Stadtteilzentren einführen
312 und ausbauen, um Wildtiere und Vögel zu schützen und die CO₂- und
313 Feinstaubbelastung zu reduzieren.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Stadtentwicklung

Text

Unsere Vision ist eine GRÜNE Stadt, in der alle Menschen sich wohlfühlen, einbringen und entfalten können – unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenssituation. Mit grünen Quartieren, lebendigen Stadtteilzentren, einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik und demokratischer Mitbestimmung schaffen wir Räume, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und die Lebensqualität für alle steigern. Wir setzen uns für nachhaltige Mobilität, soziale Gerechtigkeit und eine lebendige Stadtgestaltung ein, die Begegnung, Kreativität und Miteinander fördert. Dortmund soll ein Ort sein, der die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt und sich zukunftsorientiert entwickelt – für eine Stadt, die niemanden zurücklässt.

Für lebendige Quartiere

Wir schaffen Orte, an denen Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Versorgung und Gemeinschaft nahtlos miteinander verbunden werden. Das fördert soziale Begegnungen, reduziert Pendelzeiten, stärkt lokalen Handel und Produktion und belebt die Quartiere. Eine kluge Mischung aus Wohnraum, Gewerbeflächen, sozialer Infrastruktur, Lernorten, kulturellen Angeboten und Grünflächen macht Stadtteile widerstandsfähiger gegenüber den Herausforderungen der Zukunft und erhöht die Lebensqualität für alle Menschen – für ein nachhaltiges und lebendiges Dortmund.

Öffentliche Räume bringen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, Einkommen und Alter zueinander. Ziel ist eine Stadt der kurzen Wege im menschlichen Maßstab. Wir schaffen öffentliche Räume, wohnortnahes Grün und inklusive Lebensräume für alle Menschen.

Wir werden

- Quartiere nach den Bedürfnissen der Menschen ausrichten, die dort wohnen, wobei ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot, soziale Einrichtungen wie Kitas, Begegnungszentren und Pflegeeinrichtungen sowie eine wohnungsnaher Einzelhandelsversorgung und gute verkehrliche Anbindung mit dem ÖPNV immer direkt mitgedacht werden müssen.
- die Stärke Dortmunds zeigen und die Quartiersstrukturen wiederbeleben, um das Ziel einer 15-Minuten-Stadt zu erreichen, bei der eine engmaschige Versorgungsstruktur und Arbeitsplätze im Wohnumfeld kurze Wege sicherstellen.
- bei jedem Bauvorhaben, insbesondere beim Straßenbau, prüfen, ob in diesem Rahmen Grünflächen geschaffen und versiegelte Flächen reduziert werden können, um das Mikroklima zu verbessern, mehr Lebensraum für Tiere und mehr Aufenthaltsqualität für alle zu schaffen.
- die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen sowie der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet fördern.
- öffentliche, kostenfrei nutzbare Räume für alle Menschen schaffen, seien es Parks oder Plätze, mit Bäumen und Grünflächen, Sitzmöglichkeiten, Kunst und Kultur, Trinkbrunnen, Toiletten, Bücherschränken, Foodsharing-Stationen und vielem mehr.
- hochwertige Spielplätze und Orte für Sport- und Bewegung als inklusive, generationsübergreifende Treffpunkte in allen Quartieren schaffen.
- Orte schaffen, die das Zusammenkommen, sich Kennenlernen und das Diskutieren ohne Hürden möglich machen.
- Innenhöfe in Wohngebieten durch mehr Begrünung und Nutzungsmischung aufwerten.

- durch die intelligente Nutzung von Leerständen insbesondere von Gewerbeimmobilien den kleinteiligen Einzelhandel stärken und kreative, kulturelle oder soziale (Zwischen-)Nutzungen fördern.
- die Grundsätze der feministischen Stadtentwicklung bei stadtplanerischen Entscheidungen beachten und priorisieren, um den öffentlichen Raum für Menschen aller Geschlechter sicher, nutzbar und attraktiv zu machen (Genderübergreifende Mobilitätsstrategien, Vermeidung von dunklen Angsträumen, Optimierung von Wegeführungen, Diskriminierung auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt, usw.).
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, an öffentlichen Plätzen und in der öffentlichen Infrastruktur wie den Haltestellen des ÖPNV umgehend schaffen, damit sich Senior*innen, Kinder und Menschen mit Behinderungen sicher und selbstständig in der Stadt bewegen können.
- autoarme und verkehrsberuhigte Wohnquartiere schaffen, zum Beispiel durch Anwendung des bewährten Konzeptes der Superblocks aus Barcelona oder von Zirkulationskonzepten wie in Gent oder Amsterdam.
- bei der Entwicklung neuer Quartiere das Ziel der Stadtentwicklung entlang von Schienen und damit nah an ÖPNV-Haltestellen priorisieren, aber auch im Bestand die bauliche sowie die funktionale Dichte (Supermärkte und andere Versorgungsstrukturen) in Bahnhofsumfeldern erhöhen (Transit Oriented Development).
- einen Mix aus verschiedenen Wohnformen, vom (geförderten) Geschosswohnungsbau, Nachverdichtung in Gebieten mit Einfamilienhausstrukturen bis hin zu Mehrgenerationen- und Gemeinschaftswohnprojekten schaffen und so die Wohndiversität und soziale Durchmischung in Dortmund auf Quartiersebene fördern.

Für eine attraktive Innenstadt

Eine lebenswerte Innenstadt ist das Herzstück eines zukunftsfähigen Dortmund. Sie muss ein Ort sein, an dem Menschen sich gerne aufhalten, einkaufen,

78 arbeiten, wohnen und gemeinsam Zeit verbringen. Dortmunds Innenstadt steht vor
79 großen Herausforderungen: Wirtschaftlicher Wandel mit Leerständen, sichtbar
80 werdende soziale Missstände, Verkehrsbelastung und der Klimawandel erfordern
81 entschlossenes Handeln. Wir wollen die Innenstadt zu einem Raum der Begegnung
82 und Vielfalt machen – mit grünen Oasen, lebendiger Kultur, einer starken lokalen
83 Wirtschaft, aber auch Wohnungen und einer nachhaltigen Mobilität. Gemeinsam
84 gestalten wir eine Innenstadt, die klimafreundlich, barrierefrei und für alle
85 Menschen einladend ist.

86 Wir werden

- 87 • ein nachhaltiges und attraktives Zukunftskonzept für die Innenstadt
88 entwickeln, welches die Funktion der reinen Einkaufsstadt hinterfragt und
89 durch nicht-kommerzielle Angebote sowie Wohnen ergänzt.
- 90 • die vorhandenen hochwertigen kulturellen und sozialen Institutionen für
91 die Belebung unserer Innenstadt nutzen und durch weitere niederschwellige
92 Angebote ergänzen.
- 93 • die Aufenthaltsqualität durch mehr urbanes Grün, bessere
94 Sitzmöglichkeiten, Kinderspielflächen und Veranstaltungsorte erhöhen.
- 95 • die auf GRÜNE Initiative im Rat durchgesetzte Neuplanung für die
96 Kampstraße begleiten, um diese zentrale Achse unserer Innenstadt zu einem
97 attraktiven Rückgrat einer zukunftsfähigen Innenstadt mit einer Mischung
98 aus Wohnen, Arbeiten, Einzelhandel, Gastronomie, Begrünung, Kultur, Sport
99 und Nachtleben zu entwickeln.
- 100 • die Wirtschaft und insbesondere den kleinteiligen Einzelhandel stärken.
- 101 • bestehende und zukünftige Leerstände kreativ umnutzen und auch mit
102 Fördermitteln durchmischte Nutzungskonzepte anstreben.
- 103 • weitere Fußgängerzonen einrichten, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

- den Parkbedarf in Tiefgaragen mit ausreichenden Kapazitäten bündeln und den öffentlichen Raum mit Außengastronomie, Flaniermeilen und Begrünung attraktivieren.
- Handwerker*innen und Gewerbe in die Innenstadt bringen, um zur Belebung beizutragen, für lokale Produktion zu werben und die Wertschöpfung zu steigern.
- die Pläne der TU Dortmund unterstützen, unsere Hochschullandschaft in die Innenstadt zu bringen.
- das Thema Wohnen auch innerhalb des Wallrings in den nördlichen und westlichen Bereichen der Innenstadt weiter forcieren und die Investitionsbereitschaft hier fördern.
- den Masterplan Plätze umsetzen.
- einen eigenen Gemeinwohl-Index entwickeln, um die nachhaltige Weiterentwicklung der Innenstadt langfristig zu messen, der vor allem auf konsumfreie Orte, kulturelle Angebote, niederschwellige Erreichbarkeit, Begrünung und Klimaanpassung, Zufriedenheit, Leerstandsquote, Sicherheitsgefühl, Teilhabe und weitere Kennzahlen setzt.
- eine Markthalle der Zukunft ansiedeln, die auch gleichberechtigte konsumfreie Angebote beinhaltet.
- eine Initiative „Kinderfreundliche City“ mit allen Akteuren der Dortmunder Innenstadt starten, damit die Innen- und Außenräume noch familienfreundlicher werden.

Für eine gerechte Bodenpolitik

Boden ist eine endliche Ressource und Basis für Wohnen, Arbeiten, Grünflächen und nachhaltige Stadtentwicklung. Spekulation gefährdet bezahlbares Wohnen und soziale Gerechtigkeit. Eine gerechte Bodenpolitik setzt klare Prioritäten: den Boden als Gemeingut zu behandeln und Flächen nachhaltig zu nutzen. Wir wollen

sicherstellen, dass eine aktive kommunale Bodenpolitik Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne der Allgemeinheit den Weg bereitet – für eine soziale, ökologische und wirtschaftlich zukunftsfähige Stadt. Dortmund soll eine Stadt sein, in der die Lebensgrundlage Boden nicht dem Profit, sondern den Menschen dient.

Wir werden

- in der Entwicklung von Flächen auf die Nachnutzung und das Flächenrecycling von Brachflächen setzen, anstatt neue Flächen zu versiegeln – sowohl für den Wohnungsbau als auch für Gewerbeflächen.
- Vorkaufsrechte für die Stadt konsequent nutzen, damit Bauland und Wohnraum weniger zum Spekulationsobjekt werden.
- das städtische Vorkaufsrecht insbesondere bei Eigentümer*innenwechseln von gewerblichen Liegenschaften ausüben, um diese gemeinwohlorientiert zu entwickeln.
- die Grundsteuer C zur Baulandmobilisierung einführen, bei der auch eine Grundsteuer auf unbebaute Grundstücke erhoben wird, um Baulandspekulationen einzudämmen.
- städtische Flächen hauptsächlich in Erbpacht und in Konkurrenzsituationen bevorzugend an gemeinnützige oder freie Träger*innen vergeben, damit in Zukunft die demokratische Mehrheit und nicht mehr Investor*innen über die Entwicklung der Stadt entscheiden, auf Quartiersebene heterogene Eigentumsstrukturen ermöglicht werden und gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllt werden können..
- **städtische Flächen nur in gut begründeten Fällen an private Investoren verkaufen.**
- die Auflage eines Flächen- und Immobilienfonds des Konzerns Stadt für den Erwerb von Flächen und Immobilien im Interesse einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung einfordern, der einspringt, wenn die Stadt selbst dazu finanziell nicht in der Lage ist.

- verstärkt Konzeptvergaben nutzen, um Flächen an Investor*innen nach qualitativen Kriterien vergeben, zum Beispiel nach Angeboten von gefördertem Wohnraum, der Förderung alternativer Mobilität oder ökologischen Bauens, und dabei die Vergabe an gemeinnützige Investor*innen favorisieren.
- Landwirtschaftliche Flächen im Stadtgebiet erhalten und nicht zu Siedlungsflächen umwandeln.
- bei der weiteren Entwicklung von Flächen die Bekämpfung des Wohnraummangels priorisieren und mehrgeschossige Bauformen planen, die möglichst wenig Fläche verbrauchen.
- den Flächenbedarf für Wohnraum reduzieren durch die Aufstockung von Wohngebäuden und eingeschossigem Gewerbe, den Ausbau von Dachgeschossen, leerstehende Büroflächen und Wohnungen sowie durch Nachverdichtung in Baulücken.
- in Neubaugebieten einen höheren Anteil an Flächen als bisher für Baugruppen vorhalten.
- nach dem Leitbild der dreifachen Innenentwicklung handeln, um die bestehenden Wohngebiete zu verdichten, bei der die bauliche Verdichtung gemeinsam mit dem Erhalt und der Weiterentwicklung von urbanem Grün sowie der Umgestaltung von Straßenräumen zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität gedacht wird.
- Supermärkte standardmäßig mehrgeschossig mit Wohnungsbau überbauen.

Für demokratische Beteiligung

Die Stadt gehört allen, die in ihr leben – und genau so sollte Stadtentwicklung gestaltet werden. Demokratische Beteiligung bedeutet, die Menschen frühzeitig in Entscheidungen einzubinden und ihnen eine echte Mitwirkung zu ermöglichen. Ob es um neue Bauprojekte, die Gestaltung von Grünflächen oder Verkehrsplanungen geht:

Nur gemeinsam können wir Lösungen finden, die die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft widerspiegeln. Transparente Prozesse, niedrigschwellige Angebote und vielfältige Mitbestimmungsmöglichkeiten sind der Schlüssel, um Vertrauen zu schaffen und die Lebensqualität in Dortmund für alle zu steigern. Denn Stadtentwicklung gelingt am besten, wenn alle Perspektiven berücksichtigt werden.

Deshalb werden wir

- Menschen, Initiativen und Vereine vor Ort frühzeitig in Planungsprozesse einbeziehen und dafür kreative neue Formate schaffen, die alle ansprechen und zur Beteiligung einladen – auch jenseits gesetzlicher Vorgaben. So ermöglichen wir es den Menschen, ihre eigene Lebensrealität aktiv mitzugestalten, Ideen einzubringen und die Verbundenheit mit ihrem Quartier zu stärken.
- eine Stabstelle für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Stadtplanungs- und Entwicklungsprojekten einrichten, um deren Interessen in der Stadtentwicklung vermehrt zu berücksichtigen.
- quartiersbezogene Nahmobilitätskonzepte zusammen mit der Bewohner*innenschaft voranbringen und begleiten.

Für das gute Leben Leben in Dortmund

Eine Stadt wird erst durch ihre Menschen lebendig. Die Stadt Dortmund ist geprägt von Vielfalt – und genau darin liegt ihre Stärke. Ein gutes Zusammenleben braucht Orte der Begegnung und des Zusammenlebens, die allen Menschen gleichermaßen und ohne Hürden zugänglich sind. Wir wollen das soziale Miteinander fördern und gemeinsame Räume schaffen, in denen alle Menschen willkommen sind. Egal ob in Nachbarschaften, Vereinen oder auf öffentlichen Plätzen: Unsere Stadt soll ein Ort sein, an dem niemand ausgeschlossen wird.

Wir werden

- Schulen zu Gemeinschaftszentren ausbauen, an denen sich die Schule, Vereine, soziale Initiativen und der Stadtteil strukturell vernetzen, wobei die Schule mit Angeboten wie Co-Working-Spaces, therapeutischen Praxen, einer Stadtteilmensa und Nachmittagsaktivitäten zu einem Anker für

217 das Zusammenleben im Quartier wird.

218 • Treffpunkte für Menschen im Quartier stärken und dafür öffentliche Räume
219 wieder zu Orten des gesellschaftlichen Lebens aufwerten und gleichzeitig
220 Räume für Nachbarschaftstreffs und Initiativen schaffen, die den Dialog
221 zwischen den Menschen im Stadtteil fördern.

222 • konsumfreie Treffpunkte für verschiedene Generationen nutzbar machen,
223 dafür unter anderem mit den Kirchen in den Dialog für eine mögliche
224 Umnutzung ihrer oft zentral gelegenen Immobilien kommen.

225 • mehr kulturelle und künstlerische Angebote vor Ort schaffen und
226 unterstützen.

227 • Urban-Gardening-Initiativen und Gemeinschaftsgärten weiter fördern.

228 • öffentlich zugängliche und inklusive Sportstätten weiter konsequent
229 ausbauen, da diese die Gesundheit fördern und zugleich Begegnungsorte
230 sind.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Wohnen

Text

1 Ein Zuhause ist mehr als vier Wände und ein Dach über dem Kopf. Es ist der Ort,
2 an dem wir zur Ruhe kommen, an dem Kinder aufwachsen, an dem wir unser Leben
3 gestalten. Doch für immer mehr Menschen in Dortmund wird genau das zur
4 existenziellen Frage: Kann ich mir meine Miete noch leisten? Ist der Umzug in
5 eine größere Wohnung überhaupt möglich? Wo finde ich senior*innengerechten,
6 barrierefreien Wohnraum? Das macht bezahlbares Wohnen zu einer der
7 entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit.

8 Auch in Dortmund sind diese Entwicklungen deutlich spürbar. Seit 2019 ist die
9 durchschnittliche Nettokaltmiete von 7,00 € auf 8,41 € pro m² gestiegen – das
10 entspricht einer Erhöhung um über 20 %. Eine Verbesserung der Situation ist
11 bisher nicht in Sicht. Die Leerstandsquote lag Ende 2023 bei lediglich 1,9 % und
12 die Zahl der sozial geförderten Wohnungen nimmt stetig ab. Für Familien, junge
13 Menschen, Paare, Alleinerziehende, Senior*innen und viele andere wird es immer
14 schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

15 Wohnen darf kein Luxus sein. Es ist ein Grundrecht, das wir schützen müssen. Die
16 Einführung der Mietpreisbremse in Dortmund durch das Land NRW ab März 2025 ist
17 ein wichtiger Schritt, denn sie zeigt die Dramatik auf dem Dortmunder
18 Wohnungsmarkt. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau, strengere Regeln gegen
19 Spekulation und müssen mehr Wohnraum schaffen.

20 Wir setzen uns dafür ein, dass Dortmund eine Stadt bleibt, in der alle ein
21 Zuhause finden – unabhängig vom Einkommen.

Für bezahlbaren Wohnraum

Wohnen ist ein Grundrecht. Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in Dortmund bezahlbaren Wohnraum finden und sich keine Ängste und Sorgen um den Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Besonders müssen wir diejenigen unterstützen, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten haben, auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt Fuß zu fassen. Wir verfolgen das Ziel, dass die Miete nicht mehr als 30 % des verfügbaren Einkommens betragen sollte.

Wir werden

- die Quote für den sozialen Wohnungsbau auf 40 % bei neu aufzustellenden Bebauungsplänen ausweiten.
- zusätzlich in jedem Neubaugebiet mindestens 10 % der Wohnungen im sogenannten preisgedämpften Segment anbieten, also mit Quadratmeterpreisen zwischen Sozialmiete und Angebotsmiete, was über einen städtebaulichen Vertrag gesichert wird.
- den "Housing-First"-Ansatz zur Unterstützung von Wohnungslosen konsequent umsetzen und ausweiten.
- barrierefreien und senior*innengerechten Wohnraum fördern.
- auf die Gewinnausschüttung der DOGEWO21 an die Stadt verzichten, um sie mit weiterem Eigenkapital für Investitionen auszustatten.
- keine städtischen Wohnimmobilien verkaufen.
- uns für den Ankauf von Belegbindungen durch die Stadt einsetzen, um den Bestand an sozial geförderten Wohnungen zu halten.
- alle Verbesserungen und Spielräume des Mieter*innenschutzgesetzes konsequent für Dortmund und insbesondere bei DOGEWO und DSG umsetzen sowie

46 bundesweit auf einen stärkeren Mieter*innenschutz hinwirken.

- 47 • verbesserte Beratungsangebote für Menschen auf Wohnungssuche schaffen,
48 insbesondere in schwierigen Lebenslagen.

- 49 • bei kommunalen Wohnungsunternehmen auf eine Schufa-Auskunft verzichten.

- 50 • das Wohnraumvorhalteprogramm der Stadt zur besseren Vermittlung von
51 Wohnungen in Notsituationen ausweiten.

- 52 • gemeinsam mit der Dortmunder Wohnungswirtschaft eine Wohnungstauschbörse
53 einrichten, bei der Wohnungen freiwillig, zum vergleichbaren
54 Quadratmeterpreis und möglichst im Quartier getauscht werden können, um
55 einfacher die passende Wohnung für die jeweilige Lebenslage zu finden, zum
56 Beispiel wenn die Familienplanung zu einem höheren Raumbedarf führt oder
57 wenn umgekehrt die Kinder ausziehen.

- 58 • bei der baulichen Aufwertungen unsere sozial durchmischten, bunten
59 Quartiere mit sozialen Erhaltungssatzungen vor Verdrängung schützen.

60 **Für mehr Wohnraum**

61 Dortmund braucht eine realistische Strategie, um mehr Wohnraum zu schaffen. Der
62 beste Ansatz ist die Nutzung bestehender Potenziale: Gebäude aufstocken,
63 ungenutzte Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen
64 sowie zweckentfremdete und leerstehende Gebäude reaktivieren. Ohne den Bau neuer
65 Wohngebäude wird es jedoch nicht gehen. Hierbei müssen kommunale
66 Wohnungsunternehmen eine zentrale Rolle spielen und zusätzlichen Wohnraum
67 schaffen, um eine hohe Qualität bei gleichzeitiger Bezahlbarkeit
68 sicherzustellen. Seriell errichtete Wohngebäude (Vorfertigung von Bauteilen oder
69 Modulen im Werk und Zusammenfügung auf der Baustelle) können, wenn sie
70 nachhaltig gebaut werden, einen wirkungsvollen Beitrag leisten, um schnell und
71 kostengünstig Wohnraum zu schaffen.

72 Wir werden

- Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften stärker fördern, um den nicht gewinnorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.
- verstärkt Wohnungen durch die DOGEW021 bzw. die Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG) bauen, insbesondere geförderten Wohnraum.
- Problemimmobilien durch die Stadt ankaufen und gemeinsam mit GrünBau oder ähnlichen Einrichtungen sanieren, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- **Mietwucher und Einzelvermietung von Schlafplätzen u.a. für Zugewanderte aus Südosteuropa konsequent ordnungsrechtlich bekämpfen**
- serielles Bauen bei kommunalen Wohnungsbauprojekten anwenden.
- Flächen explizit für den Bau von Azubi- und Studierendenwohnheimen ausweisen und in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk studentisches Wohnen ausbauen, auch in der Innenstadt.
- für mehr Wohnen im Bestand sorgen, das heißt, durch Überbauung von Parkplätzen, Verwaltungsgebäuden oder die Umnutzung von leerstehenden Bürogebäuden schaffen wir Wohnraum, ohne zusätzlichen Flächenbedarf.
- Leerstand in Gewerbegebäuden zu Wohnraum umwidmen, zum Beispiel im Rahmen des Bundesprogramms „Gewerbe zu Wohnen“.
- uns dafür einsetzen, dass Wohnraum auch als solcher genutzt wird und rechtliche Mittel gegen Wohnungsleerstand ausschöpfen, auch durch Enteignungen von Wohnungen, die länger als 2 Jahre leer stehen.
- in bestehenden Wohngebieten Aufstockung der Gebäude ermöglichen.

- 96 • den Ausbau von Dachgeschossen bewerben, vereinfachen und fördern.
- 97 • in städtebaulichen Wettbewerben die Barrierefreiheit als zwingendes
98 Kriterium aufnehmen.
- 99 • Stellplatznachweise für PKW abschaffen, damit Wohnungsneubau nicht an zu
100 teuren Tiefgaragenplätze oder Flächenmangel scheitert.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Wirtschaft

Text

Dortmunds Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Die sozial-ökologische Transformation, die Digitalisierung sowie der demografische Wandel mit einem zunehmenden Fachkräftemangel verlangen nach einer aktiven und vorausschauenden Politik. Unser Ziel ist eine resiliente, innovative und nachhaltige Wirtschaftsstruktur, die bestehende Unternehmen stärkt, neue Gründungen erleichtert und gute Arbeit sichert und schafft.

Dortmund ist geprägt von einer industriellen Vergangenheit, einer vielfältigen Stadtgesellschaft und einer innovativen Hochschullandschaft. Diese Potenziale wollen wir nutzen, um den Wandel gerecht zu gestalten: Mit wirtschaftlicher Entwicklung, die ökologische Verantwortung übernimmt, sozialen Fortschritt ermöglicht und allen Menschen Teilhabe und Perspektiven bietet. Fachkräfte sollen in der Region gehalten, Bildungs- und Ausbildungsangebote gestärkt und Arbeitsplätze nach sozialen und ökologischen Kriterien weiterentwickelt werden.

Dazu braucht es eine Neuausrichtung der Dortmunder Wirtschaftsförderung. Im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stehen Menschen und Umwelt. Wir wollen eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern, die Klimaschutz, Ressourcenschonung und zukunftsorientierte Innovationen miteinander verbindet. Gute Arbeit heißt für uns faire Bezahlung, Tarifbindung, Mitbestimmung, Gesundheitsschutz und Chancengleichheit – unabhängig vom Bildungshintergrund oder Herkunft.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Wissenschaftsförderung. Wir wollen Dortmund als Ort technologischer und sozialer Innovation stärken, indem wir Forschung und Praxis enger vernetzen, die Hochschulstandorte stärken und Kooperationen mit

Unternehmen ausbauen. Gleichzeitig arbeiten wir an lebendigen, krisenfesten Innenstädten, in denen nachhaltiger Handel, kreative Konzepte und Aufenthaltsqualität Hand in Hand gehen.

Auch die Industrie, Logistik und das Handwerk brauchen klare Zukunftsperspektiven. Wir setzen auf regionale Wertschöpfungsketten, neue urbane Produktionsformen und klimaneutrale Entwicklungspfade. Mit der Technischen Universität Dortmund und der Fachhochschule haben wir starke Partner, um wirtschaftlichen Wandel, Bildung und gesellschaftlichen Fortschritt miteinander zu verbinden.

Schließlich gestalten wir Wirtschaftsförderung als Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung, mit einem Fokus auf Klimagerechtigkeit, sozialem Ausgleich, sinnvollen Flächennutzungen und regionaler Kooperation. Die Stadt muss dabei eine aktive Rolle übernehmen – fördernd, vernetzend, steuernd – für eine Wirtschaft, die Zukunft schafft.

Für klimaneutrales Wirtschaften

Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung müssen in Dortmund Hand in Hand gehen. Nachhaltige Wirtschaftsmethoden bieten nicht nur ökologische Vorteile, sondern eröffnen auch neue Chancen für Beschäftigung, Innovation und regionale Wertschöpfung. In diesem Zusammenhang setzen wir auf innovative und zukunftsfähige Konzepte, die die regionale Wirtschaft stärken.

Wir schaffen dafür konkrete Anreize, mit z. B. Klimaschutz-Leitfäden für den Handel, dem Ausbau des nachhaltigen Kaufhausplans und der Förderung energieeffizienter Gewerbeflächen. Erneuerbare Energien und grüne Technologien sollen in der Industrie zum Standard werden. Emissionsfreie Lieferkonzepte und Mikro-Depots entlasten die Stadt, während wir Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen gezielt fördern.

Dabei orientieren wir uns am Leitbild der Gemeinwohlökonomie – für eine Wirtschaft, die soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit und ökonomische Stärke zusammenbringt. Dortmund soll so zum Vorreiter einer modernen, zukunftsfesten Wirtschaftsregion werden.

Dafür werden wir

- spezifische Leitfäden für den Klimaschutz im Handel entwickeln, die den Einzelhandel und die Industrie unterstützen sowie ihre Produktions- und Verkaufsprozesse optimieren, ohne den Klimaschutz zu gefährden.

- den nachhaltigen Kaufhausplan für den Einzelhandel weiter vorantreiben, um nachhaltige und ressourcenschonende Geschäftsmodelle zu etablieren, die den Flächenverbrauch minimieren und gleichzeitig umweltfreundliche Konzepte wie Urban Mining und die Nutzung von recycelten Materialien integrieren.
- die Energieversorgung von Industriebetrieben nachhaltiger gestalten, indem wir insbesondere erneuerbare Energien fördern und den Umstieg auf grünen Strom in der Dortmunder Industrie vorantreiben, einschließlich der Nutzung von grüner Wasserstofftechnologie im H2-Hafen.
- nachhaltige Lieferverkehrskonzepte entwickeln, um den CO2-Ausstoß im Bereich der Last Mile Logistics zu reduzieren, wobei wir den Fokus auf die Förderung von elektrischen Lieferfahrzeugen, Lieferverkehr mit Fahrrädern und der Einrichtung von Mikro-Depots für eine emissionsfreie Belieferung legen.
- nachhaltige Gewerbegebiete entwickeln, bei denen die Gewerbeflächen vorrangig Unternehmen bereitstehen, die ressourcenschonend und nachhaltig wirtschaften.
- neue Gewerbegebiete entwickeln, die anstatt reiner Beton- und Asphaltwüsten modernen Gebiete mit integrierten Grünflächen sind.
- die Integration der Kreislaufwirtschaft in die Dortmunder Wirtschaft stärken, indem wir Unternehmen fördern, die nachhaltige Recyclingmethoden anwenden und Abfallstoffe effektiv in ihren Produktionsprozess integrieren.
- die Wirtschaftsförderung in Dortmund auf Nachhaltigkeit ausrichten, indem wir Unternehmen unterstützen, die sozial und ökologisch orientiert wirtschaften und so einen aktiven Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten.
- nachhaltige Innovationen in der Wirtschaft unterstützen, indem wir neue,

umweltfreundliche Geschäftsmodelle fördern und die Innovationskraft von Unternehmen stärken.

- gemeinwohlorientierte Unternehmen gezielt fördern, indem wir Anreize schaffen, damit auf soziale Verantwortung und ökologische Nachhaltigkeit setzen und damit langfristig zur nachhaltigen Entwicklung Dortmunds beitragen.

- ein Handwerkhaus in der Innenstadt etablieren, das als zentraler Treffpunkt für Handwerksbetriebe dient und eine Plattform für Austausch, Weiterbildung und Innovation im Handwerk bietet sowie gleichzeitig als Innovationszentrum für traditionelle und moderne Handwerkskunst fungieren und dazu beitragen soll, das Handwerk als wichtigen Bestandteil der Stadtentwicklung zu stärken.

- Wohnen und Arbeiten miteinander vereinbaren und, wo möglich, integrierte Wirtschaftsstandorte mit einer hohen Nutzungsdichte an Gastronomie und sonstigen standort nahen Versorgungseinrichtungen entwickeln.

Für gute Arbeit und faire Löhne

Gute Arbeit ist der zentrale Pfeiler jeder Gesellschaft. Dortmund muss sich auf eine zukunftsfähige Arbeitswelt vorbereiten, die nicht nur durch technologischen Fortschritt geprägt ist, sondern auch immer auf sozialen Werten und fairen Arbeitsbedingungen basiert.

Dafür werden wir

- die Förderung von Arbeitsplätzen auf Tarifbasis vorantreiben, indem wir gezielt Unternehmen fördern, die tarifgebunden beschäftigen.
- ein Azubiwohnheim weiterentwickeln, das Azubis und jungen Menschen aus anderen Regionen eine günstige Wohnmöglichkeit bietet, um in Dortmund zu arbeiten und zu leben, wodurch die Bindung der Azubis an die Stadt gestärkt und ihre berufliche und soziale Integration unterstützt wird.

- damit auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken, da auch angehenden Fachkräften aus anderen Regionen der Umzug nach Dortmund erleichtert wird.
- die Arbeitsmarktstrategie gemeinsam mit Unternehmen weiterentwickeln, um einen besseren Zugang zu Arbeitsplätzen für Arbeitslose und weniger qualifizierte Menschen zu ermöglichen und zugleich den Fachkräftemangel zu verringern.
- dabei Quereinstiege in verschiedene Berufszweige fördern, um Menschen eine Perspektive zu bieten, die ihren Beruf wechseln oder eine Ausbildung nachholen wollen.
- noch gezielter die Integration von Langzeitarbeitslosen unterstützen, indem wir gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme anbieten und die Arbeitsmarktintegration durch Praktika und Qualifizierungsoffensiven erleichtern.
- uns für eine beschleunigte Anerkennung im Ausland erworbener Bildungs- und Berufsabschlüsse einsetzen.
- **effektive Arbeits- und Qualifikationsangebote für hier lebende geflüchtete Menschen nach individuellen Bedarfen schaffen, unter Einbeziehung der kommunalen Arbeitsmarktstrategie und der gesetzlichen Möglichkeiten auf Bundesebene**
- Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickeln, etwa durch familienfreundliche Arbeitszeiten und die Förderung betrieblicher Kinderbetreuung in der Verwaltung und den Unternehmen der Stadt.
- das Potenzial von jungen Menschen nutzen, die sich für eine handwerkliche Ausbildung entscheiden, indem wir Programme wie „Meister statt Master“ oder das “Freiwillige Handwerksjahr” voranbringen, die eine Alternative zu akademischen Karrieren aufzeigen und den handwerklichen Bereich als ebenso wertvolle und nachhaltige berufliche Option stärkt.

- Programme gegen stereotype Berufswahl in Kooperation mit dem Gleichstellungsbüro entwickeln.
- die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Technologie fördern, um den Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu beschleunigen und langfristig zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.
- die Digitalisierung des Arbeitsmarktes vorantreiben, indem wir die Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen im Bereich digitaler Kompetenzen fördern, um sie auf die Arbeitswelt der Zukunft vorzubereiten.
- mehr inklusive Arbeitsplätze in allen Wirtschaftsbereichen schaffen, insbesondere durch gesetzliche Anpassungen und finanzielle Anreize, die Unternehmen dazu motivieren, schwerbehinderte Menschen einzustellen.

Für Nachwuchsförderung

Für Dortmund als Wirtschaftsstandort ist es von zentraler Bedeutung, die richtigen Impulse für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung zu setzen. Durch die Förderung von Innovationen und die Stärkung der Qualifikationen der Bevölkerung möchten wir die Weichen für eine resiliente und leistungsstarke Wirtschaft stellen. Dies umfasst sowohl den Ausbau von Kompetenzen bei der jüngeren Generation als auch die Förderung der ethischen und nachhaltigen Ökonomie, um auf die Bedürfnisse der kommenden Jahre vorbereitet zu sein.

Darum werden wir

- das Interesse junger Menschen für zukunftssträchtige Berufsfelder (wie z. B. Solartechnik, Handwerk*innen mit Fokus auf klimagerechte Technik und Ähnliche), wecken, indem wir Programme und Initiativen fördern, die den Zugang zu innovativen Berufen ermöglichen und so die Grundlage für eine qualifizierte Arbeitswelt legen.
- Labs und Werkstätten für Kinder schaffen, um praktische Erfahrungen in technischen, kreativen und nachhaltigen Bereichen zu ermöglichen, so frühzeitig das Interesse an zukunftssträchtigen Berufen zu fördern und

dabei die Angebote an die Schulen bringen, um die Projekte für alle zugänglich zu machen.

- “Erfahrungen durchs Machen” ermöglichen, mit mehr niedrigschwelligen Praxisformaten wie Werkstatt-Tagen, „Job-Labs“ oder Praxistagen in Kooperation von Schulen und Betrieben sowie durch die Ausweitung von Programmen wie „DO at Work“ und begleitenden Formaten wie Azubi-Stammtischen.

- kommunale Stipendienprogramme für soziale und klimagerechte Ausbildungsberufe auflegen, die jungen Menschen finanzielle Sicherheit geben und gesellschaftlich besonders relevante Berufe stärken.

- **Förderung von Ausbildungsverbünden, bei denen sich verschiedene Kleinbetriebe, die sonst keine Auszubildenden haben, ggf. unter Einbeziehung von Bildungsstätten zusammenschließen, um die Berufsausbildung gemeinsam zu planen und arbeitsteilig durchzuführen.**

Für eine starke ethnische Ökonomie

Dortmund hat eine starke und vielfältige migrantische Wirtschaft, die einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung leistet. Migrantische Unternehmer*innen spielen eine zentrale Rolle in der regionalen Wirtschaft, und ihre Netzwerke müssen weiter gestärkt werden.

Deswegen werden wir

- die migrantische Ökonomie stärken, indem wir die Kapazitäten des Zentrums für ethnische Ökonomie ausbauen und somit Unternehmensgründungen, die selbstständige Erwerbstätigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund und die Beschäftigung in migrant*innengeführten Unternehmen gezielt fördern.
- digitale und mehrsprachige Beratungsangebote und Anlaufstellen bei bürokratischen Hürden für Unternehmensgründer*innen mit Migrationsgeschichte schaffen.

Für Frauen in MINT-Berufen

Frauen sind in den MINT-Berufen (also Berufe in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) noch immer unterrepräsentiert. Die Förderung von Frauen in MINT-Berufen ist daher eine wesentliche Aufgabe, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben und dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Frauen müssen als Führungskräfte und Vorbilder stärker sichtbar gemacht und gezielt ermutigt werden, technische Berufe zu ergreifen. Gleichzeitig braucht es Unternehmen, die aktiv ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Frauen gut und gerne arbeiten, durch eine diskriminierungsfreie Unternehmenskultur, flexible Arbeitsmodelle, faire Aufstiegschancen und gezielte Maßnahmen gegen den Gender Gap, sowohl in der Bezahlung als auch in der Projektvergabe und Sichtbarkeit.

Dafür werden wir

- ein Netzwerk für Frauen in den MINT-Berufen aufbauen, das bestehende Initiativen wie die Mädchen-AG im Kitz.do und den Chaos Computer Club unterstützt und dadurch mehr Frauen für diese Berufe begeistert.
- Role-Models für Frauen in den MINT-Berufen sichtbar machen, indem wir erfolgreiche Frauen ermöglichen, sich als Vorbilder zu präsentieren, die junge Frauen zur Teilnahme an diesen Branchen ermutigen.
- Mentoring-Programme für Frauen in MINT-Berufen etablieren, um den Austausch zwischen erfahrenen Expertinnen und jungen Talenten zu fördern und den Einstieg in die Branchen zu erleichtern.

Für urbane Produktion und Smart Factory

Die Zukunft der Industrie liegt in einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Produktion. Der Übergang zu smarten und dezentralen Produktionsformen erfordert neue Ansätze und Technologien. Urbane Produktionszentren und Smart Factories bieten das Potenzial, innovative und nachhaltige Produktionsmethoden zu fördern.

Dafür werden wir

- nachhaltige Produktionsmethoden fördern, indem wir Unternehmen

unterstützen, die ressourcenschonende und innovative Produktionsverfahren mit Blick auf Kreislaufwirtschaft und Urban Farming einsetzen.

- den Aufbau von Smart Factories in Dortmund vorantreiben, indem wir digitale Fertigungsprozesse und Industrie 4.0-Technologien in kleinen und mittleren Unternehmen fördern und innovative Produktionsmethoden etablieren, insbesondere im Umfeld von Phoenix West, dem Hafenquartier und dem TechnologiePark Dortmund, die wir als Schaufenster urbaner Produktion in der Region positionieren werden.
- einen Ausbau der Kreislaufwirtschaft in der Stadt fördern, indem wir Unternehmen unterstützen, die ressourcenschonende Produktionsmethoden wie Urban Mining, Recycling von Baumaterialien und die Verwendung von recycelten Rohstoffen in der Produktion anwenden.
- die Dortmunder Wirtschaft 4.0 weiterentwickeln, indem wir Unternehmen bei der digitalen Transformation unterstützen und gezielt Ressourcen für innovative, nachhaltige Geschäftsmodelle bereitstellen.
- die lokale Wirtschaft als bundesweite Open Source Factory fördern, wobei neue Open-Source-Gemeinschaften angesiedelt und Open-Source-Produkte entwickelt werden sollen.
- dabei die Wirtschaftsförderung als aktive Partnerin in der Entwicklung von digitalen, grünen und sozialverantwortlichen Unternehmen verstehen und so zur Schaffung krisenfester Arbeitsplätze und einer resilienten Wirtschaft beitragen.
- den Aufbau von urbanen Produktionszentren unterstützen, die als Modellstandorte für innovative und nachhaltige Fertigung dienen und als Lernorte für Unternehmen und Start-ups zur Anwendung neuer Technologien fungieren.
- ein Innovationszentrum für urbane Produktion und Smart Factory in Dortmund etablieren, das als Anlaufstelle für Unternehmen und Start-ups dient, die nachhaltige und innovative Produktionsmethoden entwickeln und

implementieren möchten, idealerweise in räumlicher Nähe zur TU Dortmund, um Synergien mit Forschung und Lehre zu ermöglichen.

- die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen und Stadtverwaltung fördern, um praxisnahe Forschung zu unterstützen.

- den Wissenstransfer von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Industrie stärken, um sicherzustellen, dass die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Technologien in die Produktionsprozesse von Unternehmen in Dortmund integriert werden.

- ein Netzwerk von urbanen Produktions-Hubs aufbauen, in denen Unternehmen gemeinsam Ressourcen und Produktionskapazitäten nutzen können, was nicht nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärkt, sondern auch die Entwicklung effizienter, nachhaltiger Produktionsmethoden fördert, z. B. über Pilotprojekte im Umfeld der Speicherstraße.

Für den Abbau von Bürokratie

Eine der größten Herausforderungen für Bürger*innen und Unternehmen ist der bürokratische Aufwand. Wir setzen uns dafür ein, die Verwaltung effizienter und transparenter zu gestalten und den Gründungsprozess zu erleichtern.

Und deswegen werden wir

- die Verwaltung effizienter und dienstleistungsorientierter gestalten, indem wir eine zentrale Anlaufstelle für Gründer*innen und Unternehmen einrichten (One-Stop-Shop), die eine schnelle und unkomplizierte Bearbeitung von Anfragen ermöglicht.
- uns für eine weitere beschleunigte Digitalisierung der Verwaltungsabläufe einsetzen.
- bürokratische Prozesse vereinfachen, indem wir sie transparenter und klarer strukturieren und insgesamt vereinfachen, wo es möglich ist, sodass

Gründer*innen und Unternehmer*innen schneller und sicherer durch die bürokratischen Anforderungen kommen.

- Fehlerquellen in Verwaltungsprozessen beseitigen, indem wir Praxis-Checks einführen und klare, verständliche Informationen zur Verfügung stellen, die den Verwaltungsprozess transparenter gestalten.
- mehr Daten als Open Data bereitstellen, um auch hier Hürden und Verwaltungsprozesse zum Erlangen der Daten abzubauen.

Für erfolgreiches Gründen

Dortmund muss Gründer*innen ein Umfeld bieten, in dem sie nicht nur ihre Unternehmen erfolgreich starten, sondern auch langfristig wachsen und prosperieren können. Durch die Förderung von Hochschulausgründungen und Start-ups möchten wir sicherstellen, dass innovative Unternehmen in Dortmund bleiben und hier wachsen können.

Dafür werden wir

- Hochschulausgründungen in Dortmund fördern, damit Unternehmen, die aus den Dortmunder Hochschulen hervorgehen, nicht in andere Städte abwandern, sondern in Dortmund bleiben und hier wachsen können.
- Start-ups in Dortmund stärker fördern, indem wir sie durch finanzielle und beratende Unterstützung begleiten, insbesondere in den kritischen Wachstumsphasen.
- passende Büroflächen und bei Bedarf Hallenflächen anbieten, um Gründer*innen in Dortmund eine organisatorische Perspektive aufzuzeigen.
- Innovationszentren in Dortmund stärken, damit Gründer*innen einen zentralen Ort für den Austausch von Ideen, den Zugang zu Kapital und die Vernetzung mit anderen Unternehmen finden können.

- Gründer*innen langfristig durch Wachstumsförderung und Professionalisierung unterstützen, um wirtschaftliche Dynamik zu schaffen und Start-ups in Dortmund erfolgreich wachsen zu lassen.
- auf die Sparkasse Dortmund einwirken, finanzielle Ressourcen für die Gründungs- und Aufbauphase von Unternehmen bereitzustellen und weitere Venture Capital-Fonds zu initiieren.
- das Angebot an Open Data unter anderem mit Live-Daten zu (öffentlichem) Verkehr, Energie- und Wasserverbrauch weiter ausbauen und die Echtzeitbereitstellung bei der Erhebung gleich mitdenken.
- den Geobasisdatenzwilling kostenlos zur Verfügung stellen, um die Nutzung anzukurbeln.

Für starke lokale Unternehmen

Kleine und mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat der Dortmunder Wirtschaft. Ihre Förderung ist entscheidend, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen.

Und deswegen werden wir

- Aufträge der Stadt bevorzugt an regionale Unternehmen vergeben, um die lokale Wirtschaft zu stärken und dort Arbeitsplätze zu schaffen.
- Unternehmen, die nachhaltige Produktionsmethoden einsetzen, gezielt unterstützen, indem wir finanzielle und steuerliche Anreize schaffen, damit sie ihre Geschäftsmodelle weiter ausbauen und zu einem nachhaltigen Wirtschaften beitragen.
- das Technologiezentrum damit beauftragen, mit ihrem Sondervermögen einen Handwerker- und Gewerbehof nach Vorbild der Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrums GmbH zu errichten und zu günstigen Konditionen an kleinere Betriebe vermieten.

Für zukunftsfähigen Handel in der Innenstadt

Die Innenstadt und der Handel sind für Dortmund von zentraler Bedeutung, nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, sondern auch für die Lebensqualität der Bürger*innen. Eine attraktive Innenstadt mit einem vielfältigen, nachhaltigen Handel sorgt für eine starke lokale Wirtschaft und fördert die soziale und kulturelle Integration. Ziel ist es, den innerstädtischen Handel weiterzuentwickeln, attraktive Einkaufsräume zu schaffen und nachhaltige sowie zukunftsfähige Geschäftsmodelle zu fördern.

Deswegen werden wir

- die Innenstadt weiterentwickeln, indem wir das Angebot von Sitzmöglichkeiten, Gastronomie und Freizeitangeboten ausbauen, um die Aufenthaltsqualität zu steigern und Dortmund als attraktiven Treffpunkt für Bürger*innen und Besucher*innen zu positionieren.
- die Schaffung von grünen und nachhaltigen Handelsflächen fördern, indem wir den innerstädtischen Handel auf ressourcenschonende und umweltfreundliche Geschäftsmodelle ausrichten und lokale Unternehmer*innen dabei unterstützen, nachhaltig zu wirtschaften.
- Leerstände in der Innenstadt aktiv nutzen, indem wir kreative und zeitlich begrenzte Nutzungskonzepte wie Pop-up-Stores und Zwischennutzungen fördern, die frische Impulse für den Handel geben und gleichzeitig der Stadtentwicklung zugutekommen.
- die lokale Wirtschaft stärken, indem wir den regionalen Handel fördern und kleineren Unternehmen den Zugang zu innerstädtischen Gewerbeflächen erleichtern.
- die Logistik in der Innenstadt mit dezentralen Verteilzentren ansiedeln, von wo aus Pakete verschiedener Anbieter mit emissionsarmen Fahrzeugen verteilt werden, wodurch Verkehr reduziert und Ladenlokale belebt werden können.
- ein nachhaltiges Handelskonzept für die Innenstadt entwickeln, das den

Einsatz von grüner Energie, Recycling und umweltfreundlichen Materialien fördert, um den CO₂-Fußabdruck des Handels in Dortmund zu reduzieren.

- eine Reparaturprämie einführen, welche die lokalen Betriebe fördert und den Bürger*innen Alternativen zum Neukauf bewusst macht.

Für gute wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ruhrgebiet

Die Zusammenarbeit zwischen den Städten des Ruhrgebiets ist entscheidend, um die regionale Wirtschaft zu stärken, gemeinsame Entwicklungspotenziale besser zu erschließen und den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Dafür werden wir

- interkommunale Industrie- und Gewerbegebiete im Ruhrgebiet entwickeln, um den Wettbewerb zwischen den Städten zu verringern und Synergien zu schaffen, die für die gesamte Region von Vorteil sind.
- regionale Kooperationen bei der Flächenplanung stärken, um die Entwicklung interkommunaler Gewerbeflächen voranzutreiben, die allen beteiligten Städten zugutekommen und gleichzeitig den Freiflächenverbrauch reduzieren.
- auf eine Zusammenarbeit der Ruhrgebietskommunen hinwirken, um sich gemeinsam für die Sanierung von mit Altlasten belasteten Gewerbeflächen einzusetzen und zu einem interkommunal abgestimmten einheitlichen Gewerbesteuersatz zu kommen.

Für nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung

Nachhaltigkeit muss in allen Bereichen der Wirtschaft berücksichtigt werden, insbesondere bei der Entwicklung von Gewerbeflächen. Wir möchten sicherstellen, dass alle neuen Gewerbeflächen umweltfreundlich und ressourcenschonend genutzt werden.

Deswegen werden wir

- Nachhaltigkeit in Gewerbegebieten fördern, indem wir bei der Planung neuer Gewerbeflächen den Fokus auf umweltfreundliche und ressourcenschonende Produktionsprozesse legen.
- Programme wie “Gewerbeflächen stapeln” und “Industrial Intensification” und die “vertikale Produktion” als Grundsätze einer ressourcenschonenden Gewerbeflächenentwicklung in Dortmund etablieren.
- grüne Gewerbeflächen fördern, indem wir gezielt Flächen ausweisen, die es umweltbewussten und sozial verantwortungsvoll wirtschaftenden Unternehmen ermöglichen, sich anzusiedeln.
- keine neuen Gewerbegebiete auf wertvollen Freiflächen ausweisen, sondern gezielt Industriebrachen und ungenutzte Flächen revitalisieren, um die ökologische Qualität zu erhalten und den Flächenverbrauch zu reduzieren.
- die Nachverdichtung bestehender Gewerbegebiete fördern, um die Nutzung der bereits verfügbaren Flächen zu maximieren und so neuen Unternehmen und Start-ups Platz zu bieten, ohne zusätzliche Freiflächen zu versiegeln.
- sicherstellen, dass die städtische Wirtschaftsförderung ein transparentes Flächenmanagement betreibt, indem alle verfügbaren Flächen systematisch dokumentiert und nach Nutzungspotenzialen und Zielgruppen kategorisiert werden.
- dafür den vorhandenen Wirtschaftsflächenatlas verbessern und noch zielgenauer alle relevanten Flächen für Unternehmen erfassen.
- bei der Flächenentwicklung ÖPNV-Angebote mitdenken und bevorzugt Stadt- oder Regionalbahnen anschließen (Transit Oriented Development).

Für internationale Zusammenarbeit

Dortmund als internationale Stadt muss ihre Beziehungen zu Partnerstädten intensivieren und sichtbar machen. Städtepartnerschaften sind nicht nur ein Zeichen der Freundschaft, sondern auch eine Grundlage für den Austausch von Wissen und kultureller Vielfalt. Wir streben an, die international ausgerichtete Stadt Dortmund noch stärker in den globalen Dialog zu integrieren und die Zusammenarbeit mit unseren Partnerstädten zu fördern.

Deswegen werden wir

- die Städtepartnerschaften im Stadtbild sichtbar machen, indem wir Kunstwerke und die Gestaltung öffentlicher Plätze nutzen, um die Beziehungen zu unseren Partnerstädten zu würdigen und das internationale Flair in der Stadt zu betonen.
- die Städtepartnerschaften mit Leben füllen, indem wir interkulturelle Veranstaltungen und Kulturaustauschprogramme in unseren kulturellen Einrichtungen durchführen, um den Austausch zwischen den Kulturen aktiv zu fördern.
- den „Tag der Städtepartnerschaften“ etablieren, an dem wir die Vielfalt und die internationalen Verbindungen in Dortmund feiern und die Bedeutung der Städtepartnerschaften für unsere Stadtgemeinschaft hervorheben.
- das Ziel von Städtepartnerschaften als Innovationstreiber vorantreiben, um Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden durch den Austausch von Ideen, Technologien und Best Practices zu sichern.
- den Jugendaustausch weiter fördern, um die internationalen Verbindungen zwischen den jungen Generationen zu stärken und den interkulturellen Dialog zu fördern, zum Beispiel durch städtisch geförderte, schulische Austauschprogramme.
- Klimaabkommen und „Klimazwillinge“ aktiv fördern, indem wir diese Partnerschaften mit Leben füllen und anschaulich sowie sichtbar machen, wie Städte auf globaler Ebene ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten können.

- 439
- 440
- 441
- den Austausch kommunaler Verwaltungen fördern, um durch Delegationsreisen und gemeinsame Projekte die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen unserer Partnerstädte zu intensivieren und voneinander zu lernen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Wissenschaft und Hochschulen

Text

Dortmund ist ein wachsender Hochschul- und Wissenschaftsstandort mit großem Zukunftspotenzial. Die Technische Universität, die Fachhochschule und zahlreiche Forschungseinrichtungen prägen die Stadt ebenso wie ihre industrielle und technologische Geschichte. Damit Wissenschaft auch in Zukunft Motor für Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Fortschritt bleibt, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Stadtgesellschaft und Wirtschaft deutlich stärken.

Unser Ziel ist es, Dortmund als attraktiven Wissenschaftsstandort mit internationaler Ausstrahlung weiterzuentwickeln. Mit besonders guten Studien- und Lebensbedingungen, einer starken Verbindung zur Praxis und einem offenen Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen für alle. Dafür setzen wir auf gut erreichbare, lebendige Hochschulstandorte, neue Räume für Austausch und Vernetzung sowie klare Strategien für Forschung, Innovation und Fachkräftesicherung.

Für starke Hochschulen

Die Verknüpfung von Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Wirtschaft ist entscheidend, um neue Lösungen zu entwickeln und die Innovation in Dortmund voranzutreiben. Durch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen wollen wir die Innovationskraft der Stadt fördern.

Dafür werden wir

- die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verstärken, indem wir Forschungsinitiativen unterstützen, die den direkten Austausch zwischen akademischen Einrichtungen und Unternehmen ermöglichen und so praxisorientierte Lösungen entwickeln.
- die Anbindung der Universität und der Fachhochschule an den ÖPNV verbessern, indem wir die Taktung der S-Bahn und Buslinien erhöhen, um den Zugang zu den Hochschulen zu erleichtern.
- eine bessere Anbindung der Universität an die Innenstadt fördern, indem wir insbesondere den Ausbau des Fahrradwegenetzes intensivieren, um die Erreichbarkeit zu verbessern.
- die Universität und die Fachhochschule dabei unterstützen, sich in der Innenstadt anzusiedeln, um diese stärker an das studentische Leben anzuschließen.
- mehr studentischen Wohnraum schaffen, insbesondere für internationale Studierende und junge Menschen, um den Bedarf an erschwinglichem Wohnraum zu decken und Dortmund als Studierendenstadt attraktiver zu machen.
- einen Gesamtstandort der FH in der Innenstadt unterstützen, der als Innovationshub und zentraler Anlaufpunkt für Studierende und Unternehmen fungiert.

Für eine starke Wissenschaftslandschaft

Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern. Hierzu möchten wir kreative Veranstaltungsformate und Diskussionen etablieren, die den Austausch zwischen beiden Sektoren erleichtern. Außerdem muss Dortmund als internationales Zentrum für Forschung und Innovation positioniert werden. Durch die Förderung internationaler Kooperationen und die Verbesserung der Lebensqualität für Fachkräfte aus dem Ausland möchten wir Dortmund als attraktiven Standort für hochqualifizierte Arbeitskräfte und Forscher*innen etablieren.

51 Dafür werden wir

- 52 • wissenschaftliche Erkenntnisse für die breite Bevölkerung zugänglich
53 machen, indem wir Veranstaltungen wie Ringvorlesungen und andere Formate
54 fördern, die die Wissenschaft für alle Menschen verständlich und spannend
55 aufbereiten und diese zentral in der Stadt präsentieren.

- 56 • Dortmund als internationalen Wissenschaftsstandort stärken, indem wir die
57 Zusammenarbeit mit internationalen Forschungsnetzwerken und -einrichtungen
58 ausbauen und die Attraktivität der Stadt für Fachkräfte aus aller Welt
59 erhöhen.

- 60 • darauf hinwirken, dass der bürokratische Aufwand bei Einreise und
61 Aufenthalt internationaler Studierender und Wissenschaftler*innen
62 beschleunigt abgewickelt und - wenn möglich - reduziert wird.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Verwaltung und Digitalisierung

Text

1 Eine bürger*innennahe Verwaltung bildet das Rückgrat einer funktionierenden
2 Stadtgesellschaft. Sie ist verantwortlich für die Umsetzung politischer
3 Beschlüsse, bietet zentrale Dienstleistungen an und gestaltet mit, wie
4 lebenswert und gerecht das städtische Leben ist. Vor allem ist sie aber auch der
5 Ort, an dem Bürger*innen dem Staat unmittelbar begegnen. In der Verwaltung wird
6 spürbar, ob Demokratie funktioniert, ob Beteiligung ernst genommen wird und ob
7 Alltagsprozesse verlässlich organisiert sind.

8 In Dortmund zeigt sich jedoch, dass viele Verwaltungsbereiche überlastet sind.
9 Lange Wartezeiten, eine wachsende Zahl unerledigter Aufgaben und eine
10 schleppende Digitalisierung beeinträchtigen nicht nur die Zufriedenheit der
11 Bürger*innen, sondern auch die Handlungsfähigkeit der Stadt. Die Verwaltung muss
12 daher viel effizienter, transparenter und gerechter arbeiten.

13 Dafür setzen wir auf umfassende strukturelle Verbesserungen, neue digitale
14 Werkzeuge und eine stärkere Einbindung der Stadtgesellschaft. Wir wollen eine
15 Verwaltung, die nicht nur noch besser organisiert ist, sondern auch nahbar,
16 lernbereit und offen für Innovationen. Prozesse sollen schneller, verständlicher
17 und nutzerfreundlicher werden. Gleichzeitig wollen wir die Arbeitsbedingungen
18 für die Mitarbeitenden verbessern und die Verwaltung zu einem attraktiven,
19 diversen und verantwortungsbewussten Arbeitgeber machen.

20 Digitale Lösungen können die Qualität der Verwaltung erheblich verbessern. Sie
21 sparen Zeit, entlasten Mitarbeitende und schaffen neue Zugänge für alle
22 Menschen. Damit dieser Wandel gelingt, müssen digitale Angebote leicht
23 verständlich, barrierefrei und sicher sein. Auch Menschen ohne digitale

Endgeräte oder mit Unterstützungsbedarf sollen weiterhin Zugang zu allen Leistungen erhalten.

Darüber hinaus gestalten wir Dortmund mit Blick auf eine umfassende Gemeinwohlorientierung. Die Stadt soll mit gutem Beispiel vorangehen und bei Beschaffung, Softwareeinsatz und Infrastruktur auf Nachhaltigkeit, Transparenz und Unabhängigkeit setzen. Open-Source-Lösungen, faire Vergabekriterien und ökologische Standards sind dabei zentrale Instrumente.

Verwaltung und Digitalisierung sind für uns eng miteinander verbunden. Nur wenn beide zukunftsfähig gedacht und verantwortungsvoll umgesetzt werden, kann Dortmund eine handlungsfähige, gerechte und moderne Stadt für alle sein.

Für eine zukunftsfähige Verwaltung

Die Stadtverwaltung bietet zahlreiche Dienstleistungen für die Bürger*innen an, die in den letzten Jahren vermehrt unter langen Wartezeiten leiden. Gleichzeitig ist sie dafür zuständig, politische Beschlüsse vorzubereiten und umzusetzen, wobei die Liste unerledigter Beschlüsse immer länger wird. Um die von der Politik, von Bürger*innen und allen Beteiligten eingebrachten Vorschläge zur Verbesserung unserer Stadt auch wirksam werden zu lassen, müssen wir die Problematiken in unserer Verwaltung dringend punktuell und kurzfristig strukturell angehen.

Daher werden wir

- eine externe Evaluierung aller wichtigen Verwaltungsprozesse mit Blick auf Zeit- und Kosteneffizienz, Leistungsfähigkeit, Digitalisierung und Bürger*innenfreundlichkeit durchführen lassen und im Sinne einer konsequenten digitalen Transformation dabei auch den Einsatz innovativer Ansätze wie Process Mining in Erwägung ziehen.
- das Ziel verfolgen, die Verwaltung flexibler und agiler aufzustellen.
- zur Optimierung von Prozessen nicht alleine auf eine Neustrukturierung der Verwaltung warten, sondern zweigleisig fahren, indem einzelne Prozesse bei Bedarf extern vergeben und andere Prozesse intern optimiert werden.

- die Bürger*innen an der Weiterentwicklung der Verwaltung mit Blick auf Bürokratieabbau und Bürgerdienste beteiligen, zum Beispiel mit Zukunftswerkstätten oder digitaler Beteiligung, wobei jeder Vorschlag innerhalb eines Zeitraums auf Umsetzbarkeit geprüft werden soll.
- die Öffnungszeiten von Verwaltungsstellen an die Lebensrealitäten der Menschen anpassen, die im Schichtdienst arbeiten, Kinder oder Angehörige betreuen, oder aus anderen Gründen nicht zu den aktuellen Öffnungszeiten zu den Bürgerdiensten kommen können.
- Informationen zu Dienstleistungen und Bürgerdiensten in allen häufig vorkommenden Sprachen und in leichter Sprache anbieten.
- das neu eingeführte Angebot der Bürgerkoffer ausbauen, womit Bürgerdienstleistungen mobil in Seniorenzentren, gesundheitlichen Einrichtungen, im Gefängnis oder in Ausnahmefällen auch zu Hause angeboten werden können.
- die telefonische Auskunft der DoLine weiterentwickeln, sodass mehr Anliegen direkt geklärt werden können, wozu wir eine Wissensdatenbank aufbauen wollen, mit der die Mitarbeitenden am Telefon die meisten Fragen direkt beantworten können.
- allen Neuankommenden ein Willkommenspaket zukommen lassen, egal ob aus dem Ausland eingewandert oder nur aus der Nachbarstadt nach Dortmund gezogen.
- dafür die Willkommensbroschüre aufwerten, zielgruppenspezifische Gutscheine und Streuartikel der Stadt beilegen sowie Informationen zu Vereinsangeboten und Hilfsangeboten anbieten.

Für gute Arbeitsbedingungen in der Verwaltung

Die Stadt Dortmund ist zusammen mit den städtischen Beteiligungen der größte lokale Arbeitgeber. Dennoch fehlt in einigen Bereichen, vor allem im Planungs- und Baubereich oder im Sozial- und Jugendhilfebereich, zunehmend Personal. Bis

2035 wird zudem ein Anteil von rund 40 Prozent der jetzigen Belegschaft altersbedingt aus der Stadtverwaltung ausscheiden. Wir sehen uns daher in der Verantwortung, die Stadt als guten und attraktiven Arbeitgeber zu stärken und dem Arbeits- und Fachkräftemangel zu begegnen.

Dafür werden wir

- verbesserte Ausbildungsbedingungen durch mehr Geld und günstigen Azubi-Wohnraum sowie eine verlängerte Erprobungsphase des endgültigen Arbeitsbereichs.
- mehr Ausbildungen in Teilzeit bei der Stadtverwaltung und ihren Töchtern anbieten.
- insbesondere Projekte zur Förderung von Hauptschüler*innen ausweiten.
- das Angebot für Führungskräfte in Teilzeit verbessern.
- die Flexibilisierung der Arbeit vorantreiben, unter anderem durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, sodass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.
- Weiterbildungsmöglichkeiten weiter ausbauen.
- zur Vorbereitung auf die große Renteneintrittswelle und den Fachkräftemangel weiter kreative Ideen ausprobieren, um Arbeits- und Fachkräfte anzuwerben sowie wo möglich auch auf Quereinsteiger*innen setzen und diese anlernen.
- gute berufliche Perspektiven in der Verwaltung für Geflüchtete bieten.
- die Gleichstellung aller Geschlechter in der Verwaltung weiter voranbringen, insbesondere in den Führungspositionen.

- dafür gemeinsam mit dem Gleichstellungsbüro interne Mentoring-Programme und Vernetzungsangebote anbieten, auch für die städtischen Tochterunternehmen.
- darauf hinwirken, dass Vorstände, Aufsichtsräte und Geschäftsführungen in städtischen Tochterunternehmen und den Eigenbetrieben jeweils mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.
- auch die Gleichstellung von Schwerbehinderten in den Vordergrund stellen.
- Aufgaben- und Tätigkeitswechsel innerhalb des gesamten „Konzerns Stadt“ weiter ermöglichen und durch Fortbildungsangebote unterstützen.
- das betriebliche Gesundheitsangebot weiter fördern, um die Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu fördern und die Krankenquote zu senken.
- einen eigenen arbeitsmedizinischen Dienst der Stadt beim Klinikum Dortmund einrichten, da bisher auf externe Dienstleister zurückgegriffen werden muss.
- „Silberne Kompetenzteams“ in der Verwaltung schaffen, um gezielt das Wissen, die Erfahrung und die Netzwerke älterer Beschäftigter zu nutzen.

Für eine gemeinwohlorientierte Kommune

Dortmund trägt Verantwortung. Die kommunale Beschaffung von Waren und Dienstleistungen wirkt sich auf viele Bereiche aus und entscheidet mit, ob Klimaschutzziele erreicht werden oder ob die hiesige Nachfrage zukunftsfähige Entwicklungen fördert. Gleichzeitig muss die kommunale Wirtschaft nach mehr Kriterien als nur nach finanzwirtschaftlichen Kennzahlen bewertet werden, sondern auch Werte einbeziehen und vergleichen, die den gesellschaftlichen Nutzen des unternehmerischen Handelns bilanzieren. Denn die Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

130 Wir werden dafür

- 131 • alle in der Vergabesatzung geregelten Bereiche auf die Kriterien der
132 umfassenden Nachhaltigkeit und Menschenrechte prüfen, bei Bedarf
133 weiterentwickeln und die Anwendung konsequent einfordern.

- 134 • dabei weiterhin auch Belange der Tariftreue und Geschlechtergerechtigkeit
135 berücksichtigen.

- 136 • bei der Versorgung von Kitas, Schulen, Altenheimen und Kliniken verstärkt
137 auf regionale, ökologische und fair gehandelte Produkte und einen höheren
138 vegetarischen sowie veganen Anteil achten.

- 139 • darauf hinwirken, dass die städtischen Unternehmen Gemeinwohlbilanzen
140 erstellen und in Finanzberichten sozial-ökologische Kriterien
141 berücksichtigen müssen und damit neben der Wirtschaftlichkeit auch den
142 Beitrag zum Wohlergehen unserer Gesellschaft messen und bei Bedarf
143 Änderungen anregen.

- 144 • dabei die Teilhabe, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische
145 Nachhaltigkeit, Lebensqualität, ökologischer Fußabdruck und weitere
146 Kriterien berücksichtigen.

- 147 • Geldanlagen mit städtischen Mitteln nur auf Investitionen in ökologisch
148 nachhaltige und sozial gerechte Anlagen beschränken und Investitionen in
149 Kinderarbeit, Rüstung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung
150 verhindern.

- 151 • das Ausbildungsangebot der Stadt auch als Beitrag gegen
152 Jugendarbeitslosigkeit und als Vorbild für andere Unternehmen verstehen.

- 153 • die Anwendung und Einhaltung des neu aufgestellten Public Corporate
154 Governance Kodex (PCGK) bei den städtischen Töchtern einfordern.

- verstärkt auch Live-Daten als Open Data bereitstellen, um die Mitwirkung der Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Für eine digitale Verwaltung

Die Digitalisierung der Stadtverwaltung spart mittelfristig Arbeitsaufwand und vereinfacht und beschleunigt Prozesse, wodurch die Verwaltungsstrukturen optimiert werden. Als weitere Option für Bürger*innen, die Verwaltung zu erreichen, erleichtert und vereinfacht sie den die Angebote und Zugänge für die Bürger*innen. Daher müssen die begonnenen Digitalisierungsprozesse weitergeführt und weitere Potenziale genutzt werden.

Wir werden

- die Erledigung aller gesetzlich möglichen Behördenanliegen und Bürgerdienste auch online ermöglichen und damit für alle, die die Vor-Ort-Termine bevorzugen, die Wartezeiten verringern sowie die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung entlasten.
- dabei auf eine verständliche, einfache und barrierefreie digitale Umsetzung setzen und den Datenschutz achten.
- sämtliche Prozesse der Stadtverwaltung digitalisieren und sinnvolle Schnittstellen nutzen, um unnötiges Abtippen oder Scannen von Formularen zu verhindern.
- eine digitale Aktenführung in allen Bereichen der Verwaltung anstreben.
- Weiterbildungen für die Mitarbeitenden der Verwaltung anbieten, wenn es durch Digitalisierungsmaßnahmen notwendig wird.
- das Potenzial der digitalen Prozesse dafür nutzen, alle Leistungen mehrsprachig anzubieten.

- 179 • auf den Websites der Stadt einen mehrsprachigen ChatBot zur Unterstützung
180 bei allen Fragen einbauen, zum Beispiel nach dem Vorbild von Erlangen.

- 181 • auf den Websites der Stadt einen mehrsprachigen
182 Online-Assistenten für Bürgerfragen (ChatBot) einbauen.

- 183 • den sinnvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in dafür
184 geeigneten Bereichen prüfen, dabei auf Grund der aktuellen geopolitischen
185 Verschiebungen sensibel vorgehen, um Datenschutz und Datensicherheit zu
186 garantieren und um ein Ausspähen durch Drittstaaten zu verhindern.

- 187 • verstärkt in die Resilienz und Cybersicherheit unserer IT-Infrastruktur
188 investieren, da dort sensible Daten gespeichert werden, die Funktionsweise
189 der Stadt davon abhängt und die Folgekosten nach einem Cyberangriff sehr
190 hoch sein können.

- 191 • eigene Kompetenzen im Bereich IT-Sicherheit ausbauen.

- 192 • zur Absicherung einer souveränen städtischen Kommunikation eine eigene
193 Mastodon-Instanz, **also einen unabhängigen Kurznachrichtendienst,**
194 **aufsetzen, wobei diese auch von weiteren städtischen Einrichtungen und**
195 **Betrieben genutzt werden soll.**

- 196 • die Wirksamkeit unserer Social-Media-Nutzung in Bezug auf die Erreichung
197 unserer Zielgruppen (insbesondere junger Menschen und Mitbürger*innen der
198 Stadt) überprüfen, um der Vorbildfunktion der Stadt gerecht zu werden.

- 199 • dabei die bekannten Probleme der kommerziellen Plattformen (z.B. mangelnde
200 Rechtskonformität, unzureichende Moderation, schwierige
201 Rechtsdurchsetzung, Manipulierbarkeit) betrachten.

- 202 • einen Beirat "Digitalisierung" schaffen, der Expert*innen aus der
203 Zivilgesellschaft mit Mitgliedern aus dem Integrationsrat, Seniorenbeirat,
204 Gleichstellungsausschuss und Behindertenpolitischen Netzwerk
205 zusammenbringt.

Für eine digitale Stadt

Die Digitalisierung ist eine Chance, die verantwortungsbewusst von der Politik gestaltet werden muss, damit alle Menschen gleichermaßen von den positiven Aspekten profitieren können. Wir entwickeln Dortmund zur Smart City. Im Mittelpunkt stehen für uns eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, der freie und gleichberechtigte Zugang zum Netz für alle sowie der Schutz unserer Privatsphäre und unserer persönlichen Daten, beispielsweise über höchste IT-Sicherheitsstandards. Dies ermöglicht ein freies Handeln im Netz, Innovationen und fairen Wettbewerb.

Daher werden wir

- die digitale Infrastruktur in Dortmund weiter ausbauen, indem wir den flächendeckenden Ausbau von Breitband-Internet und schnellem Mobilfunknetz vorantreiben, um Unternehmen und Bürger*innen den Zugang zu modernen Technologien aus allen Teilen Dortmunds zu ermöglichen.
- die Dortmund-App als leicht zu bedienende, zentrale Anlaufstelle für alle Bürger*innen ausbauen, für Bürgerdienst-Termine, sämtliche Anträge (u.a. für Sozialleistungen), Buchungssysteme sowie Meldung von Mängeln (defekte Beleuchtung, illegale Müllansammlungen, falsch geparkte Fahrzeuge, usw.).
- das kostenlose Internet im Innenstadtbereich und den Stadtteilzentren sowie in allen öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln flächendeckend ausbauen.
- die „Smart-City-Strategie“ der Stadt Dortmund weiter begleiten und insbesondere auf die Bündelung von Systemen, Vernetzung unternehmerischer und wissenschaftlicher Ressourcen, Partizipation der Zivilgesellschaft sowie die Datensicherheit wertlegen und die Daten als Open Data bereitstellen.
- alle Bereiche der Smart-City an die Dortmund-App anbinden.
- bei der Sammlung und Vernetzung der Daten die Überwachung von Bürger*innen und die Einschränkungen ihrer Rechte verhindern.

- Erkenntnisse aus dem bundesweiten Smart City-Programm aus anderen Städten auch in Dortmund in den Blick nehmen und, wo sinnvoll, umsetzen.
- das Thema „Green IT“ dauerhaft im städtischen Arbeitsprogramm des Systemhauses verankern und im Hinblick auf die neuen Herausforderungen weiterentwickeln, um den Energie- und Ressourcenverbrauch der Soft- und Hardware zu reduzieren.
- die Umstellung der städtischen Server auf Ökostrom fortsetzen.
- bei der Vergabe von Entwicklungsprojekten den Energieverbrauch der Anwendungen als Kriterium anwenden.
- über die Wirtschaftsförderung für Nachhaltigkeit in der Digitalisierung sensibilisieren und das Thema in Förderprogrammen berücksichtigen.
- die Potenziale der digitalen Innovationen zur Erreichung der Klimaziele in den Bereichen Mobilität, Logistik, Strom und Wärme nutzen.
- sämtliche Bereiche der Bauplanung digitalisieren, von Bebauungsplanverfahren, digitaler Einsicht in Pläne und politischen Beschlüssen bis hin zu öffentlichen Auslegungen.
- zusammen mit der Wirtschaftsförderung die Player im Bereich Digitales in der Stadt und Region vernetzen.
- ein kommunales KI-Kompetenzzentrum in Dortmund schaffen.

Für digitale Teilhabe

Die Digitalisierung stellt für viele Bürger*innen eine Herausforderung dar. Damit alle Menschen von den Chancen der digitalen Stadt profitieren können, muss

der Zugang, die Barrierefreiheit sowie die Verständlichkeit der digitalen Angebote gesichert sein.

Daher werden wir

- städtische Bildungsangebote zur digitalen Kompetenz stärken, um digitale Souveränität für alle zu ermöglichen.
- die digitale Teilhabe für alle Menschen ermöglichen, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und Nicht-Muttersprachler*innen, indem Verständnisprobleme strukturell vorgebeugt und individuell begegnet werden.
- dabei durch barrierefreie Gestaltungen und Leichte Sprache diskriminierungsfreie Verwaltungsangebote schaffen.
- die die mehrsprachige Kommunikation der Stadtverwaltung ausbauen und dafür sorgen, dass relevante Informationen und digitale Dienste in den häufigsten in Dortmund gesprochenen Sprachen verfügbar sind.
- auch den Menschen, die keine digitale Technik zur Verfügung haben möchten oder können, den Zugang zu den Leistungen der Stadtverwaltung ohne technische Voraussetzung offen halten.
- Programme für ehrenamtliche Digitalpat*innen fördern, die in Kooperation mit Seniorenzentren, Jugendhäusern und Vereinen Menschen mit geringer digitaler Kompetenz unterstützen.
- eine Projekt initiieren um "Digitale Bildungspatenschaften" für Senior*innen stadtweit zu etablieren.

Für Open-Source-Software

Die digitale Transformation ist ein zentrales Thema für die Zukunft Dortmunds.

IT-Technologien bieten enorme Potenziale für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Besonders im Bereich der Open-Source-Technologien, **also frei zugänglicher und gemeinsam weiterentwickelbarer Software**, sehen wir große Chancen, sowohl für die Innovationskraft als auch für die Transparenz und Nachhaltigkeit der lokalen Wirtschaft. Eine Open Source Wirtschaft fördert nicht nur den freien Zugang zu Technologien, sondern stärkt auch die digitale Souveränität und Zusammenarbeit. Deshalb wollen wir Dortmund als Open Source Factory etablieren. Dortmund als Open Source Factory bedeutet, die Ansiedlung von neuen Open-Source-Gemeinschaften und die Entwicklung von Open-Source-Produkten durch die Dortmunder Digitalindustrie finanziell und institutionell zu fördern, sowie auf ihren nachhaltigen Einsatz in der öffentlichen Verwaltung hinzuwirken und damit voranzugehen.

Wir haben bereits eine Stelle für Open Source geschaffen und werden einen kurzfristigen Zeitplan für die digital souveräne Stadtverwaltung einfordern. Wir werden außerdem

- eine Open-Source-Initiative für Dortmund starten, um den Einsatz von Open Source-Software und -Technologien in städtischen Institutionen und Unternehmen zu fördern, den öffentlichen Sektor und die lokale Wirtschaft digital zu transformieren und gleichzeitig die Unabhängigkeit von einzelnen Herstellern zu erhöhen.
- dabei mit dem im Ruhrgebiet ansässigen Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) als GmbH in öffentlicher Hand zusammenarbeiten.
- lokale Unternehmen und Start-ups bei der Einführung von Open-Source-Lösungen unterstützen, indem wir Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung stellen, die Unternehmen den Einstieg in die Nutzung und Entwicklung von Open Source-Software erleichtern.
- Open Source als Standard in der städtischen Verwaltung etablieren, indem wir in der Verwaltung und bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt Open-Source-Softwarelösungen einsetzen, um für Transparenz, Nachhaltigkeit und eine niedrigere Abhängigkeit von proprietären Systemen zu sorgen.
- Open-Source-basierte Innovationszentren unterstützen, die als Hubs für den Austausch und die Entwicklung von Open-Source-Softwarelösungen dienen, wobei Entwickler*innen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen

314 zusammenarbeiten sollen, um gemeinsam neue, innovative Technologien zu
315 entwickeln.

316 • die Schaffung eines Open-Source-Marktplatzes für Dortmund fördern, auf dem
317 Unternehmen und Institutionen Open-Source-Produkte und -Dienste anbieten
318 können, um zur Verbreitung und Nutzung von Open Source-Technologien in der
319 lokalen Wirtschaft beizutragen.

320 • den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der Open-Source-Community und
321 Unternehmen fördern, um die Nutzung von Open Source in der Region zu
322 stärken und die lokalen Potenziale für Innovation und Nachhaltigkeit
323 besser zu nutzen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Finanzen

Text

1 Städte wie Dortmund leiden unter einer hohen Altschuldenlast, sodass allein die
2 Tilgung dieser Kredite die kommunalen Haushalte stark belasten. Wir begrüßen die
3 nun endlich in Aussicht stehende Altschuldenlösung der Landesregierung und
4 drängen auf schnelle Umsetzung mit Beteiligung des Bundes. Denn der Dortmunder
5 Haushalt wird nur durch geschickte Bilanzierung aus der Haushaltssicherung
6 herausgehalten, die enorme Einschränkungen in der politischen Gestaltung der
7 Stadt nach sich ziehen würde. Gleichzeitig kosten die meisten
8 kommunalpolitischen Ideen, die Dortmund nach vorne bringen, viel Geld, nicht
9 zuletzt auch viele Forderungen aus diesem Programm. Finanzielle Mittel und eine
10 eigenständige Haushaltsführung sind essenziell, um den vielfältigen
11 Herausforderungen von Klimaschutz über die Unterbringung von Geflüchteten bis
12 hin zum Erhalt der sozialen Infrastruktur begegnen zu können.

13 Daher werden wir

- 14 • eine Haushaltspolitik verfolgen, die uns von der Haushaltssicherung fern
15 hält.
- 16 • die kommunalen Einnahmen aus Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer,
17 Verpackungssteuer und weiteren Steuern evaluieren und ihre Erhebung
18 durchsetzen.
- 19 • die Grundsteuer C zur Baulandmobilisierung einführen.

- uns weiterhin für das Konnexitätsprinzip einsetzen, bei dem Bund und Land sich an den Mehrkosten beteiligen, die ihre Gesetze und Erlasse auslösen.
- durch eine vielfältige Gewerbelandschaft eine weiterhin krisensichere und schwankungsarme Gewerbesteuerereinnahme gewährleisten.
- uns dafür einsetzen, die RWE-Aktien der Stadt zu verkaufen und durch eine gleichermaßen lukrative klimaneutrale Finanzbeteiligung zu ersetzen.
- keine städtischen Gewinne mehr aus klimaschädlichen Finanzanlagen beziehen und öffentliche Gelder nur in Unternehmen investieren, die auf nachhaltige Energiegewinnung setzen und sich ethischen Mindeststandards verpflichten.
- die Anteile des Flughafens an der DoPark direkt an DSW21 verkaufen, um damit die Gewinne aus den Anteilen der Flughafengesellschaft an der DoPark innerhalb der DSW in nachhaltige Mobilität zu investieren, anstatt damit den Flughafen querzufinanzieren.
- uns dafür einsetzen, dass das Gewerbesteuerdumping auf Bundes- oder Landesebene verboten wird, um Gerechtigkeit zwischen den Kommunen herzustellen und die Schere zwischen reichen Kommunen und immer höher verschuldeten Kommunen zu schließen.
- in Dortmund weiter und verstärkt Green Bonds von der Stadt und ihren Unternehmen als Finanzierungsmittel für Klima- und Umweltschutz anbieten und weitere Angebote sowohl für Bürger*innen als auch für institutionelle Investoren ermöglichen, bei denen sie sich aktiv und transparent an der Finanzierung der ökologischen Transformation Dortmunds beteiligen.

Um die Gleichstellung der Geschlechter auch in der finanziellen Priorisierung widerzuspiegeln, werden wir

- das Prinzip des Genderbudgetings in allen Bereichen verankern, welches besagt, dass ausgegebenes Geld allen Geschlechtern in gleichem Maße zugutekommt.

- dabei in ausgewählten Bereichen vorangehen und das Genderbudgeting bereits vollständig umsetzen, zum Beispiel im Sport, in der Kultur und in der sozialen Infrastruktur.

- in den anderen Bereichen Awareness (Achtsamkeit) dafür schaffen, zum Beispiel beim Bauen und bei der Stadtplanung.

Für eine transparente Haushaltsführung unter Beteiligung der Bürger*innen werden wir

- den Bürger*innen eine interaktivere und transparentere Darstellung des Haushalts zur Verfügung stellen.
- ein Gesamtkonzept von der Einbindung der Bürger*innen bei der Haushaltserstellung bis zum Umgang mit den Ergebnissen einfordern, wobei unterschiedliche Methoden bei der Auswahl der Bürger*innen (Zufallsauswahl, Ansprache aktiver Bürger*innen und Zielgruppenvertretungen) geprüft und die digitale Beteiligung ermöglicht werden sollen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: **2. Macht Dortmund zur Stadt der sicheren und kurzen Wege**

Text

2. Macht Dortmund zur Stadt der sicheren und kurzen Wege

Wir wollen allen Menschen eine selbstbestimmte Mobilität ermöglichen. Dazu muss jede*r in der Lage sein, die Schule, die Arbeit, Freizeiteinrichtungen, Freund*innen und Familie zu erreichen. Einschränkungen dieser Selbstbestimmtheit müssen abgebaut werden - durch bezahlbare, barrierefreie, lückenlose und sichere Mobilität. Wir wollen den Menschen die eigene Wahl ihres bevorzugten Verkehrsmittels ermöglichen und damit die individuelle Mobilität vielfältiger gestalten. Wir wollen aus Dortmund eine Stadt machen, in der Fußverkehr, Radverkehr und der öffentliche Personennahverkehr eine gute Alternative zum Autoverkehr bieten. Denn alle Verkehrsteilnehmenden sollen endlich gleichberechtigt behandelt werden. Durch mehr Mobilitätsstationen, die einen Umstieg zwischen allen Verkehrsmitteln ermöglichen, gehen wir den Weg hin zu einer selbstbestimmten Verkehrswende. Durch Temporeduktionen erhöhen wir die Sicherheit in der Mobilität. Auch die Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, profitieren vom Prinzip Langsamer fahren, schneller ankommen.

Durch unsere Mobilitätspolitik werden auch Treibhausgase, Lärm- und Schadstoffemissionen reduziert. Unsere Infrastruktur muss vermehrt vor Folgen des Klimawandels wie Starkregen geschützt werden und gleichzeitig die Menschen nicht zusätzlich mit Hitze und Schadstoffen belasten. Diese Aspekte müssen bei Straßensanierungen künftig stärker berücksichtigt werden. Insgesamt erreichen wir so eine klimafreundlichere, gesündere und sichere Mobilität.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Öffentlicher Nahverkehr

Text

Ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglicht uns, unser Ziel zu erreichen und verbindet uns mit unseren Mitmenschen. Er kommt den Menschen zugute, die komfortabel, ohne Stau und Stress zu ihrem Ziel kommen wollen – unabhängig vom Geldbeutel, vom Alter oder davon, ob man ein eigenes Auto hat. Denn für viele ist der ÖPNV kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit: Familien mit knappen Budget, Menschen ohne Führerschein, junge Menschen auf dem Weg zur Schule oder Senior*innen, die möglichst lange selbstständig bleiben wollen – sie alle sind auf einen zuverlässigen und bezahlbaren Nahverkehr angewiesen.

Ein leistungsstarker, moderner ÖPNV ist ein Gewinn für alle. Weniger Autos bedeuten weniger Lärm, bessere Luft und mehr Platz in unserer Stadt. Ein attraktiver Nahverkehr macht das Leben einfacher, fairer und klimafreundlicher. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Busse und Bahnen pünktlich, sauber und bezahlbar sind – und dass jede*r überall in Dortmund schnell ans Ziel kommt.

Denn Mobilität ist ein Grundrecht – und wir sorgen dafür, dass es für alle gilt.

Für mehr Busse und Bahnen in Dortmund

Wir werden die Prioritäten – sowohl in der Planung als auch in der Finanzierung – verstärkt auf einen gut ausgebauten ÖPNV lenken, um den Umstieg für alle zu ermöglichen.

Daher werden wir

- 21 • den öffentlichen Nahverkehr verlässlicher machen und Ausfälle minimieren.
- 22 • den Takt von Bussen und Bahnen weiter verdichten.
- 23 • die Investitionen in den Ausbau des ÖPNV erhöhen.
- 24 • mehr Haltestellen mit guter Beleuchtung und Unterstand ausstatten.
- 25 • bei neuen Quartieren die ÖPNV-Anbindung von Beginn an mit planen (Transit-
26 oriented Development).
- 27 • je nach Ergebnis der Planungen für die ehemalige HSP-Fläche/Smart Rhino
28 dieses neue Quartier an den ÖPNV anbinden, weitestgehend ohne Autos im
29 sichtbaren Stadtbild gestalten und den Fuß- und Radverkehr in den
30 Vordergrund stellen.
- 31 • bestehende Gewerbegebiete besser an den ÖPNV anbinden.
- 32 • den Takt von Bussen und Bahnen auch nachts und am Wochenende verdichten,
33 insbesondere am Sonntag den U-Bahnbetrieb früher beginnen, um auch
34 Menschen im Schichtdienst den Umstieg auf den ÖPNV zu ermöglichen, zum
35 Beispiel in den Krankenhäusern und in der Industrie.
- 36 • die Stadt-Umland-Anbindung unserer Busse und Bahnen weiter verbessern, um
37 die Verkehre über die Stadtgrenzen hinaus zu stärken.
- 38 • daran arbeiten, die gesetzliche Pflicht zur Barrierefreiheit in
39 öffentlichen Verkehrsmitteln auch in Dortmund umzusetzen, unter anderem
40 durch mehr breitere und funktionierende Aufzüge, kurze Umsteigewege und
41 Lautsprecheransagen an großen Bushaltestellen.

- die H-Bahn als zusammenhängendes Netz im Bereich der Universität und dem Technologiezentrum wie geplant bedarfsgerecht ausbauen, aber keine weiteren Insellösungen oder Strecken bauen.

Für pünktliche Busse

Busse transportieren täglich tausende Dortmunder*innen auf kurzen und langen Wegen durch Dortmund. Für uns ist dabei klar: Die Busfahrt muss komfortabel sein. Der Busverkehr muss die alltäglichen Strecken der Menschen bedienen. Und der Bus muss pünktlich kommen! Daher steht in unserem Dortmund kein Bus mehr im Stau.

Dafür werden wir

- Bussen generell eine automatische Vorfahrt an Ampeln gewähren (Vorrangschaltung).
- auf Kernstrecken und nach Möglichkeit eigene Busspuren einrichten.
- wichtige Verkehrsachsen überplanen und eine Fahrrad- und Busspur sowie Tempo 30 einrichten.
- den Durchgangsverkehr auf wichtigen Busrouten reduzieren, zum Beispiel durch Zirkulationskonzepte.
- attraktive, bedarfsgerechte und effiziente Angebote für alle Stadtteile schaffen, zum Beispiel durch den vermehrten Einsatz von Kleinbussen.
- mit Schnellbuslinien zwischen den Stadtteilzentren das Stadtbahnnetz ergänzen.
- Vororte mit weiteren regionalen Schnellbussen über die Stadtgrenzen hinaus an das Umland anbinden und so unter anderem das Pendeln erleichtern.

- die Elektrifizierung der Busflotte bei DSW21 weiter unterstützen und uns für einen ambitionierten Elektrisierungsfahrplan einsetzen.

Für ein ausgebautes Stadtbahnnetz

Der Ausbau von Dortmunds Stadtbahnnetz ist seit 2008 zum Erliegen gekommen. Das gilt es zu ändern. Gleichzeitig braucht es mehr Barrierefreiheit, verlässliche Fahrzeiten und eine höhere Taktung im bestehenden Netz.

Wir werden

- uns dafür einsetzen, das Stadtbahnnetz bis 2035 um insgesamt mindestens 25 km zu erweitern.
- dabei Stadtbahnstrecken mit eigenem Gleisbett bauen.
- bestehende Stadtbahnstrecken, die sich im regulären Straßenverkehr bewegen, verstärkt mit eigenem Gleisbett umbauen sowie eingleisige Strecken bedarfsgerecht zweigleisig ausbauen.
- den Takt verdichten, insbesondere auf den zentrumsnahen Abschnitten der U42 und U47 analog zum bereits beschlossenen 5-Minuten-Takt der U41 nach Hörde ab Sommer 2025.
- das Ziel verfolgen, dass alle Bahnhaltestellen für alle Menschen barrierefrei zugänglich sind, notfalls auch durch provisorische Lösungen.
- prüfen, ob eine Wiedereinführung des Stadtbahnbauamtes eine Beschleunigung in der Verbesserung der Stadtbahninfrastruktur und -barrierefreiheit bringen kann.
- ausreichend neue Stadtbahnen mit ausreichender Breite (2,65m) auf den Linien U43 und U44 anschaffen und Stationen dahingehend umbauen, dass überall Doppelzüge eingesetzt werden können.

Für ein Nacht-Netz, das Dortmund verdient

Wer nachts nicht nach Hause kommt, geht nicht raus – und darunter leidet das Nachtleben in Dortmund und die nachtaktiven Bürger*innen. Nur der Anschluss aller Stadtteile über die Tagesrandzeiten hinaus ist ein großstadtgerechter Anschluss.

Um das zu ändern, werden wir

- ein funktionierendes und attraktives Nachtnetz schaffen, das Bus und Bahn besser verknüpft und nicht nur zentriert auf den Haltepunkt Reinoldikirche ausgerichtet ist.
- die nächtliche Verlängerung der Fahrzeiten der U41 bis U46 weiter ausbauen und auch die Linien U47 und U49 angleichen, wobei alle Linien mindestens bis 1 Uhr, am Wochenende auch darüber hinaus, verkehren sollen.
- die Betriebszeiten der Nachtexpresse verlängern und mehr Linien schaffen, die sich stärker an Tageslinien orientieren – und dabei nicht nur innenstadtzentriert denken.
- die einjährige Pilotphase eines Frauen-Nachttaxis für den sicheren Heimweg konstruktiv begleiten, die Finanzierung verstetigen und an den Bedarf anpassen sowie zusätzlich digitale Gutscheine einführen.

Für gute Anbindung auch über Dortmund hinaus

Das Leben von vielen Dortmunder*innen endet nicht an der Stadtgrenze. Wo es möglich ist, wollen wir uns daher als Stadt Dortmund gegenüber dem VRR, der Deutschen Bahn und weiteren Unternehmen dafür einsetzen, das Netz auszubauen und den Takt zu verdichten – und dabei planungsrechtlich zur Seite stehen. Viele Ausbaustufen sind dabei bereits im VRR-Nahverkehrsplan 2025 festgelegt und müssen umgesetzt werden.

Wir werden

- darauf hinwirken, Haltepunkte zu verlegen, wo ein besserer Umstieg auf den

Dortmunder Nahverkehr oder eine bessere Erreichbarkeit der wichtigen Ziele erreicht werden kann (u.a. Dortmund Tierpark, Aplerbeck Süd, Barop S) sowie Potenziale für zusätzliche Zugänge zu den Haltepunkten zu nutzen (u.a. einen Hinterausgang des Bf Hörde).

- uns dafür einsetzen, mehr Haltestellen auf bestehenden S-Bahn- und Regionalbahn-Linien zu schaffen, um mehr Menschen den Zustieg zu erleichtern (u.a. Dortmund-West an S5, RB52, RB53 und RB59; Kronprinzenstraße an S4; Phönix-West und Berghofen an RB53 und RB59).

- uns dafür einsetzen, bestehende S-Bahn- und Regionalbahn-Linien zu verlängern oder auszubauen, um mehr Stadtteile in Dortmund anzubinden (u.a. S1 nach Osten mit Anbindung an den Brüggmannplatz und Spähenfelde).

- darauf hinwirken, die Taktung von Regional- und S-Bahnen zu erhöhen und bei Bedarf einen zweigleisigen Ausbau von eingleisigen Strecken anzustreben (u.a. RB43 nach Herne; RB53 nach Iserlohn).

- dabei unterstützen, verbleibende Diesel-Strecken im Regionalbahnnetz zu elektrifizieren.

- genauer und ausführlicher über Baustellen und den Ersatzverkehr zu informieren.

- die Verkehrs- und Live-Daten von Bus und Bahn als Open Data bereitstellen.

Für Tickets, die sich alle leisten können

Der ÖPNV wird nur genutzt, wenn er bezahlbar ist. Durch den GRÜNEN Einsatz in der Bundesregierung wurde das Deutschlandticket eingeführt, das eine Revolution in der Preisgestaltung des Nahverkehrs und in der Überwindung von Tarifgrenzen darstellt. Die Fortführung dieses Tickets unterstützen wir. Kommunal muss die Priorität im nächsten Schritt vor allem auf den Ausbau der Infrastruktur gelegt werden.

142 Neben dem Deutschlandticket werden wir

- 143 • uns dafür einsetzen, dass der Preis für das Deutschlandticket Sozial
144 (aktuell 48 €) auf 29 € gesenkt wird.
- 145 • für alle Schüler*innen das DeutschlandTicket Schule kostenlos anbieten.
- 146 • mehr Kombitickets bei Veranstaltungen in städtischen Veranstaltungszentren
147 anbieten und auch für private Veranstaltungen anstreben.
- 148 • Park-and-Ride mit Kombitickets für das Parken und Bahnfahren attraktiver
149 machen.
- 150 • Bepreisungen weiter an das Deutschlandticket anpassen, Doppelstrukturen
151 abbauen und Tarifsysteme digitalisieren, um Kostensparpotenziale zu
152 nutzen.

153 **Für verlässliche Finanzierung**

154 In Zukunft sollen mehr Menschen in der Lage sein, den ÖPNV nutzen zu können und
155 zu wollen. Deshalb darf es nicht zu Angebotskürzungen kommen. Daher müssen die
156 Betriebskosten in den nächsten Jahren gedeckt sein. Gleichzeitig ist ein
157 weiterer Ausbau des ÖPNV notwendig.

158 Um die Finanzierung sicherzustellen, werden wir

- 159 • mehr Mittel der DSW21 in den Betrieb und Ausbau des ÖPNV lenken, zum
160 Beispiel durch Einsparungen in der Subventionierung des Flughafens.
- 161 • Einnahmen aus den städtischen Parkhäusern, Straßenparkplätzen und weiteren
162 Parkplätzen auf den Grundstücken der Stadt oder städtischen
163 Tochterunternehmen in den Betrieb und Ausbau des ÖPNV investieren.
- 164 • uns weiter dafür einsetzen, dass Bund und Land dauerhaft die

Einnahmeverluste durch das DeutschlandTicket ausgleichen.

- anstreben, dass Unternehmen und Einrichtungen an den Kosten von bestimmten Linien für die jeweiligen Mitarbeitenden, Kund*innen und anderen Nutzer*innen beteiligt werden können, wenn das gegenseitige Interesse besteht, und dafür auf die landesgesetzliche Regelung der Drittnutzerfinanzierung hinwirken.

Für ausreichend Personal

Busfahrer*innen sowie Kontroll- und Servicepersonal stehen in täglichem Kontakt zu Kund*innen. Dabei bekommen sie nicht nur Unzufriedenheiten über den ÖPNV ab, die sie nicht zu verantworten haben, sondern werden auch Opfer von verbaler oder körperlicher Gewalt. Doch die DSW21 sollte kein Personal an die Konkurrenz (z. B. Fernkraftverkehr) verlieren und als gute Arbeitgeberin neue Mitarbeitende und Auszubildende anwerben. Deswegen müssen Politik und Verwaltung die DSW21 dabei unterstützen, den Personalmangel durch das Abtreten der geburtenstarken Jahrgänge aufzufangen.

Wir werden,

- auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der DSW21 in allen Bereichen (Fahrdienst, Werkstattbereich, usw.) hinwirken, insbesondere mit Blick auf attraktive Schichtpläne.
- Anfeindungen, Gewalt und Beleidigungen gegenüber dem Personal erheben und aktiv entgegentreten, um Strafbares zur Anzeige zu bringen und wirksame Maßnahmen gegen verbale und körperliche Gewalt zu ergreifen.
- uns dafür einsetzen, dass DSW21 Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für das Personal anbietet.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Radverkehr

Text

Wir sind überzeugt: Das Fahrrad ist weit mehr als nur ein Freizeitverkehrsmittel – es kann für viele Dortmunder*innen eine alltagstaugliche und attraktive Mobilitätslösung sein, denn es bedeutet Unabhängigkeit, frische Luft, Bewegung und oft auch die schnellste Verbindung ans Ziel. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Radfahren für alle sicherer und komfortabler wird, insbesondere auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen.

Unser Ziel ist es, dass wirklich alle Menschen in unserer Stadt sicher und komfortabel mit dem Fahrrad unterwegs sein können – egal ob Kinder auf dem Schulweg, Senior*innen auf dem Weg zum Supermarkt oder Berufspendler*innen – und dabei gleichzeitig aktiv und gesund unterwegs sind. Nur durch die Verbesserung von attraktivitätssteigernden Faktoren wie Sicherheit, direkte Verbindungen und sichere Abstellmöglichkeiten wird das Rad zur echten Alternative. Durch ein sicheres, schnelles und ansprechendes Radwegenetz kann das Radfahren als günstiges Verkehrsmittel für alle zur Verfügung stehen.

Mit einer durchdachten Infrastruktur und klaren Prioritäten machen wir Dortmund zu einer echten Fahrradstadt!

Für Radwege, die verbinden

Dortmunder*innen sollen mit dem Rad schnell und direkt ans Ziel kommen. Dafür braucht es ein lückenloses Radverkehrsnetz mit kurzen, direkten Wegen – denn der beste Radweg darf nicht länger sein als die Strecke mit dem Auto. Wir können den Radverkehrsanteil nur steigern, wenn eine sichere Infrastruktur gewährleistet

ist – eine, die allen ein gutes Gefühl gibt, das Fahrrad gerne zu nutzen. Deshalb setzen wir auf eine getrennte Radverkehrsführung an Hauptstraßen sowie auf verkehrsberuhigende Maßnahmen in Nebenstraßen und insbesondere auf den Velorouten, den Hauptachsen des Dortmunder Fahrradwegenetzes. Denn so muss keine*r Angst vor einem Unfall mit Autos oder Fußgänger*innen haben.

In Dortmund wurden in den letzten Jahren wichtige Infrastrukturprojekte wie der Radschnellweg Ruhr (RS1) und die Velorouten geplant. Jetzt gilt es, diese Planungen abzuschließen, die Trassenführung des RS1 zügig zu klären und die Umsetzung entschlossen voranzutreiben.

Dafür werden wir

- analog zur Straßenbauoffensive auch eine Radwegeoffensive starten, bei der Velorouten umgesetzt und Kreuzungen rot asphaltiert, beschädigte Radwege saniert und neue Radwege angelegt werden.
- die Radverkehrsinfrastruktur über die Velorouten hinaus ausbauen, ohne Konflikte mit Fußgänger*innen oder ökologisch wertvollen Räumen zu verstärken.
- das Veloroutennetz zur Vernetzung der Außenbezirke untereinander durch schnellere radiale Verbindungen weiterentwickeln.
- das Veloroutennetz über die Stadtbezirkszentren hinaus an die Stadtgrenzen und zur Anbindung an interkommunale Radwege verlängern (u.a. Rheinischer Esel).
- die Trassenplanung und Alternativenprüfung bei den Dortmunder Abschnitten vom Radschnellweg 1 (RS1) zum Abschluss bringen und den RS 1 endlich bauen.
- bei der Planung der B1 zur Stadtstraße für alle eine durchgehende und sichere Radführung etablieren.

- 48 • eine „grüne Welle“ für den Fahrradverkehr in mehr Ampelschaltungen

49 einbauen, insbesondere auf den Velorouten und weiteren

50 Hauptverkehrsrouten.

- 51 • auf der Trassenführung der Velorouten konsequent den Radverkehr

52 priorisieren, insbesondere an Knotenpunkten mit Hauptverkehrsstraßen und

53 in der Parallelführung zu höher durch Autoverkehr belasteten Straßen.

- 54 • auf großen Hauptverkehrsstraßen Zweirichtungsradwege auf beiden

55 Straßenseiten planen und umsetzen.

- 56 • mehr grüne Rechtsabbiegepfeile für Radfahrende an Ampeln einrichten

- 57 • rot asphaltierte Radwege ausbauen.

- 58 • vermehrt mit Piktogrammketten arbeiten, um den Nutzungsanspruch der Straße

59 durch den Radverkehr zu betonen.

- 60 • dazu die eigenen Radverkehrsstandards in Dortmund bei Bedarf

61 weiterentwickeln.

- 62 • mehr Personal in der Verwaltung für die Planung von Infrastrukturmaßnahmen

63 für den Radverkehr schaffen.

- 64 • finanzielle Mittel im Tiefbauamt stärker für Fahrradverkehr priorisieren

65 und Strukturen für eine routinierte Umsetzung von Radverkehrsanlagen

66 entwickeln.

- 67 • notwendige Baumaßnahmen wie Kanalbauarbeiten oder ähnliches für

68 kurzfristige Verbesserungen in der Radverkehrsinfrastruktur nutzen („Kein

69 Aufreißen ohne Umgestalten“).

- mehr Fahrradstraßen sowie Fahrradzonen ausweisen und mit hier mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen wie Modalfiltern, Bremsschwellen den Anteil des motorisierten Individualverkehr reduzieren und Straßen ohne Bus- und Lastverkehr auf Mindestbreiten von 4,50m umbauen.
- beim Baustellenmanagement für sichere Radwegführungen sorgen, indem Standards für den Radverkehr in der Baustellenplanung vorgeschrieben werden und Bauunternehmen bei Nichteinhaltung sanktioniert werden.

Für sicheren Radverkehr

Um die Zahl der Verkehrstoten auf Null zu senken und damit die europäische „Vision Zero“ auch in Dortmund zu erreichen, braucht es im Radverkehr vor allem eins: Attraktive, baulich getrennte, konfliktarme und asphaltierte Infrastruktur. Denn in Dortmund soll jedes Kind sicher mit dem Rad zur Schule kommen können. Jede*r Dortmunder*in soll den Alltag mit dem Rad gestalten können. Unser Ziel für Dortmund: Alle Straßen müssen für Radfahrende sicher befahrbar sein – zusätzlich zu den Wegen, die ausschließlich dem Radverkehr gewidmet sind. Die Dortmunder Radwege sind somit zukünftig nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv sichere Infrastruktur, auf der auch unsichere Radfahrer*innen sich wohl fühlen.

Dafür werden wir

- im Innenbereich keine weiteren gemeinsamen Fuß- und Radwege mehr einrichten und vorhandene gemischte Führungsformen reduzieren und umbauen.
- insbesondere Schulwege in den Blick nehmen, um sichere Radwege für Schüler*innen zu schaffen.
- höhere Sicherheit durch baulich getrennte Radwege schaffen.
- hierzu verstärkt den bislang vom Autoverkehr genutzten Straßenraum für den Radverkehr umwidmen, um den Radverkehr auf Hauptverkehrsstraßen baulich getrennt durch breite, geschützte Radwege zu führen und nicht zwischen fließendem und parkendem Autoverkehr (Grundsatz: Gehweg, baulich abgesetzter Radweg, Multifunktionsstreifen bzw. Parkstreifen, Fahrbahn).

- 99 • bei der Neuplanung von Straßen und Umbaumaßnahmen geschützte Kreuzungen
100 bzw. Kreisverkehre nach niederländischem Vorbild zum Standard machen.
- 101 • damit das Linksabbiegen subjektiv und objektiv sicherer gestalten, da
102 Stehflächen mit Linksabbiegerpfeilen mitten auf der Kreuzung zwischen
103 Autos unsicher sind und sich unsicher anfühlen, sowie das direkte
104 Rechtsabbiegen unabhängig von der Ampelschaltung ermöglichen.
- 105 • an bestehenden Kreuzungen mehr und größere Aufstellflächen für Radfahrende
106 schaffen.
- 107 • die Ordnungsbehörden insbesondere für die Ahndung des Falschparkens auf
108 Fahrradwegen sensibilisieren.
- 109 • uns weiterhin für (mehr) Winterdienst, regelmäßige Reinigung und
110 Beseitigung von Grünschnitt auf Radwegen einsetzen.
- 111 • die Querung der Innenstadt sowohl in Nord-Süd-Richtung als auch in Ost-
112 West-Richtung ohne Beeinträchtigung des Fußverkehrs ermöglichen.
- 113 • für konfliktfreie Infrastruktur innerhalb des Wallrings sorgen, indem in
114 der Hansastrasse, Kleppingstraße und Kampstraße analog zu einer
115 Priorisierung des Fußverkehrs in den Fußgängerzonen auch eine attraktive
116 Durchwegung für den Radverkehr ermöglicht wird.
- 117 • an der B54 (südlich der B1) die Kreuzungspunkte mit den abfahrenden Autos
118 offensichtlicher markieren und so das Potenzial einer geeigneten Radroute
119 heben.
- 120 • eine städtische Kampagne für mehr gegenseitige Rücksicht im Straßenverkehr
121 anstoßen.

- Radwegeausschilderungen verbessern, damit Radfahrer*innen zielsicher unterwegs sein können.

Für flächendeckendes Fahrradparken

Für flächendeckende Fahrradabstellplätze

Stadtweit müssen die Fahrradabstellanlagen dem steigenden Radverkehrsanteil angepasst werden. Dabei geht es um die alltäglichen Wege – beim Einkaufen, bei der Arbeit, vor der Schule und vor der eigenen Haustür. Die privaten Flächen aktivieren wir über Förderungen und Beratungen, während wir die öffentlichen Flächen durch zügige Umsetzung politischer Beschlüsse gestalten.

Wir werden

- die Zahl der Fahrradabstellanlagen in den nächsten Jahren deutlich erhöhen, auch solche für Lastenräder sowie überdachte Anlagen.
- dabei nicht den begrenzten Raum von Fußgänger*innen beanspruchen, sondern vereinzelt Parkplatzflächen nutzen.
- weitere günstige Fahrradhäuser an geeigneten Knotenpunkten einplanen und sichere Fahrradboxen in den städtischen Autoparkhäusern einrichten.
- verstärkt Ladestationen für E-Bikes vorhalten.
- mehr Service-Stationen mit Luftpumpen und Fahrradwerkzeugen aufstellen und instandhalten lassen.
- die nötige Anzahl an Fahrradstellplätzen in der Stellplatzsatzung erhöhen, sodass bei Baumaßnahmen eine den Nutzenden angepasste Anzahl an Parkplätzen angeboten wird.
- mehr überdachte Fahrradabstellanlagen an Schulen finanzieren, zum Beispiel

145 auch als Käfig.

146 • ein Programm zur Einrichtung für (überdachte) Fahrradstellplätze auf
147 straßenseitigen Parkplätzen in Kooperation mit dem ADFC aufsetzen und das
148 Angebot ausweiten (bspw. durch "Bike Hangar").

149 • insbesondere mehr achteckige Fahrradhäuser in dichtbesiedelten
150 Wohngebieten in Kooperation mit dem ADFC von städtischer Seite
151 finanzieren, organisieren und umsetzen, da sich dafür bisher eigenständig
152 zahlenden Gruppen bilden müssen.

153 • eine städtische Kampagne starten, in der sich eine bestimmte Anzahl von
154 Anwohner*innen in direkter räumlicher Umgebung und ohne eigenes Auto
155 zusammenfinden können, um dann einen Parkplatz vor der eigenen Haustür zu
156 Fahrradstellplätzen umbauen zu lassen, wodurch Gerechtigkeit im
157 öffentlichen Raum und Sichtbarkeit des Mobilitätsverhaltens geschaffen
158 wird sowie die Zeit reflektiert wird, die Autos im öffentlichen Raum
159 rumstehen und nicht bewegt werden.

160 • die bewachte Fahrradbox auf der Südseite des Hauptbahnhofs erhalten und
161 analog zunächst eine temporäre Box auf der Nordseite einrichten und im
162 Bahnhofsumbau Nord berücksichtigen.

163 • den größtenteils ungenutzten Raum im Personentunnel zwischen Freistuhl und
164 Stadtbahnhaltestelle Hbf als durchgebares Fahrradparkhaus funktional
165 aufwerten.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Fußverkehr

Text

Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der sich alle Menschen sicher und frei bewegen können – ob zu Fuß, mit dem Rollstuhl oder dem Kinderwagen. Eine Stadt, in der Barrierefreiheit nicht als Sonderfall, sondern als Selbstverständlichkeit gilt. Eine Stadt, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die Verkehrswende bedeutet dabei auch, den Fußverkehr sicherer und attraktiver zu gestalten. Die Gestaltung unserer Straßen muss die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen mitdenken, damit sich auch alle gleichermaßen sicher fühlen.

Unsere Vision ist klar: Eine Stadt, in der zu Fuß alle ihr Ziel erreichen. Eine Stadt, die dabei niemanden ausschließt. Durch konkrete Maßnahmen wollen wir diese Vision zur Wirklichkeit werden lassen.

Für mehr Platz zum Gehen

Es wird Zeit, dass die Stadt im Rahmen der notwendigen Verkehrswende auch dem Fußverkehr mehr Aufmerksamkeit schenkt. Dafür muss bei jeder Umplanung und Neuplanung einer Straße das Ziel gelten, mehr Sicherheit für Fußgänger*innen zu schaffen. Dabei orientieren wir uns an den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen und schaffen so Verkehrsgerechtigkeit.

Wir werden

- bei jeder Um- und Neuplanung von Straßen breitere Gehwege (mind. 2,5 m)

und ausreichend sichere Querungsmöglichkeiten einrichten.

- im Zweifel Parkplätze umsortieren, um das Durchkommen für Fußgänger*innen gerade in engen Straßen in dicht besiedelten Wohngebieten zu ermöglichen.
- im Zweifel das Falschparken auf Gehwegen durch mehr physische Barrieren wie Poller oder Pflanzungen verhindern.
- Kreuzungen fußgänger*innenfreundlicher gestalten, zum Beispiel nach niederländischem Vorbild, bei dem die Abbiegemöglichkeiten nicht nur für Auto und Lastverkehr optimiert rund ausgeführt werden, sondern Aufstellflächen für den Fußverkehr vergrößern und die Einsehbarkeit von Kreuzungen verbessern.
- mehr Personal und Scan-Fahrzeuge für stärkere Kontrollen von Falschparkern einsetzen, insbesondere auf Gehwegen oder in anderen Bereichen, die Fußgänger*innen beeinträchtigen.
- keine gemeinsamen Fuß- und Radwege im städtischen Bereich mehr akzeptieren.
- das Amt des Fuß- und Radverkehrsbeauftragten auf zwei Stellen aufteilen und somit eine*n städtische*n Fußverkehrsbeauftragte*n einstellen.
- prioritär Schulwege in den Blick nehmen sowie das Projekt „So läuft das“ fortführen und auf alle Schulformen ausweiten, um die selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von Kindern und Jugendlichen zu fördern.
- das Konzept der „Schulstraßen“ bei so vielen Schulen wie möglich einrichten, insbesondere bei Grundschulen, wodurch die direkten Anliegerstraßen vor Schulen zu Schulbeginn und -ende temporär gesperrt werden, um die sichere Anreise mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit dem Bus zu ermöglichen und Elterntaxis zur Nutzung von Hol- und Bringzonen zu bewegen.

- 46 • das Konzept der Gehwegachsen aus dem Masterplan Mobilität in einem

47 Modellprojekt zügig umsetzen, zum Beispiel zwischen Hauptbahnhof und

48 Hafenquartier.
- 49 • das „Gehwege-Netz“ aus dem Masterplan Mobilität in die konkrete

50 Umsetzungsplanung bringen.
- 51 • sinnvolle Wegenetze mit entsprechender Ausschilderung zur Verknüpfung

52 wichtiger Ziele ausstatten.
- 53 • die Beleuchtung von Gehwegen auf wichtigen Achsen vorantreiben, zum

54 Beispiel mit automatischer Beleuchtung mit Bewegungssensoren.
- 55 • vermehrt Winterdienst auf Gehwegen einsetzen, insbesondere auf wichtigen

56 Achsen, an Ampeln und bei Umstiegswegen zu ÖPNV-Haltestellen.
- 57 • auf längere Grünintervalle bei Ampeln für Fußgänger*innen achten, die auch

58 bei großen Kreuzungen, zum Beispiel am Wall, das vollständige Überqueren

59 innerhalb einer Grünphase auch für mobilitätseingeschränkte Menschen

60 ermöglicht.
- 61 • Ampelschaltungen insbesondere in der Nähe von Kindergärten und Schulen so

62 anpassen, dass zweiteilige Ampelschaltungen mit Mittelinseln gleichzeitige

63 und gleich lange Grünphasen erhalten.
- 64 • im Baustellenmanagement verpflichtend sichere und ausreichend breite

65 Fußwege und möglichst kurze und effiziente Umleitungen für Fußgänger

66 schaffen und auch die Wartezeiten bei Baustellenampeln minimieren.
- 67 • mehr Fußgängerzonen schaffen und bestehende Fußgängerzonen ausweiten, auch

68 in den Vorortzentren, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, eine

69 höhere Aufenthaltsqualität zu schaffen und die Kaufkraft zu stärken.

- uns dafür einsetzen, die Fußwegeverbindung an den Westfalenhallen zwischen Lindemannstraße und Stadion dauerhaft zu öffnen, wobei ein sicherer Durchgang auch bei logistischen Aktivitäten sichergestellt sein muss.

Für den Abbau von Barrieren

Für eine moderne Gesellschaft ist es inakzeptabel, wenn nicht alle Menschen am öffentlichen Leben teilnehmen können und in ihrer privaten Lebensgestaltung eingeschränkt sind, weil ihnen physische oder andere Barrieren das Leben schwer machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Barrierefreiheit flächendeckend mitgeplant und überall mitgedacht wird – nicht nur im klassischen Sinne im öffentlichen Raum, sondern auch digital.

Dafür werden wir

- ein gesamtstädtisches Konzept zur Barrierefreiheit einfordern, welches bestehende Hürden aufzeigt und konkrete Verbesserungen vorschlägt, einen Handlungsleitfaden für alle Dezernate und Ämter enthält sowie verbindliche Standards für Wegeführungen, Baustellen, Haltestellen usw. vorlegt.
- daran diejenigen beteiligen, die in ihrer Mobilität, Sicht, Sprache oder ihrem Hörverständnis behindert werden.
- den Punkt „Beitrag zur Barrierefreiheit“ als festen Bestandteil für jede Bauleitplanung, Bebauungspläne und weitere Gremienvorlagen einfordern.
- die digitale Barrierefreiheit auf den städtischen Seiten überprüfen, um Informationen, Unterhaltung und Bürgerdienste digital barrierearm anbieten zu können.
- den Einbau von Bodenleitsystemen an ÖPNV-Haltestellen, wichtigen Wegeverbindungen und in Fußgängerzonen fördern.
- in städtischen Gebäuden und im öffentlichen Raum barrierefreie Toiletten installieren.

- 96 • auf die barrierefreie Wegeführung bei Baustellen achten.
- 97 • den barrierefreien Umbau von Bahnhalttestellen priorisieren.
- 98 • kaputte Gehwege und Aufzüge insbesondere mit Blick auf die
99 Barrierefreiheit zügig reparieren.
- 100 • eine städtische Beratung für privatwirtschaftliche Bereiche wie
101 Ladenlokale, Einzelhandel und Gastronomie anbieten, die zur
102 Barrierefreiheit berät und bei der Umsetzung unterstützt.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Autoverkehr

Text

Wir verstehen die Verkehrswende als Vorteil für alle Verkehrsteilnehmer*innen, da sie mehr Sicherheit für alle bringt. Gleichzeitig profitieren diejenigen, die auf ein Auto angewiesen sind, von einer verbesserten Verkehrslage und weniger Stau, wenn mehr Menschen den ÖPNV nutzen, mit dem Rad fahren oder zu Fuß gehen. Wird der Verkehr besser auf alle Verkehrsmittel verteilt, entstehen so weniger Nutzungskonflikte auf begrenztem Raum. In diesem Sinne verstehen wir unter einer Straße mehr als eine Fahrbahn für Autos. Straßen sind Lebensräume für alle Menschen auf ihren täglichen Wegen – zu Fuß, auf dem Rad, im Bus, der Bahn oder im Auto. Und dieser Lebensraum soll lebenswert und sicher sein. Dazu braucht es eine Straßeninfrastruktur, die Konflikte vermeidet und gerecht verteilt ist - das gilt auch für Parkraum.

Für mehr Unabhängigkeit vom Auto

Durch den gleichberechtigten Ausbau aller Verkehrsmittel ermöglichen wir denjenigen Menschen den Umstieg, die ihre Mobilität ohne Parkplatzsuche oder Stress im Stau gestalten wollen – oder in hohem Alter nicht mehr Auto fahren wollen oder können.

Um die Abhängigkeit vom Auto zu reduzieren, werden wir

- den Verkehrsraum gerechter verteilen.
- dabei dem motorisierten Individualverkehr nur den Platz einräumen, der

auch wirklich benötigt wird, wofür überbreite Fahrbahnen hinterfragt und Kurvenradien nicht mehr überdimensioniert werden müssen, was im Bestand durch ein Road Shrinking Programm erreicht werden kann.

- allgemein auf den Straßenneubau verzichten, der über die direkte Erschließung neuer Siedlungsgebiete hinausgeht und die Sanierung bestehender Straßen priorisieren.
- keine neuen Umgehungsstraßen planen, die bisher lärmarme und ungeteilte Landschaftsräume belasten.
- die von uns erfolgreich durchgesetzte Verhinderung des Baus der verlängerten OWIIIa/Brackeler Straße in Richtung Unna weiterhin konsequent aufrechterhalten.
- die Nordspange als durchgängige LKW-Route über die Bornstraße hinaus bis zur Emscherallee nicht umsetzen und das östliche Teilstück "Hoesch-Allee" als Erschließung der Westfalenhütte möglichst nur zweispurig ausführen.
- die B1 zur Stadtstraße für alle Dortmunder*innen umgestalten, indem wir Durchgangs- und überregionale Verkehre über die A2 und A1 lenken und die vorhandene Fläche zur gerechten Nutzung für alle Verkehrsteilnehmenden aufteilen, da wir die B1 (Rheinlanddamm und Westfalendamm) als zentrale, historisch bedeutsame Achse in Dortmund begreifen.
- durch Zirkulationenkonzepte die Verkehrsströme des motorisierten Verkehrs bündeln.
- durch verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Modalfilter und Bremsschwellen den Anteil des motorisierten Individualverkehr reduzieren, um den Verkehr in den Stadtquartieren zu beruhigen und ungewollten Durchgangsverkehr zu unterbinden.
- konsequent Verkehrsverstöße verfolgen, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen.

- in einer Werbekampagne auf die Kostenvorteile vom Umstieg vom Auto auf den ÖPNV hinweisen und in regelmäßigen Rabattaktionen ÖPNV-Tickets vergünstigt anbieten, wenn im Gegenzug der eigene PKW verkauft und abgemeldet wird.
- die Umgehung von Kreuzungsampeln durch freie Rechtsabbieger zurückbauen, und nicht neu einplanen, da diese den Sicherheits- und Qualitätsbedürfnissen des Fuß- und Radverkehrs widersprechen.

Für fair verteilten Verkehrsraum

Insbesondere in dicht besiedelten Vierteln herrscht ein enormer Parkdruck. Jahrelang akzeptiertes Falschparken auf Gehwegen wird endlich vermehrt geahndet. Trotzdem ist der Autobestand sehr viel höher, als Parkplätze zur Verfügung stehen. Wir möchten dafür sensibilisieren, dass Autos den Großteil der Zeit ungenutzt in der Öffentlichkeit rumstehen. Da dieser öffentliche Raum allen gehört, konnten wir endlich eine Erhöhung der Parkgebühren durchsetzen, die seit Jahren unverändert niedrig waren. Wir wollen den Wert des öffentlichen Raums in den Parkkosten widerspiegeln: Das Parken im öffentlichen Raum muss deutlich mehr kosten als in einem Parkhaus. Grundsätzlich möchten wir Einnahmen aus Parkgebühren und Falschparken in den Ausbau des ÖPNV und der Infrastruktur für den Radverkehr investieren.

Für die Lösung des Parkdrucks und zur gerechten Verteilung von Parkraum werden wir

- die Parkraumbewirtschaftung und Einrichtung von Anwohnerparkzonen in den Innenstadtbezirken und Stadtteilzentren flächendeckend vorantreiben.
- die Kosten für Anwohnerparkausweise insgesamt anheben und über die Größe der Autos staffeln, um den öffentlichen Raum fair zu verteilen.
- das Parken im öffentlichen Raum gerecht bepreisen und somit das Parken in bestehenden Tiefgaragen und Parkhäusern fördern sowie den Bau von Quartiersgaragen ermöglichen.
- die Parkgebühren perspektivisch weiter moderat anheben, um einen stärkeren Anreiz für die Nutzung von ÖPNV, Rad- oder Fußwegen gerade für kurze

76 Strecken zu setzen.

- 77 • zeitnah in einem Pilotprojekt eine städtische Quartiersgarage in einem
78 geeigneten, dicht besiedelten Quartier in der Innenstadt bauen und
79 bepreiste Parkausweise für die Anwohner*innen vergeben.

- 80 • gleichzeitig in direkter Umgebung die Parkplätze im öffentlichen Raum
81 reduzieren und die Neugestaltung des Straßenraums unter Beteiligung der
82 anliegenden Anwohner*innen, Gewerbe und Gastronomie erarbeiten.

- 83 • perspektivisch weitere Flächen für Quartiersgaragen in dicht besiedelten
84 Quartieren suchen und freihalten und Quartiersgaragen einplanen.

- 85 • weiter darauf hinwirken, dass mehr Supermarktparkplätze oder andere
86 Gewerbeparkplätze über Nacht von Anwohnenden genutzt werden können.

- 87 • auf Unternehmen mit eigenen Tiefgaragen in Wohngebietsnähe zugehen und auf
88 eine kostenpflichtige Bereitstellung von ungenutzten Parkplätzen für
89 Anwohner*innen in der Nacht und am Wochenende hinwirken.

- 90 • mehr Behindertenparkplätze einrichten.

- 91 • Park-&-Ride-Angebote an Stadtbahnhaltestellen in den Außenbezirken
92 ausbauen.

- 93 • die Verkehrsüberwachung durch mehr Personal und digitale Methoden
94 ausweiten.

- 95 • an kritischen Punkte Parksensoren einsetzen, damit die Verkehrsüberwachung
96 rasch tätig werden kann.

- 97 • Fremdanzeigen komfortabler ausgestalten, insbesondere ohne eigenes Konto
98 beim Service-Portal.

- 99 • personelle Aufstockung und digitale Ertüchtigung nicht nur in der
100 Verkehrsüberwachung, sondern auch in der Bußgeldstelle.

- 101 • eine Fläche für abgeschleppte Fahrzeuge bereitstellen, sodass
102 abgeschleppte Fahrzeuge in Zukunft nur noch mit Geldzahlung ausgelöst
103 werden können.

- 104 • uns für gesetzliche Bedingungen einsetzen, die den Einsatz von
105 Scanfahrzeuge möglich machen.

- 106 • insbesondere bei Großveranstaltungen konsequent Parkverstöße ahnden.

- 107 • wirksame Parkkonzepte für Großveranstaltungen in den Westfalenhallen oder
108 im Westfalenpark entwickeln, die die Anwohnenden in der Umgebung entlasten
109 und die Blockierung von Rettungswegen verhindern.

- 110 • in Kooperation mit dem BVB die extreme Parkproblematik bei Heimspieltagen
111 angehen, zum Beispiel durch temporäre Sperrungen, digitale Erfassung der
112 Herkunft.

- 113 • die Parkplätze an der Uni in Verbindung mit einem Shuttle-Service auch bei
114 Großveranstaltungen in den Westfalenhallen und im Westfalenpark analog zu
115 BVB-Spielen nutzen.

- 116 • bei jeglichen neu auftretenden Parkproblematiken zunächst die
117 Mehrfachnutzung bestehender Parkplätze evaluieren.

118 **Für Tempo 30**

Wir möchten das erprobte Verkehrskonzept „Langsamer fahren, schneller Ankommen“ in Dortmund stärken. Dahinter steckt, dass die Temporeduktion allen Nutzenden des Verkehrs etwas bringt. Der bessere Verkehrsfluss durch Tempo 30 und die einspurige Umgestaltung der Straßen hebt dabei den Zeitverlust durch das geringere Tempo auf, der im städtischen Bereich durch das ständige Stop & Go sowieso marginal ist. Denn auch die Reduktion von Ampeln kann damit einhergehen. Diese Maßnahmen sorgen für eine Straßeninfrastruktur, die für angemessene Geschwindigkeiten sorgt („Design Speed“).

Ganz grundsätzlich führt ein geringeres Tempo zu einer erhöhten Verkehrssicherheit für alle, zu verminderten Lärm- und Schadstoffemissionen, zu einem geringeren CO₂-Ausstoß, zu besserer Luft insbesondere im Hochsommer und zu weniger Unfällen. Ganz nebenbei wird die Fußgänger*innen- und Fahrradfreundlichkeit verbessert und die Lebensqualität der Anwohner*innen gehoben.

Aus diesen Gründen werden wir

- grundsätzlich die städtischen Möglichkeiten ausreizen, Tempo 30 km/h als Höchstgeschwindigkeit innerorts flächendeckend einzuführen.
- auf dem Weg dahin temporäre Begrenzungen von Tempo-30-Bereichen auf permanente Begrenzungen ausweiten.
- dabei insbesondere Schulwege in den Blick nehmen, die über die Straße direkt vor der Schule hinausgehen.
- den Wall auch tagsüber durch Tempo 30 entlasten.
- das reduzierte Tempo durch verstärkte Kontrollen auch vollstrecken, unter anderem durch weitere städtische Blitzanhänger.
- in der Planung von Straßen keine Maßnahmen unterstützen, die zu hohem Tempo einladen, wie breite Straßen, schnurgerade "Beschleunigungsstrecken" und große Kurvenradien.

- weitere Maßnahmen vorantreiben, um Autorennen zu verhindern, die Menschenleben gefährden und eine enorme Lärmbelastung nach sich ziehen.

- dazu Blitzer einrichten, Ampelschaltungen mit hindernden Rotphasen ausweiten und bei dem geplanten Umbau des Walls eine Lösung unterstützen, die das Fahren im Kreis verhindert und auch das Posing reduziert.

Für saubere E-Mobilität

Die Elektromobilität stellt zwar in der städtischen Verkehrspolitik keine Lösung für die umfänglichen Herausforderungen der Verkehrswende dar, ist aber im PKW-Bereich relevant zum Erreichen der Klimaneutralität.

Daher werden wir

- mehr Ladestationen für E-Autos an Knotenpunkten wie Park-&-Ride-Parkplätzen einrichten und mehr NOx-Blocks (grüne Laternen) in Wohngebieten bauen und dabei vermehrt reservierte Parkplätze für E-Autos einrichten, um Menschen ohne Eigenheim den Wechsel zum E-Auto zu erleichtern.
- die Ladeinfrastruktur in den Parkhäusern verbessern.
- alle Ladestationen bei Möglichkeit mit einem Anschluss zum Laden von E-Bikes ausstatten.
- Ladeinfrastruktur auf Parkplätzen des Einzelhandels fördern.
- für mehr Lademöglichkeiten bei Arbeitgeber*innen in Dortmund werben, indem wir eine Initiative "Arbeitgeber Laden auf" in Dortmund initiieren und fördern, um mehr Lademöglichkeiten bei Unternehmen für Mitarbeitende zu schaffen.
- den Anteil an E-Autos beim städtischen Fuhrpark erhöhen.

Für Straßen, die den Menschen gehören

Unser Ziel ist eine Stadt mit attraktiven und sicheren Orten mit Aufenthaltsqualität. Dafür ist es nötig, parkenden und fahrenden Autos weniger Platz einzuräumen, um mehr Platz für die Menschen zu schaffen. Das lindert auch die Folgen der Erhitzung der Wohngebiete durch mehr Begrünung und weniger Schadstoffe.

Wir werden

- in Quartierszentren die zentralen Straßen als Lebens- und Begegnungsraum verstehen und dementsprechend umgestalten (z. B. Saarlandstraße, Kaiserstraße, Schützenstraße usw.).
- das Leitbild der "Superblocks" zur Verkehrsberuhigung und Unterbindung des Durchgangsverkehrs in Stadtquartieren modellhaft zur Umsetzung bringen.
- in Wohngebieten durch Poller auf der Kreuzung den Durchgangsverkehr reduzieren und mehr Einbahnstraßen einrichten.
- die Innenstadt innerhalb des Wallrings weitestgehend frei von Autoverkehr gestalten, um den Kund*innen der Geschäfte und Nutzenden der Innenstadt einen angenehmen und sicheren Aufenthalt zu ermöglichen und dazu das Parken auf die Tiefgaragen beschränken und Fußgängerzonen ausbauen.
- auch die Stadtteilzentren lebenswerter gestalten, indem der Autoverkehr reduziert wird.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Sharing-Angebote

Text

Eine einfache Möglichkeit, die selbstbestimmte Mobilität zu verbessern, bietet Shared Mobility. Mit Sharing-Angeboten kann jede*r die Anzahl der selbstgenutzten Verkehrsmittel erhöhen, ohne selbst ein Fahrrad, Auto oder E-Scooter anschaffen zu müssen. Diese Angebote müssen ausgebaut werden, um die Abhängigkeit vom eigenen Auto zu reduzieren und durch sinnvolle Kombinationsmöglichkeiten in multimodalen Wegeketten auch die ÖPNV-Nutzung zu erhöhen. Bikesharing, Carsharing und E-Scooter gestalten wir damit als Teil der Verkehrswende.

Für Bikesharing überall

Bikesharing bietet als Teil der Mikromobilität im Alltag eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr.

Wir werden

- uns gemeinsam mit den Anbietern von Leihfahrrädern wie Metropolrad Ruhr dafür einsetzen, dass allgemein mehr Stationen mit mehr Fahrrädern eingerichtet werden.
- dabei auch auf eine höhere Verfügbarkeit von Lastenrädern hinwirken.
- im Rahmen der Stellplatzsatzung das Vorhandensein von Bikesharing-

Stationen auch für Wohnungsbau fester anrechnen.

- Bikesharing verstärkt im Rahmen von Konzeptvergaben beim Wohnungsbau berücksichtigen.

Für Carsharing, das funktioniert

Carsharing stellt bei der Reduktion des Parkdrucks durch private PKWs und für eine gerechtere Mobilität einen Teil der Lösung dar, indem es die selbstbestimmte Mobilität unabhängig vom eigenen Auto in Bereichen ermöglicht, in denen heute noch eine Abhängigkeit vom Auto besteht.

Wir werden

- mehr Carsharing-Anbieter durch verbesserte Rahmenbedingungen und attraktive Flächenangebote offensiv nach Dortmund locken.
- Carsharing-Anbieter, die in Dortmund aktiv werden wollen, bei der Umsetzung unterstützen.
- dabei auch ein Angebot von E-Autos durch Lademöglichkeiten ermöglichen.
- dabei stationsgebundene Systeme priorisieren, aber auch Free-Floating-Anbietern Möglichkeiten eröffnen, ihr Angebot nach Dortmund zu bringen.

Für E-Scooter mit Konzept

Über den Radverkehr hinaus sehen wir die vor einigen Jahren eingeführten E-Scooter als mittlerweile etablierten Bestandteil der Mikromobilität und möchten daran festhalten. Dabei braucht es aber einige wesentliche Anpassungen.

Daher werden wir

- das Ziel anstreben, kein Free Floating mehr zu ermöglichen, sondern ein

40 enges Netz an definierten und nicht-störenden Abstellstationen aufzubauen,
41 dass für alle Anbieter gilt.

- 42 • die Abstellstationen als Mikro-Mobilitätstationen mit den Abstellanlagen
43 für Bikesharing kombinieren.

- 44 • dabei im städtischen Bereich einen maximalen Abstand von 500m für
45 Stationen mit Carsharing und von 200m für Stationen mit E-Shootern und
46 Metropolrädern (NextBike) anstreben.

- 47 • Anbieter bei falsch abgestellten Rollern und Vandalismus konsequent in die
48 Verantwortung nehmen und Strafen ausstellen.

- 49 • darauf hinwirken, dass Anbieter lediglich E-Scooter mit wechselbaren Akkus
50 anbieten, um die Umweltbelastung zu reduzieren.

- 51 • nach Möglichkeit und in Absprache mit den Anbietern perspektivisch das
52 Laden von E-Scootern an festen Abstellanlagen ermöglichen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Flughafen

Text

Die Existenz des Dortmunder Flughafens ist weder für die Region noch für Dortmund gewinnbringend. Unternehmen, die vom Flughafen als Standortfaktor profitieren, siedeln sich zunehmend in Holzwickede an. Anwohnende werden durch den Lärm belastet. Die DSW21 wurde in den letzten Jahrzehnten durch den Flughafen stark finanziell belastet, was Investitionen in anderen Bereichen durch die Querfinanzierung des Flughafens verhindert hat. So wurde der Flughafen zwischen 2000 und 2020 mit mehr als 300 Millionen Euro von der DSW21 subventioniert. Nicht zuletzt kommen die Auswirkungen auf die Klimakrise dazu, auch wenn eine Schließung in vielen Bereichen nur die Verlagerung zu den überregional bedeutsamen Flughäfen wie Düsseldorf und Köln-Bonn bedeuten wird. Doch der Flugverkehr hat durch Lärm und Feinstaub auch ökologische Folgen für Dortmund, die durch die Verhinderung erhöhter Fluggastzahlen und eine langfristige Schließung des Flughafens reduziert werden müssen.

Für einen ehrlichen Umgang mit dem Flughafen

Der Flughafen in Dortmund belastet die Anwohnenden in der Einflugschneise. Gleichzeitig ist er durch die gute Anbindung Dortmunds an überregional deutlich bedeutendere Flughäfen überflüssig. In den vergangenen Jahrzehnten wurde der Flughafen mit Geldern der DSW21 im dreistelligen Millionenbereich subventioniert – Gelder, die DSW21 beim Ausbau des ÖPNV sinnvoller hätte einsetzen können.

Daher werden wir

- die Finanzierung des Flughafens durch die DSW21 zulasten anderer

Konzernbereiche, beispielsweise Bus und Bahn, nicht weiter akzeptieren.

- im Bereich der Einflugschneise mehr dauerhafte Lärmmessgeräte anbringen und Feinstaubmessungen durchführen, um die Belastungen für die Anwohnenden durch Lärm und Feinstaub zu monitoren.
- uns weiterhin dafür einsetzen, dass es keine weitere Verlängerung der Betriebszeit des Flughafens gibt.
- uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Landebahn nicht verlängert und der Flughafen nicht ausgebaut wird.
- ein Moratorium für Investitionen einbringen, die nicht aus der eigenen Wirtschaftlichkeit des Flughafens heraus finanziert werden können.
- keine Umbaumaßnahmen unterstützen, die eine Erhöhung des Fluggästeaufkommens zur Folge haben.
- uns dafür einsetzen, dass die Tarifbindung der Angestellten des Flughafens wieder eingeführt wird, indem die ausgegliederte Servicegesellschaft an Tarifverträge gebunden wird.

Für das Ende des Dortmunder Flughafens

Der Betrieb des Dortmunder Flughafens ist weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich oder unter Klimagesichtspunkten sinnvoll. Die Schließung bietet eine Chance, der Stadt eine große Fläche zurückzugeben, die für eine ökologisch wertvolle und nachhaltige Neuentwicklung bereitsteht.

Daher werden wir

- anstreben, dass der Flughafen langfristig abgewickelt und geschlossen wird.

45

- die Möglichkeiten zur Nachnutzung vielfältig, öffentlich und unter breiter Beteiligung diskutiert und schließlich geplant werden.

46

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: **3. Macht Dortmund zu einem Zuhause für alle Menschen**

Text

1 Eine Stadt ist mehr als Straßen und Häuser – sie ist das Zuhause von Menschen,
2 mit ihren Träumen, Sorgen und Geschichten. In Dortmund leben über 600.000
3 Menschen, und jede*r von ihnen hat das Recht auf Schutz, Teilhabe und ein Leben
4 in Würde. Doch die Realität sieht oft anders aus: Armut grenzt aus, Barrieren
5 schränken ein, Diskriminierung verletzt, und politische Prozesse bleiben vielen
6 verschlossen. Das nehmen wir nicht hin.

7 Wir kämpfen für ein Dortmund, das sich an den Bedürfnissen derjenigen
8 orientiert, die zu oft übersehen werden. Für eine Stadt, die nicht nur von
9 Gerechtigkeit spricht, sondern sie lebt – in jeder Kita, auf jedem Amt, in jedem
10 Stadtteil. Soziale Sicherheit darf kein Zufall sein, sondern muss ein
11 verlässliches Versprechen sein: Niemand soll in Dortmund obdachlos, hungrig oder
12 ausgeschlossen leben müssen. Niemand soll durch Herkunft, Geschlecht,
13 Behinderung oder ökonomische Lage benachteiligt werden. Niemand soll sich
14 unsichtbar fühlen.

15 Wir treten ein für eine Stadt, in der Kinder armutsfrei aufwachsen können,
16 Familien Unterstützung finden und junge Menschen ernst genommen werden und mit
17 über ihre Zukunft entscheiden können. Für ein Gesundheitswesen, das niemanden
18 zurücklässt. Für kulturelle Räume, die allen offenstehen. Für Sport, der
19 verbindet. Für Schulen, die Chancen schaffen können. Und für eine Demokratie, in
20 der alle gehört werden – nicht nur die Lautesten.

21 Gleichzeitig wissen wir: Eine gerechte Stadt ist kein Zustand, sondern eine
22 gemeinsame Aufgabe. Sie entsteht dort, wo Menschen füreinander eintreten,

23 Strukturen hinterfragt und neue Wege gegangen werden. Vielfalt ist dabei keine
24 Herausforderung, sondern unsere größte Stärke. Sie macht Dortmund lebendig,
25 kreativ und zukunftsfähig.

26 All das gelingt nur gemeinsam – mit den Menschen, Vereinen, Organisationen und
27 Initiativen, die unsere Stadt jeden Tag mit ihrem Engagement stark machen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Soziale Gerechtigkeit

Text

1 In einer reichen Gesellschaft wie der unseren darf Armut nicht hingenommen
2 werden, und doch ist sie auch in Dortmund für viele Menschen bittere Realität.
3 Armut bedeutet nicht nur, wenig Geld zu haben. Sie schränkt das Leben in allen
4 Bereichen ein: bei Bildung, Gesundheit, Wohnen, Teilhabe am gesellschaftlichen
5 Leben. Sie betrifft Kinder, Alleinerziehende, Erwerbslose, Menschen mit
6 Behinderung, Senior*innen, Geflüchtete und viele weitere, oft unsichtbar und
7 dennoch mitten unter uns.

8 Wir wollen, dass soziale Sicherheit nicht als Ausnahme, sondern als Grundrecht
9 verstanden wird. Jeder Mensch in Dortmund soll in Würde leben können, ganz
10 unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter oder Aufenthaltsstatus.

11 Deshalb setzen wir uns für eine umfassende Armutsbekämpfung ein, die Ursachen
12 strukturell angeht. Dazu gehören faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und
13 bezahlbarer Wohnraum ebenso wie bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote.
14 Wir wollen Chancen für Kinder verbessern, Bildungsungleichheiten abbauen und
15 Hilfesysteme stärken. Armut im Alter, insbesondere bei Frauen, darf kein
16 gesellschaftlicher Normalzustand sein.

17 Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Prävention von Wohnungslosigkeit. Denn
18 Wohnungsverlust ist oft vermeidbar, wenn rechtzeitig Unterstützung greift.
19 Gleichzeitig kämpfen wir für einen menschenwürdigen Umgang mit obdach- und
20 wohnungslosen Menschen. In den letzten Jahren hat es in Dortmund zu viele
21 Todesfälle gegeben. Das darf sich nicht wiederholen und wir dürfen niemals
22 wegschauen. Niemand soll gezwungen sein, auf der Straße zu schlafen, sondern
23 Unterkunft, Schutz, Hilfe und Perspektiven erhalten.

Zur sozialen Sicherheit gehört für uns auch eine humane Drogenpolitik. Wir lehnen eine Politik der Verdrängung und Kriminalisierung ab und setzen stattdessen auf Gesundheitsversorgung, Prävention, Beratung und Schutzräume.

Unser Ziel ist ein Dortmund, das niemanden zurücklässt – eine solidarische Stadt, die allen Menschen Schutz, Perspektive und Teilhabe bietet.

Für eine Stadt, die Armut bekämpft

Wir sind eine der reichsten Gesellschaften der Welt und dennoch leben in Dortmund viele Menschen in Armut. Armut bedeutet mehr als nur finanzielle Not. Sie schränkt Teilhabemöglichkeiten ein, gefährdet die Gesundheit und verbaut Zukunftschancen – besonders für Kinder. Denn jedes dritte Kind in Dortmund lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Die bisherigen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung greifen zu kurz. Wir wollen Armut an der Wurzel packen und nicht nur ihre Symptome bekämpfen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen ein würdevolles Leben führen können und niemand zurückgelassen wird. Soziale Sicherheit ist ein Grundrecht und die Basis für echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daran wollen wir die Politik in unserer Stadt ausrichten.

Wir werden

- Kinderarmut entgegenwirken, indem wir frühkindliche Hilfe verbessern und Betreuungsangebote insbesondere in belasteten Stadtbezirken ausbauen sowie kostenfreie Sportangebote schaffen und bei der benötigten Ausstattung unterstützen.
- mehr Chancengleichheit im Bildungsangebot schaffen, indem wir Ungleiches ungleich behandeln und Gelder und Ressourcen effektiver in den Kitas und Schulen bündeln, in denen sie am dringendsten benötigt werden, um Kinderarmut effektiver vorzubeugen.
- Auswirkungen von Kinderarmut in der Schule durch eine tägliche kostenlose Mahlzeit sowie den Ausbau des gebundenen Ganztags nach Sozialindex reduzieren.
- uns gegen Altersarmut speziell bei Frauen einsetzen, indem wir Plätze für Kinderbetreuung ausbauen und Hürden abbauen, die Frauen von einer

Vollzeitbeschäftigung abhalten.

- das Sozialamt effizienter machen und damit die Kapazitäten ausbauen, um Wartezeiten bei Sozialleistungen und Beratungsangeboten zu verkürzen.
- uns dafür einsetzen, dass die Kontoführungsgebühren und weitere Gebühren bei der Sparkasse für bestimmte Gruppen wie Bürgergeldempfänger*innen und Geflüchtete erlassen werden.
- das Deutschlandticket Sozial beibehalten und auf 29 € pro Monat vergünstigen.
- uns gegenüber DSW21 und VRR dafür einsetzen, dass das Fahren ohne gültigen Fahrschein nicht länger als Straftat verfolgt wird.
- das Angebot der Vergünstigungen durch die Dortmund-Karte erweitern und immer möglich eine schnellere und automatisierte Aus- und Zustellung der Dortmund-Karte erreichen.
- uns für eine gute Kommunikation zu Sozialleistungen und Angeboten einsetzen, damit alle Menschen in Dortmund über ihre Ansprüche, Vergünstigungen und zusätzliche Angebote informiert werden.

Für Arbeit statt Ausgrenzung

Erwerbsarbeit bedeutet mehr als nur Broterwerb. Sie gibt Struktur, Sinn und gesellschaftliche Teilhabe. Wir stehen für eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen in den Mittelpunkt stellt und niemanden zurücklässt. In einer sich wandelnden Arbeitswelt wollen wir Sicherheit bieten und gleichzeitig neue Perspektiven eröffnen. Zu viele Menschen werden noch immer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen – sei es aufgrund von Behinderungen, Sprachbarrieren, Erwerbsminderungen, Krankheit, Altersdiskriminierung oder fehlender (formaler) Qualifikation. Wir wollen Barrieren abbauen und Vielfalt als Stärke begreifen.

Wir wollen ein würdevolles Auskommen für alle garantieren, die Hilfesysteme an die Lebensrealitäten der Menschen anpassen und Unterstützung zur Arbeitsaufnahme bieten.

Wir werden

- die Umsetzung und Ausweitung der Kommunalen Arbeitsmarktstrategie 2030 unterstützen, um die Arbeitslosenquote perspektivisch auf unter 8 % zu senken.
- Jugendarbeitslosigkeit auf ein Minimum reduzieren.
- Projekte unterstützen und ausbauen, die Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von der Schule in einen Beruf unterstützen.
- Angebote schaffen, die bei besonderem Bedarf Ausbildungskosten übernehmen.
- die Ausbildungsbegleitung der Wirtschaftsförderung stärken.
- Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Arbeitslose ausweiten, um Potenziale gezielter zu erkennen und zu fördern.
- in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit die Maßnahmen für Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslosigkeit ausbauen und dabei das Ziel einer attraktiveren Vergütung verfolgen.
- Projekte und Initiativen unterstützen, die Angebote für Langzeitarbeitslose machen, die sich an den Bedürfnissen der Teilnehmer*innen orientieren.
- Weiterbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose stärken, die sowohl berufliches Basiswissen und digitales Grundwissen als auch gezielte Weiterbildungen umfassen.

- im Rahmen der Gesetzgebung auf Bundesebene individuelle Arbeits- und Qualifikationsangebote für geflüchtete Menschen schaffen.
- die Unterstützung des Jobcenters zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ausbauen.
- Aktionsbüros des Jobcenters und ähnliche Einrichtungen ausbauen.
- Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt abbauen, indem wir die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Unternehmen, Handelskammern und lokalen Akteuren stärken, um zum Beispiel altersgerechte Einstellungsverfahren zu fördern, Weiterbildungen für über 50-Jährige anzubieten und spezielle Jobmessen oder Online-Portale für ältere Arbeitsuchende zu organisieren.
- damit altersgemischte Teams in kommunalen Betrieben stärken und die Interessenvertretung älterer Arbeitnehmer*innen durch Kooperationen mit Gewerkschaften, Seniorenräten und sozialen Einrichtungen unterstützen.

Für eine menschliche Drogenpolitik

Die Dortmunder Drogenpolitik soll die Menschenwürde wahren. Wir lehnen es ab, drogenkranke Menschen zu stigmatisieren, zu kriminalisieren, auszugrenzen und zu vertreiben. Im Zentrum GRÜNER Politik steht dagegen eine Drogenpolitik, die auf Prävention, konkreten Hilfen für drogenabhängige Menschen, einer Entkriminalisierung und wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Wir betrachten das Züricher Modell als Vorbild und setzen auf Prävention, Früherkennung und Frühintervention sowie auf Therapien zur Begleitung von Entzug bis zur gesellschaftlicher Wiedereingliederung, Nachsorge und nachhaltiger Selbsthilfe. Wir betreiben Schadensminderung bei Betroffenen durch Konsumräume, Drugchecking, gesundheitliche Versorgung sowie aufsuchende Sozialarbeit. Repressionen werden dabei nicht gegen Drogenkranke eingesetzt, sondern im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität.

Wir werden

- Prävention durch Aufklärungsangebote und Sensibilisierung u.a. in Schulen schaffen und Maßnahmen zur Früherkennung und Frühintervention ergreifen.

- 134 • Drogenhilfe an Orten anbieten, die von Betroffenen ohnehin aufgesucht oder
135 die niedrigschwellig zugänglich sind.

- 136 • den aktuellen Drogenkonsumraum-Standort erhalten und um einen zweiten,
137 zentrumsnahen Konsumraum erweitern sowie die Öffnungszeiten weiter
138 ausbauen.

- 139 • diese Angebote durch kleinere, dezentrale Konsumorte ergänzen und damit
140 Drogenhilfe an den Orten schaffen, wo die Betroffenen sich aufhalten.

- 141 • dabei auch einen Drogenkonsumort als Safer Space für Frauen schaffen, auch
142 um Gewaltprävention und spezielle Hilfsangebote für Frauen adressieren zu
143 können.

- 144 • dabei auch den Wohnortnachweis dauerhaft abschaffen.

- 145 • das Angebot an Spritzenautomaten erweitern, um Krankheiten durch
146 verschmutztes Konsumbesteck zu verhindern.

- 147 • eine Diamorphin-Ambulanz als Ergänzung der Hilfsangebote einrichten.

- 148 • mehr Beratungsplätze bei der suchtmmedizinischen und psychiatrischen
149 Versorgung, bei psychosozialen Beratungen sowie stationären Behandlungen
150 schaffen.

- 151 • die Medienkompetenz junger Menschen stärken, damit sie Werbung für Alkohol
152 und andere legale Drogen kritisch hinterfragen können.

- 153 • Werbung für Drogen wie Alkohol und Nikotin auf städtischen Werbeflächen
154 ausschließen.

- Monitoring & Drug-Checking durchführen (kostenlose und strafffreie Prüfung der Drogen durch die Drogenhilfe, um Überdosierungen zu vermeiden und Schadstoffe zu identifizieren), um stets ein aktuelles Lagebild über das quantitative Vorkommen von Substanzen zu haben.

Für Wohnraum statt Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit beginnt oft schleichend und kann jede*n treffen. Mietschulden, Jobverlust, Trennung, häusliche Gewalt gegen Frauen oder Krankheit – die Ursachen sind vielfältig. Die Wege in die Wohnungslosigkeit wären oft durch ein besseres staatliches oder kommunales Auffangnetz vermeidbar. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Wohnungslosigkeit vorzubeugen, soziale Sicherheit zu stärken und Betroffenen schnell und unbürokratisch zu helfen. Unser Ziel ist eine Stadt, in der niemand ohne ein menschenwürdiges Zuhause leben muss. Damit wollen wir das Ziel der EU, die Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden, auch in Dortmund verfolgen.

Wir werden

- den „Housing First“-Ansatz stärken, bei dem Menschen direkt eine Wohnung ohne Vorbedingungen erhalten, der auf GRÜNE Initiative bereits in Dortmund eingeführt wird.
- kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken, insbesondere zum Bau von Sozialwohnungen.
- Wohnraumverlust verhindern, indem wir ein Frühwarnsystem in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen und Energieversorgern bei Miet- und Energieschulden aufbauen und uns für Sozialarbeiter*innen in Wohnungsunternehmen einsetzen, die gezielt Beratungsarbeit leisten können.
- kommunale Beratungsstellen für Menschen mit Mietschulden oder in finanziellen Notlagen ausbauen.
- Kontakte zwischen Wohnungsunternehmen und Sozialamt verstärken, um Wohnraumverluste zu verhindern.

- eine mehrsprachige Informationskampagne zu bestehenden Hilfsangeboten machen
- den Übergang von der Unterbringung im Frauenhaus in eigenen Wohnraum unterstützen.
- ausreichende Kosten der Unterkunft für Bezieher*innen entsprechender Transferleistungen sicherstellen.
- weitere städtische Mittel für die Mietschuldenübernahme zur Verhinderung von Zwangsräumungen bereitstellen.
- zusätzliche Not-Schlafunterkünfte für Menschen zwischen 18 und 21 Jahren anbieten.

Für Würde statt Not

Obdach- und Wohnungslosigkeit sind nicht das Resultat individueller Versäumnisse, sondern das Ergebnis sozialer Ungleichheit, Wohnungsnot und mangelnder sozialer Absicherung. Menschen, die auf der Straße leben oder in prekären Wohnverhältnissen unterkommen müssen, verdienen Respekt, Unterstützung und menschenwürdige Lebensbedingungen. Statt Ausgrenzung und Verdrängung braucht es nachhaltige Lösungen, die Betroffenen echte Perspektiven bieten. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Dortmund eine solidarische Stadt ist, die niemanden im Stich lässt und allen Menschen ein Dach über dem Kopf bietet.

Deshalb werden wir

- keine Verdrängung von obdach- und wohnungslosen Menschen aus dem Stadtbild durch Verbote oder menschenfeindliche Architektur (z. B. Anti-Obdachlosen-Bänke) akzeptieren.
- für Obdach- und Wohnungslose Bußgelder für das Campieren und das Übernachten im öffentlichen Raum sowie für das Übernachten auf Parkbänken (so genanntes Zweckentfremden von Sitzmöbeln) abschaffen.

- 209 • niedrigschwellige Nothilfeprogramme mit Fokus auf medizinischer
210 Versorgung, chronisch und psychologischen Problemen und existenzieller
211 Unterstützung initiieren.
- 212 • kostenlose, öffentliche und rund um die Uhr geöffnete Toiletten
213 einrichten.
- 214 • die aufsuchende Sozialarbeit mit mehr Streetworker*innen stärken,
215 insbesondere auch in den Bezirken.
- 216 • die Notschlafstellen menschenwürdig für alle einrichten und dabei
217 insbesondere die Vergaben an rein profitorientierten Trägerinnen (wie
218 European Homecare) nach Möglichkeit beenden und in städtische oder
219 gemeinnützige Trägerschaft überführen.
- 220 • adäquate Übernachtungsangebote für Jugendliche, junge Erwachsene, Frauen,
221 alternde und pflegebedürftige Personen, drogengebrauchende und
222 psychiatrisch auffällige Personen, die deren besondere Bedarfe abdecken.
- 223 • unabhängige Beschwerdemöglichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften schaffen
- 224 • Notunterkünfte müssen allen unfreiwillig obdachlosen Menschen
225 niedrigschwellig und kostenfrei zur Verfügung stehen.
- 226 • zusätzliche Tagesaufenthalte einrichten.
- 227 • Unterbringungsmöglichkeiten mit Hundeplätzen ausbauen.
- 228 • Barrierefreiheit in Einrichtungen ausbauen.
- 229 • neben etablierten Notschlafstellen auch andere Formate mit

230 Beratungsangeboten anbieten und bei Bedarf etablieren, z. B. Tiny Houses
231 oder niedrigschwellige Unterbringungscontainer.

232 • die städtischen Vorhaltewohnungen insbesondere um kleine Wohneinheiten
233 erweitern.

234 • einen städtisch finanzierten Wärmebus für die Wintermonate ins Leben
235 rufen, der Platz zum Aufwärmen, warmes Essen und Hygienemöglichkeiten
236 anbietet – und der als Kältebus für die Sommermonate Schutz vor Hitze,
237 Trinkwasser und kühlende Aufenthaltsmöglichkeiten bereitstellt.

238 • ein Nothilfeprogramm für extreme Wetterlagen erstellen.

239 • ehrenamtlichen Hilfsangebote finanziell unterstützen.

240 • mehr Anlaufstellen für die Schuldnerberatung, Suchtberatung sowie für die
241 Sozialberatung einrichten und insbesondere die Lücke bei der offenen
242 Sozialberatung schließen.

243 • Ordnungskräfte für einen menschenwürdigen Umgang mit obdach- und
244 wohnungslosen Menschen sensibilisieren.

245 **Für Hilfe, die langfristig trägt**

246 Akute Hilfsangebote sind wichtig, aber sie reichen nicht aus, um Obdach- und
247 wohnungslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Wer einmal auf der Straße landet, hat
248 oft große Schwierigkeiten, wieder in ein stabiles Leben zurückzufinden. Auf
249 GRÜNE Initiative hat die Stadt Dortmund angelehnt an die Ziele der EU und des
250 Bundes dazu das Ziel festgelegt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Wir
251 setzen uns dafür ein, dass obdach- und wohnungslose Menschen langfristige
252 Unterstützung bekommen – mit bezahlbarem Wohnraum, sozialer Begleitung und
253 beruflichen Perspektiven. Unser Ziel ist es, Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht
254 nur zu lindern, sondern strukturell zu verhindern.

255 Wir werden

- 256 • die Erarbeitung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplans zur Überwindung von
257 Obdachlosigkeit vorantreiben.

- 258 • mehr geförderten und bezahlbaren Wohnraum in Dortmund schaffen.

- 259 • die Umsetzung des "Housing First"-Konzepts durch qualifizierte
260 Hilfsangebote begleiten und so einen langfristiges Verhindern der
261 Obdachlosigkeit ermöglichen.

- 262 • mehr Übergangswohnungen mit sozialpädagogischer Betreuung anbieten, um den
263 Übergang in ein eigenständiges Leben zu erleichtern.

- 264 • mehr berufliche Wiedereinstiegsprogramme und Qualifizierungsangebote für
265 wohnungslose Menschen anbieten.

- 266 • geschützte Arbeitsplätze und Beschäftigungsangebote für wohnungslose
267 Menschen schaffen.

- 268 • Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme stärker fördern.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Gleichberechtigung und Engagement

Text

1 Eine gerechte Stadt misst sich daran, wie gut sie für alle funktioniert - nicht
2 nur für die Mehrheit, sondern für jeden einzelnen Menschen. Dortmund steht in
3 der Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Schutz für Menschen in
4 sehr unterschiedlichen Lebenssituationen zu gewährleisten. Das betrifft unter
5 anderem Frauen, die immer noch strukturell benachteiligt sind, ebenso wie
6 Geflüchtete, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Sexarbeiter*innen.

7 Wir wollen, dass Dortmund eine Stadt ist, in der niemand vergessen wird. Dafür
8 setzen wir uns ein – für echte Gleichstellung, für Barrierefreiheit im Alltag,
9 für mehr Schutz vor Gewalt und Ausbeutung und für Unterstützung im Alter oder
10 beim Neustart in einem fremden Land.

11 Die Kommune ist oft der erste Ort, an dem Menschen Hilfe, Gerechtigkeit oder
12 Schutz suchen. Deshalb braucht es konkrete kommunale Maßnahmen, die Strukturen
13 verbessern, Zugang schaffen und Chancen ermöglichen. Wir fördern
14 Unterstützungsangebote für vulnerable Gruppen, setzen uns für faire
15 Arbeitsbedingungen auch in marginalisierten Lebensbereichen ein und stärken das
16 Ehrenamt als Rückgrat einer solidarischen Stadt.

17 Dortmund soll eine Stadt sein, in der Gleichstellung nicht nur ein Versprechen
18 ist, sondern Realität. Eine Stadt, die Altersarmut, Einsamkeit, Wohnungsnot und
19 Diskriminierung nicht hinnimmt, sondern mit kluger, zukunftsorientierter Politik
20 begegnet. Eine Stadt, die zuhört, mitgestalten lässt und niemanden zurücklässt.
21 Eine Stadt, die allen gehört.

Für die Gleichstellung von Frauen

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein tragender Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Ob auf dem Arbeitsmarkt, in der medizinischen Versorgung oder in der Aufteilung von Sorgearbeit: Trotz einiger Fortschritte erleben Frauen weiterhin strukturelle Benachteiligungen in nahezu allen Lebensbereichen. Zudem erlebt mindestens ein Drittel aller in Deutschland lebenden Frauen körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt. Dass fast täglich ein Femizid gemeldet wird, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Wir wollen, dass alle Menschen in Dortmund unabhängig von Geschlecht frei, sicher und gleichberechtigt leben können. Auf GRÜNE Initiative konnte in Dortmund eine Koordinierungsstelle zur kommunalen Umsetzung der Istanbul-Konvention eingerichtet werden, die den Schutz von Frauen vor Gewalt in Dortmund verbessern soll.

Wir werden

- den kommunalen Masterplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zügig umsetzen, um Frauen effektiv vor Gewalt zu schützen.
- Plätze im Dortmunder Frauenhaus bedarfsgerecht ausbauen, damit alle Frauen bestmöglich geschützt werden können und die Arbeit des Dortmunder Frauenhauses durch erweiterte Finanzierung unterstützen.
- Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder im Frauenhaus verbessern und nachhaltige Jugendhilfeprogramme nach dem Aufenthalt anbieten.
- den Übergang von der Unterbringung im Frauenhaus in eigenen Wohnraum unterstützen
- zur Gewaltprävention und zur Aufklärung die Bildungsarbeit in Schulen und anderen Bildungsstätten stark ausweiten.
- die Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt intensivieren, insbesondere mit dem Projekt „Echte Männer reden“.

- 49 • den bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Gewaltopfer
50 umsetzen.

- 51 • anzeigenunabhängige und anonyme Spurensicherung für Personen, die von
52 sexueller Gewalt betroffen waren, nach sexuellem Missbrauch in allen
53 Kliniken Dortmunds ermöglichen.

- 54 • mehrsprachige Beratungsangebote und psychosoziale Begleitung ausbauen.

- 55 • analog zum „Haus des Jugendrechts“ das „Haus des Frauenrechts“ einrichten,
56 worin die Frauenberatungsstelle, das Kommissariat für Kriminalprävention
57 und Opferschutz der Polizei Dortmund sowie die für häusliche Gewalt
58 zuständige Staatsanwaltschaft vertreten sind.

- 59 • langfristige Wohnraumlösung für wohnungslose Frauen schaffen.

- 60 • städtische Aktionsformate zum „Equal Pay Day“ unterstützen, um die
61 Forderung nach einem Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene zur
62 Bekämpfung der Lohnungleichheit zu verstärken.

- 63 • die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen durch Mentoring,
64 Vernetzung und gezielte Programme, insbesondere in der städtischen
65 Verwaltung und Tochterunternehmen, fördern.

- 66 • spezifische Programme und eine verpflichtende Frauenquote von 50 % in
67 Geschäftsführungen und Aufsichtsräten von städtischen Unternehmen
68 einführen.

- 69 • einen Gleichstellungsausschuss mit eigenem Etat einrichten, in dem auch
70 zivilgesellschaftliche Institutionen (zum Beispiel die Dortmunder
71 Frauenverbände) beratend vertreten sein sollen.

Für Selbstbestimmung im Alter

In Dortmund leben ca. 120.000 Menschen über 65 Jahre. Sie sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Ihre Lebenserfahrung, ihr Wissen und ihr Engagement bereichern unser Zusammenleben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Würde altern können und bis ins hohe Alter selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir möchten Sorge dafür tragen, dass ältere Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben können und Teil der aktiven Gesellschaft sein können.

Wir werden

- die Seniorenbüros und das Projekt "Begegnung VorOrt" erhalten und kultursensibel betreiben.
- Angebote für Begleitung bei Behördengängen schaffen.
- die städtischen Seniorenheime und die Förderung interkultureller Konzepte stärken und ausbauen.
- generationenübergreifende Wohnprojekte mit integrierten Pflegediensten in Dortmund unterstützen und ausbauen.
- mehr kostenlose, öffentliche und rund um die Uhr geöffnete Toiletten einrichten.
- mehr Vollzeitstellen kommunal finanzieren, die sich insbesondere mit den Belangen älterer, migrantischer Menschen beschäftigen.
- den Senior*innenbeirat stärken und seine Mitwirkungsmöglichkeiten ausbauen.
- Senior*innenbegegnungsstätten als intergenerative Stadtteil- und niedrigschwellige Begegnungszentren neu denken.

- 96 • Selbsthilfeeinrichtungen von Senior*innen unterstützen.
- 97 • die gesundheitliche Versorgung auf eine alternde Bevölkerung einstellen.
- 98 • die Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Wohnumfeld, im
99 öffentlichen Raum und bei Behörden sowie geförderten Gebäuden ausbauen.
- 100 • einen Begleitservice für die Nutzung von Bussen und Bahnen einrichten.
- 101 • Community Health Nurses einführen, um das Wohlbefinden und die
102 gesundheitliche Versorgung von Menschen im Alter in ihrem Umfeld zu
103 verbessern.
- 104 • kostenlose oder vergünstigte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für
105 Senior*innen mit geringer Rente schaffen.
- 106 • Senior*innen bei der Beantragung von Wohngeld und Grundsicherung stärker
107 unterstützen.
- 108 • Teilhabeprojekte fördern, um Einsamkeit im Alter zu bekämpfen (z.B.
109 Projekt 'Nachbarbude' in der Nordstadt).
- 110 • Programme schaffen, die Senior*innen dazu befähigen, am digitalen Leben
111 teilzuhaben und digitale Angebote vollumfänglich nutzen zu können.
- 112 • das Modellprojekt "Gesundheitskiosk" auch über 2026 hinaus verstetigen.
- 113 • Angebote stärken, die den Zugang zu ehrenamtlichem Engagement für ältere
114 Menschen erleichtern.

Für gelebte Inklusion

In einer gerechten Gesellschaft hat jeder Mensch das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe – unabhängig von körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, Herkunft, Alter oder sozialer Situation. Inklusion ist für uns kein abstraktes Konzept, sondern eine konkrete Vision: Wir wollen eine Gemeinschaft, in der Vielfalt als Bereicherung erlebt wird und Barrieren konsequent abgebaut werden. Dafür setzen wir uns mit Nachdruck ein.

Wir werden

- das Behindertenpolitische Netzwerk nach außen und innerhalb der Verwaltung und der Gremienarbeit stärken.
- eigene Mittel für Projekte des Behindertenpolitischen Netzwerk zur Verfügung stellen
- den Inklusionsbeirat fördern.
- einen inklusiven ersten Arbeitsmarkt fördern, der Perspektiven für Menschen in Behindertenwerkstätten und im sozialen Arbeitsmarkt schafft.
- Integrationsbetriebe oder Integrationsabteilungen auch innerhalb der Verwaltung prüfen.
- Jugendhilfe grundsätzlich inklusiv gestalten und dafür ein Investitionsprogramm.
- ÖPNV so gestalten, dass alle teilhaben können, z. B. durch die Einführung eines Begleitservice.
- das Angebot des Behindertenfahrdienstes sicherstellen und bei Bedarf nachbessern

- 138 • Inklusion für politisches Engagement verwirklichen.
- 139 • städtische Infrastruktur inklusiv gestalten.
- 140 • städtische Veranstaltungen (z. B. durch Gebärdendolmetscher*innen und
141 barrierefreie Technik) inklusiver gestalten.
- 142 • Wegebeschriftungen für Sehbeeinträchtigte in Braille-Schrift z. B. in
143 Geländern flächendeckend anbringen.
- 144 • den Zugang zu Hilfesystemen für Familien mit Migrationshintergrund und
145 Behinderung stärken und verbessern.
- 146 • mehr qualifiziertes Fachpersonal für Inklusion in Bildungseinrichtungen
147 einsetzen.
- 148 • kostenlose oder vergünstigte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für
149 Menschen mit Behinderung schaffen.

150 **Für einen guten Umgang mit Sexarbeit und Prostitution**

151 Sexarbeit und Prostitution sind gesellschaftliche Realitäten, die differenzierte
152 politische Antworten erfordert. Wir setzen uns für einen Ansatz ein, der die
153 Rechte von Prostituierten und die Selbstbestimmung von Sexarbeiter*innen in den
154 Mittelpunkt stellt, gleichzeitig aber entschieden gegen Menschenhandel und
155 Zwangsprostitution vorgeht. Unser Ziel ist eine Politik, die Betroffene schützt,
156 statt sie zu stigmatisieren.

157 Wir werden

- 158 • Anonymität von Sexarbeiter*innen schützen, eine kostenlose gesundheitliche
159 Beratung und angemessene personelle Ausstattung im Gesundheitsamt
160 sicherstellen.

- 161 • eine Diamorphin-Ambulanz auch zur Unterstützung drogenabhängiger Frauen
162 einrichten.

- 163 • die Förderung des Ausstiegs aus der Prostitution stärken.

- 164 • Beratungsstellen und Hilfsangeboten für minderjährige Prostituierte sowie
165 Förderung von Präventions- und Onlineberatungsprogrammen finanziell
166 sicherstellen.

- 167 • die Finanzierung der Fachberatungsstellen sicherstellen und ausbauen, um
168 umfassende Ausstiegshilfen und Streetwork dauerhaft zu gewährleisten.

- 169 • Beratungs- und Hilfsangeboten für alle Opfer von Menschenhandel
170 sicherstellen, unabhängig vom Ort ihrer Ausbeutung.

- 171 • den Runden Tische sowie das Dortmunder Modell zur Unterstützung aller
172 Beteiligten und gegen den Verbleib junger Menschen in der Prostitution
173 weiterführen und ausbauen.

- 174 • Präventions- und Unterstützungsangebote für männliche Sexarbeiter und
175 Prostituierte weiterführen.

- 176 • Sexarbeiter*innen in politische Entscheidungen, die sie betreffen, stärker
177 einbinden.

- 178 • die Ordnungsbehörden für einen nicht-diskriminierenden Umgang mit
179 Sexarbeiter*innen und Prostituierten sensibilisieren.

- 180 • kostenlose und anonyme medizinische Angebote, z. B. für HIV-Tests,
181 gynäkologische Untersuchungen und psychologische Betreuung ausbauen.

- eine mehrsprachige Aufklärungskampagne für Betroffene initiieren, um über Rechte und Hilfsangebote zu informieren.

Für erfolgreiche Migration und Integration

In einer Welt voller Krisen und Konflikte sind Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Wir stehen für eine Geflüchtetenpolitik, die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und Integration als Chance begreift. Dabei leitet uns die Überzeugung, dass jeder Mensch Schutz und ein Leben in Sicherheit und Würde verdient – unabhängig von Herkunft oder Fluchtgrund.

Wir werden

- die sogenannte „Bezahlkarte für Geflüchtete“ auch weiterhin kategorisch ablehnen und uns dafür einsetzen, die Bezahlkarte perspektivisch auch in Unterkünften des Landes NRW in Dortmund nicht mehr zu nutzen.
- die Arbeit des seit Januar 2025 gegründeten Amts für Migration verbessern, indem wir die bisherige Arbeit unter Beteiligung von Verbänden evaluieren und weiterentwickeln.
- den Service im Amt für Migration respektvoller und bedarfsorientierter gestalten, die Wartezeiten auf Termine und die Bearbeitungszeiten deutlich verkürzen und es zu einem Willkommenscenter mit Schwerpunkt auf Förderung und Integration umbauen.
- die Digitalisierung im Amt für Migration werden wir stärken, dies hat mit der Umstellung auf E-Akten bereits begonnen.
- das Dienstleistungszentrum Migration & Integration (MigraDo) unterstützen und näher an das Amt für Migration anbinden.
- Bürokratie für Geflüchtete verringern und damit ehrenamtliche Vereine entlasten, deren Arbeit zum Großteil aus Hilfe im Umgang mit den Ämtern besteht.

- 208 • die kommunalen Unterbringungsbedingungen verbessern, z. B. durch kleinere,
209 dezentrale Unterkünfte.
- 210 • ausreichend Sprach- und Integrationskurse anbieten, auch mit flexiblen
211 Angeboten für Menschen mit Betreuungspflichten oder unflexiblen
212 Arbeitszeiten.
- 213 • die politische Bildung für Zugewanderte mit gezielten
214 Informationsangeboten zu Rechten, Wahlen und Beteiligung stärken.
- 215 • Hürden für schnelle Arbeitsmarktintegration abbauen.
- 216 • Ausbildungs- und Praktikumsplätzen für Geflüchtete durch Kooperation mit
217 Dortmunder Unternehmen fördern.
- 218 • die medizinische Versorgung verbessern, insbesondere für Menschen ohne
219 gesicherten Aufenthaltsstatus.
- 220 • psychosoziale Hilfsangeboten für traumatisierte Geflüchtete ausbauen.
- 221 • Vereine in der Geflüchtetenhilfe unterstützen, um die vorhandenen
222 professionellen Strukturen zu erhalten und zu stärken, da die Finanzierung
223 durch Landes- und Bundesförderung zunehmend schwindet, und den Dialog mit
224 dem Amt für Migration weiter zu verbessern.
- 225 • als Stadt die Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff übernehmen und
226 gezielt mehr Geflüchtete aufnehmen, die aus Seenot gerettet wurden.
- 227 • den Status als "Sicherer Hafen" erhalten.
- 228 • Flüchtlinge bei der Integration in legale Strukturen unterstützen und

- 229 Schutz vor ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnissen bieten.
- 230 • die rechtliche und soziale Situation von Menschen ohne Papiere verbessern
231 und Perspektiven schaffen.
- 232 • mehr interkulturelle Begegnungsformate und Nachbarschaftsprojekte fördern,
233 um den Austausch zwischen Geflüchteten und Dortmunder*innen zu stärken.
- 234 • Bleiberechte durch gezielte Programme und das von uns initiierte Gremium
235 "Bleiberechte fördern" stärken sowie durch die Ermessensentscheidungen
236 über Bleiberechte zugunsten von Geflüchteten fördern, insbesondere für
237 Familien und junge Geflüchtete in Ausbildung.
- 238 • die Aufnahme von geflüchteten Kriegsdienstverweigerer*innen unterstützen.
- 239 • Geflüchtete bei der Wohnungssuche und Integration unterstützen.
- 240 • die Umsetzung des „Masterplans Integration“ vorantreiben.

241 **Für das Ehrenamt als Herz der Stadt**

242 In Dortmund engagieren sich tausende Menschen freiwillig in Vereinen und
243 Initiativen, um anderen zu helfen und unsere Stadt lebenswerter zu machen.
244 Dieses Engagement verdient nicht nur unsere Anerkennung, sondern auch unsere
245 aktive Unterstützung. Hierfür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Zu oft
246 scheitern wertvolle Initiativen an bürokratischen Hürden oder fehlenden
247 Ressourcen. Die Stadt muss als Ermöglicherin und nicht als Bremserin auftreten
248 und den Tatendrang der Dortmunder*innen aufnehmen und fördern.

249 Wir wollen Dortmund zur Engagement-Stadt Nummer 1 im Ruhrgebiet machen! Dafür
250 werden wir

- 251 • zivilgesellschaftliches Engagement stärken.

- 252 • den Ehrenamtsfonds weiter aufstocken.
- 253 • ehrenamtliche Strukturen und Vereine finanziell und strukturell
254 unterstützen.
- 255 • besser über Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement informieren und
256 aktiv in allen Altersgruppen dafür werben.
- 257 • die Vermittlung und das Matching von Ehrenämtern und Ehrenamtler*innen
258 stärken und die vorhandene FreiwilligenAgentur stärken und bewerben.
- 259 • Projekte wie "WeQ - Geflüchtete im Ehrenamt" stärken.
- 260 • die Nutzung von öffentlichen Räumlichkeiten - wie z. B. Schulen - durch
261 Vereine und Initiativen ermöglichen.
- 262 • Angebote an Flächen für den Bedarf von Vereinen schaffen, auch
263 Logistikflächen.
- 264 • die Dortmunder Angebote für die Ehrenamtskarte NRW mit attraktiven.
265 Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen und teilnehmenden
266 Unternehmen ausbauen und die Karte bekannter machen.
- 267 • mehr kostenlose Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche anbieten.
- 268 • ein Mentoring-Programm aufbauen, das erfahrene Ehrenamtliche mit
269 Neueinsteiger*innen zusammenbringt.
- 270 • Schulprojekte zum sozialen Ehrenamt fördern, um Jugendliche frühzeitig für
271 freiwilliges Engagement zu begeistern.

- 272
- 273
- Förderanträge durch digitale Lösungen und Unterstützungsangebote vereinfachen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Gesundheit

Text

1 Gesundheit ist die Grundlage für ein gutes Leben. In der Notaufnahme, bei der
2 Hausärztin, im öffentlichen Raum und in der Gesundheitsvorsorge - in Dortmund
3 erleben viele Menschen täglich, ob die Versorgung funktioniert. Medizinische
4 Angebote, die für alle erreichbar und bezahlbar sind, dürfen kein Privileg sein.
5 Sie müssen allen offenstehen, unabhängig von Wohnort, Einkommen, Herkunft, Alter
6 oder Geschlecht.

7 Wir setzen uns für eine Gesundheitspolitik ein, die auch die Lebensverhältnisse
8 der Menschen stärkt. Eine gesunde Stadt braucht erreichbare Praxen, faire
9 Arbeitsbedingungen, sichere Geburtsstationen, Angebote zur Krankheitsvorsorge
10 für alle Altersgruppen und Geschlechter und ein starkes kommunales Krankenhaus.
11 Sie schützt vor Einsamkeit, schafft grüne und bewegungsfreundliche Orte,
12 ermöglicht gesunde Ernährung, beseitigt Barrieren und bekämpft soziale
13 Unterschiede in der Versorgung.

14 Dortmund muss seiner Verantwortung nachkommen, eine stabile
15 Krankenhausstruktur und eine gute ärztliche Versorgung in jedem Viertel zu
16 gewährleisten. Insbesondere muss durch mehr Angebote auch die psychische
17 Gesundheit gestärkt werden.

18 Unser Ziel ist ein Dortmund, in dem alle gesund leben, aufwachsen und alt werden
19 können. Wir wollen Maßnahmen umsetzen, die den Alltag verbessern, Strukturen
20 gerechter machen und Gesundheit als gemeinsame Aufgabe verstehen.

21 **Für eine Krankenhauslandschaft, die allen hilft**

Krankenhäuser stellen einen wesentlichen Beitrag für die Gesundheitsversorgung der Dortmunder*innen dar. Wir setzen uns für den Erhalt aller Krankenhäuser in Dortmund mit ihren einzelnen Schwerpunkten im Sinne der Krankenhausplanung ein. Das Klinikum Dortmund ist als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung ein besonderer Garant für die Gesundheit in unserer Stadt. Das Klinikum erbringt für alle Dortmunder*innen und weit über die Stadtgrenze hinaus medizinische Spitzenleistung. Hier zählt, was für die Gesundheit der Menschen am Besten ist, und nicht, was am meisten Geld einbringt. Darauf sind wir stolz.

Wir werden

- garantieren, dass das Klinikum Dortmund in kommunaler Hand bleibt.
- den Druck auf Land und Bund erhöhen, ihrer Verantwortung in der Finanzierung des Klinikum Dortmunds nachzukommen.
- den Neubau der Kinderklinik unterstützen.
- die Stadt Dortmund als Gesellschafter des Klinikums aber auch weiter in der Pflicht sehen, in letzter Instanz im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanziell auszuweichen, was insbesondere auch die Übernahme von Verlusten betrifft.
- Übersetzungsmöglichkeiten in den Krankenhäusern institutionalisieren, anstatt bei Sprachbarrieren auf die Anwesenheit einer Pflegekraft mit der gesuchten Sprachkenntnis zu hoffen.
- das Klinikum Dortmund dabei unterstützen, Universitätsklinikum zu werden, um in Dortmund exzellente Medizin und hochqualifizierte Fachkräfte zu sichern.

Für gute Versorgung für alle

In unserer Stadt gibt es große Unterschiede darin, wie gut Menschen medizinisch versorgt werden. In manchen Stadtteilen gibt es viele Arztpraxen und

Krankenhäuser, in anderen fehlen wichtige Angebote.

Deshalb werden wir

- mehr Kassensitze für Kinderärzt*innen fordern und deren Ansiedlung aktiv fördern, insbesondere in Stadtteilen mit hohem Bedarf wie der Nordstadt.
- neue Wege gehen, um eine breite und gute medizinische Versorgung im gesamten Stadtgebiet aufrecht zu erhalten, zum Beispiel mit Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in kommunaler Hand, welche das Ziel verfolgen, Praxisnachfolgen zu unterstützen und Praxen bedarfsgerecht in allen Stadtteilen anzusiedeln.
- weitere Gesundheitskioske als eine sinnvolle Ergänzung des Gesundheitswesens schaffen, die einfach erreichbar sind, mehrsprachige Angebote bieten und als erste Anlaufstelle für Fragen rund um die Gesundheit dienen.
- die Clearingstelle Gesundheit unterstützen, die insbesondere EU-Zugewanderten hilft, sich im Gesundheitswesen zurechtzufinden und damit diejenigen unterstützt, die wegen Versicherungslücken nicht ausreichend versorgt werden.
- einen anonymen Krankenschein nach dem Kölner Modell in Dortmund etablieren, um Menschen ohne Krankenversicherung einen Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen.
- Gesundheitskompetenz von Eltern stärken, insbesondere in Hinblick auf Kinderkrankheiten.
- eine Sprechstunde der Krebsberatung auch in Dortmund stärker unterstützen.
- nach dem Vorbild des Ethno-Medizinischen Zentrums in Hannover ein Gesundheitsprogramm von Migrant*innen für Migrant*innen initiieren.

- die Erreichbarkeit von Arztpraxen und medizinischen Dienstleistungen auch für Menschen mit Behinderung sowie Menschen ohne Zugang zu PKW mit Bus und Bahn sicherstellen.

Für eine gesunde Stadt für alle Geschlechter

Die spezifischen Bedarfe von Frauen und Mädchen werden im Gesundheitssystem immer noch vernachlässigt. So sind zum Beispiel die Angebote für Schwangerschaftsabbrüche in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Wir wollen die Bedarfe aller Geschlechter im Gesundheitssystem berücksichtigen, insbesondere derer, die zurzeit noch vernachlässigt werden.

Daher werden wir

- uns dafür einsetzen, dass Schwangere sichere Möglichkeiten in Dortmund haben, Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu lassen und dafür zusätzlich auch das Klinikum Dortmund in die Verantwortung nehmen.
- wir die Möglichkeit der kostenfreien, anonymen und anzeigenunabhängigen Spurensicherung im Klinikum unterstützen, welche die Möglichkeit bietet, nach sexualisierter Gewalt wie einer Vergewaltigung Beweise zu sichern, ohne direkt Anzeige zu erstatten.
- das Modellprojekt zur kostenfreien Ausgabe von Menstruationsprodukten in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen erweitern und diese Angebote verstetigen.
- die Schaffung eines FrauenGesundheitsZentrums nach dem Vorbild von Heidelberg prüfen, bei welchem ein Verein mit kommunalen Mitteln eine niederschwellige Anlauf- und Beratungsstelle für Mädchen, Frauen und deren Angehörige zu frauenspezifischen Gesundheitsthemen und psychischen, beziehungsweise psychosozialen Themen bietet.

Für psychische Gesundheit und den Kampf gegen Einsamkeit

Wir stehen für eine gesunde Stadt. Dazu gehört der Einbezug psychischer

Gesundheit ergänzend zu physischer Gesundheit. Alle Bürger:innen sollten Zugang zu der Beratung und Behandlung haben, die sie benötigen. Die Versorgung für psychische Gesundheit ist an vielen Stellen nicht gut genug, weshalb das Angebot für psychosoziale Beratung und Krisenintervention auch von städtischer Seite ausgebaut werden muss. Wir brauchen mehr Orte, an denen sich Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörige über ihre Erfahrungen austauschen können. Wir brauchen Maßnahmen zur Entstigmatisierung und mehr Angebote zur mentalen Gesundheitsversorgung. Auch Einsamkeit kann jede*n betreffen und hat weitreichende gesundheitliche Folgen, auch durch Wechselwirkungen mit physischen Erkrankungen. Wir wollen den wichtigen Kampf gegen Einsamkeit in Dortmund stärken und die kommunalen Möglichkeiten nutzen.

Wir werden

- mit dem Ausbau eines psychologischen Notdienstes für eine schnelle Erstversorgung in persönlichen Krisensituationen sorgen, der über die Notrufnummer 112 erreichbar ist und mit interdisziplinären Teams ausgestattet wird.
- einen niederschwelligen, städtischen Informationsservice über alle Beratungs- und Hilfsangebote schaffen, zum Beispiel durch einen Online-Chat.
- niederschwellige Angebote wie das Trauerzentrum MÖWE oder [U25] zur Suizidprävention bei jungen Erwachsenen stärken.
- das Krisenzentrum Dortmund stärken, akute Erstberatungen ermöglichen und dezentrale Angebote prüfen.
- uns für mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen einsetzen.
- „Regionale Fachkräfte für Psychiatrische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (ReFaPs)“ etablieren, bei denen Tandems aus Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen aufklärend in Schulen aktiv sind und so ein präventives Beratungsangebot schaffen.

- 128 • die Arbeit der städtischen Koordinierungsstelle Einsamkeit fördern und
129 ihre Vorschläge gegen Einsamkeit in die Umsetzung bringen.
- 130 • wichtige Angebote gegen Einsamkeit für alle Altersklassen anbieten, die in
131 die soziale Infrastruktur der Stadt eingebunden werden.
- 132 • Suchtprävention im Glücksspiel verbessern.

133 **Für ein gesundes Leben in Dortmund**

134 Auch in der Stadtplanung ist der Gesundheitsaspekt von zentraler Rolle, da der
135 Aufenthalt in der Stadt einerseits keine gesundheitlichen Schäden anrichten soll
136 und gleichzeitig Angebote zur Bewältigung von Hitze bieten muss.

137 Daher werden wir

- 138 • Trinkbrunnen an vielen Standorten aufstellen, damit alle Menschen in
139 Dortmund kostenfrei Zugang zu sauberem Wasser bekommen, insbesondere an
140 heißen Tagen.
- 141 • uns für den Ausbau öffentlicher Toiletten einsetzen, die kostenlos,
142 barrierefrei, sauber und für Menschen aller Geschlechter sicher sind.
- 143 • die Verschattung von Plätzen in der gesamten Stadt fördern.
- 144 • im Sommer einen Zugang zu kühlen Räumen schaffen, um der Hitze entfliehen
145 zu können.
- 146 • mehr Bewegung im Alltag durch bessere Fuß- und Radwege ermöglichen.
- 147 • mit der Förderung von alternativer Mobilität für eine bessere Luftqualität
148 sorgen und Lärmschutz auf allen Ebenen umsetzen.

- gesunde und lebenswerte Quartiere als Ziel einer Stadtplanung umsetzen, die gute Lebensgrundlagen für alle bietet.

Für gesunde Ernährung

Gutes Essen ist ein wichtiger Baustein für ein gesundes Leben. Doch viele Dortmunder*innen müssen beim Essen eher auf den Geldbeutel anstatt auf die Qualität achten.

Um das zu ändern, werden wir

- Projekte wie das „Frühstück für alle“ fördern, welches Kindern ein gesundes Frühstück ermöglicht.
- regionale Ernährungsnetzwerke wie den „Ernährungsrat Dortmund und Region“ fördern und eine engere Kooperation mit der Verwaltung anstreben.
- uns dafür einsetzen, dass die erfolgreiche und weltweit einzigartige DONALD-Studie auch weiter in Dortmund angesiedelt wird, um zu dem Wissen über die Zusammenhänge von Ernährung, Gesundheit, Wachstum und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beizutragen.
- vegetarische und vegane Ernährung in Schulen, Kitas und weiteren städtischen Einrichtungen durch ein erhöhtes Angebot stärken.

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis

Wir befürworten die Legalisierung von Cannabis und einen verantwortungsvollen Konsum analog zu den Regeln für Zigaretten und Alkohol. Auf unseren Antrag hin wurde die Fachstelle zur Cannabis-Prävention geschaffen. Wir sehen Konsumverbote im direkten Umfeld von Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Schüler*innen als wichtig an.

Wir werden

- 173 • uns weiterhin gegen generelle Konsumverbote im öffentlichen Raum
174 positionieren.

- 175 • die Fachstelle Cannabisprävention im Gesundheitsamt auch als
176 Ansprechpartnerin für die Cannabis-Vereine weiterentwickeln.

- 177 • die Einführung eines Runden Tisches Cannabis-Vereine durch die Stadt
178 anstreben.

- 179 • die Ansiedlungen von Cannabis-Anbauvereinigungen durch eine durchdachte
180 Standortplanung unterstützen, um einerseits auf ausreichenden Abstand zu
181 Schulen und Jugendeinrichtungen zu achten und andererseits einen
182 kontrollierten, qualitätsgesicherten Zugang zu Cannabis zu unterstützen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Kinder und Familien

Text

1 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind die Zukunft unserer Stadt. Ihre
2 Bedürfnisse und ihr Wohlergehen bilden einen Schwerpunkt unserer Politik.
3 Dortmund soll zu einer Stadt werden, in der alle jungen Menschen selbstbestimmt,
4 armutsfrei, chancengerecht, glücklich und sorgenfrei aufwachsen, sich frei
5 entfalten und ihre Potenziale voll ausschöpfen können, sowie gute
6 Beteiligungsmöglichkeiten an der Entwicklung unserer Stadt nutzen können.

Für ausreichend Betreuungsangebote

8 Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für die Zukunft unserer Kinder und
9 der Gesellschaft. Deshalb wollen wir das Kita-Angebot in Dortmund deutlich
10 ausbauen und verbessern. Denn Kitas sind weit mehr als reine Betreuungsorte –
11 sie sind die ersten Bildungseinrichtungen im Leben eines Kindes und damit von
12 zentraler Bedeutung für Chancengerechtigkeit. Hier werden wichtige Grundlagen
13 für soziales Verhalten, Sprache und kognitive Fähigkeiten gelegt. Kitas sind
14 Orte der Bildung, Begegnung und Förderung, um Kindern gute Startchancen zu
15 bieten.

16 Wir stehen für einen Zugang zu verlässlicher, hochwertiger und wohnortnaher
17 Kinderbetreuung für alle Familien in Dortmund. Seit 2020 wurden 18 neue
18 Kindertageseinrichtungen eingerichtet und dabei die Zahl der Betreuungsplätze um
19 ca.1.800 ausgebaut. Das reicht aber noch nicht aus. Unser Ziel ist ein Kitaplatz
20 für jedes Kind, das einen Platz haben will. Bis dahin bleibt auch die
21 Kindertagespflege eine wichtige und notwendige Betreuungsform.

22 Deshalb werden wir

- 23 • die Zahl der Betreuungsplätze für unter und über dreijährige Kinder weiter
24 ausbauen, insbesondere in den unterversorgten Stadtbezirken.
- 25 • die Qualität der Betreuungsplätze weiter verbessern.
- 26 • den Bau von Kitas insbesondere neben Schulen innerhalb der Verwaltung und
27 bei der Bauplanung und -realisierung priorisieren.
- 28 • die Bedingungen in der Kindertagespflege weiter verbessern und
29 Kinderpfleger*innen dabei unterstützen, sich berufsbegleitend zu
30 Erzieher*innen weiterbilden zu lassen.
- 31 • Kinderstuben als niedrigschwelliges Angebot für Eltern und Kinder mit
32 besonderen Zugangsschwierigkeiten in das Erziehungs-, Bildungs- und
33 Betreuungssystem ausbauen.
- 34 • intelligente Lösungen zur Deckung des Betreuungsbedarfs weiterentwickeln,
35 ohne die Fachkräfte in den Einrichtungen zusätzlich zu belasten (zum
36 Beispiel durch den Ausbau von Randzeitenbetreuung mithilfe des Projektes
37 "Eulen und Lerchen").
- 38 • die Entwicklung kreativer Ansätze zur Bewältigung des Fachkräftemangels
39 finden.
- 40 • zur Förderung von Chancengleichheit Familienzentren stärker an die
41 Quartiere anbinden und Angebote und Leistungen wie beispielsweise der
42 Gesundheitsvorsorge vor Ort anbieten.
- 43 • die Ganztagsbetreuung an Schulen ausbauen und die Vernetzung mit Vereinen
44 und Initiativen aus Sport, Kultur und außerschulischer Bildung stärken.
- 45 • Brückenangebote mit dem Fokus auf Sprachbildung und Bewegung schaffen, um
46 den Einstieg in das Bildungssystem zu erleichtern.

Für gute Kitas

Wir wollen, dass jedes Kind in Dortmund Zugang zu hochwertiger Betreuung hat, besonderen Wert legen wir auf einen diskriminierungsfreien Zugang, unabhängig von Wohnort, Einkommen oder Religion, zu allen Kindertagesstätten. Dabei setzen wir auf flexible Konzepte, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien gerecht werden.

Um die vielfältigen Betreuungsangebote zu verbessern, werden wir

- uns beim Land für einen besseren Betreuungsschlüssel im U3- und Ü3-Bereich einsetzen.
- durch die Kommune geförderte Fortbildungsangebote zu neuen Entwicklungen für pädagogische Fachkräfte weiter ausbauen.
- inklusive Betreuungskonzepte schaffen, damit alle Kinder gemeinsam lernen und spielen können.
- Familienzentren fördern.
- Schwerpunktlegungen fördern, damit Kitas über das breite Bildungsangebot hinaus ein spezifisches Profil bilden können, was Eltern Wahlmöglichkeiten bietet und standortspezifische Bedarfe aufgreifen kann (z. B. Wald-, Sprach, oder Bewegungskitas).
- die bessere Ausstattung von Kitas, um den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg zu minimieren.
- durch verlässliche Betreuungszeiten die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, sozialem und politischem Engagement für alle Eltern unterstützen.
- mehr Kooperationen zwischen Kitas und Sportvereinen schaffen.

- das Anmeldeverfahren an Kitas leichter zugänglich machen
- einen Kita-genauen-Sozialindex einführen.
- ein gesundes und regionales Ernährungsangebot in Kitas sicherstellen (bevorzugt in Bio-Qualität und im Einklang mit verschiedenen Ernährungsweisen, Unverträglichkeiten und Allergien).
- die Integration der Grundsätze von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) in die pädagogische Arbeit von Kitas unterstützen.
- noch mehr Küchen in Kitas zur Förderung gesunder Ernährung und Einbindung der Kinder in die Zubereitung einrichten.

Für ausreichend Betreuungspersonal

Es ist entscheidend, dass für jedes Kind ein wohnortnaher Kitaplatz zur Verfügung steht und keine Kita wegen Personalmangels kurzfristig schließen muss. Wir wollen eine Fachkräfteoffensive starten.

Konkret werden wir

- die Attraktivität des Ausbildungsstandortes Dortmund fördern, z. B. durch Weiterentwicklung des Azubiwohnheims.
- den städtischen Träger “FABIDO” bei der Weiterentwicklung als attraktiven Arbeitgeber unterstützen.
- durch gezielte Werbung den Anteil männlicher Erzieher erhöhen.
- praxisintegrierte Ausbildung ausbauen.
- Teilhabe und frühzeitige Unterstützung bei familiären und sozialen

91 Herausforderungen durch Sozialarbeit in Kitas fördern und dafür feste
92 Stellen in benachteiligten Stadtteilen einrichten.

93 **Für starke Familien**

94 Familien tragen tagtäglich Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag für
95 unsere Gesellschaft, deshalb verdienen sie die bestmöglichen Rahmenbedingungen.
96 Familie ist da, wo Verantwortung füreinander übernommen wird. Familien sind so
97 vielfältig wie unsere Gesellschaft selbst. Wir wollen alle Familienforme,
98 Alleinerziehende mit Kindern, Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche oder
99 trans* Eltern, Fürsorgegemeinschaften oder auch die Kernfamilie unterstützen und
100 wertschätzen.

101 Konkret werden wir

- 102 • eine familienfreundliche Stadt mit bezahlbarem Wohnraum und
103 kinderfreundlichen, sicheren Verkehrsbereichen fördern.
- 104 • uns weiterhin dafür einsetzen, dass Haushalte mit geringen und mittleren
105 Einkommen von den Elternbeiträgen befreit sind und kämpfen weiterhin auf
106 Landesebene für den Wegfall aller Elternbeiträge .
- 107 • Eltern durch Ganztagsangebote in Schulen und Kitas entlasten.
- 108 • den Zugang zu Unterstützungsangeboten wie Bildungs- und Teilhabeleistungen
109 durch Bürokratieabbau erleichtern.
- 110 • gezielte Unterstützungssysteme für Familien schaffen, besonders in
111 schwierigen Lebenslagen.
- 112 • Kinderarmut durch umfassende Maßnahmen bekämpfen, um Kindern die Teilhabe
113 an Gesellschaft, Bildung und ihrer freien Entwicklung zu ermöglichen.
- 114 • Bildungsungerechtigkeit durch gezielte Ressourcenverteilung bekämpfen,

115 insbesondere in Kitas und Schulen mit höherem Bedarf.

116 • Alleinerziehende besser unterstützen, z.B. durch spezielle
117 Beratungsangebote, Randzeitenbetreuung oder Paten.

118 • ein koordiniertes Übergangsmanagement zwischen Kitas und Schule
119 einrichten.

120 **Für eine kinderfreundliche Stadt**

121 Eine kinderfreundliche Stadt ist ein Ort, an dem sich Kinder frei entfalten,
122 sicher bewegen und ihre Umgebung aktiv entdecken können. Unsere Kinder brauchen
123 Platz zum Toben, Spielen und Entdecken. Doch in vielen Stadtteilen fehlen
124 attraktive Spielflächen und sichere Wege. Wir wollen das ändern und setzen uns
125 für mehr kindgerechte Freiräume ein.

126 Konkret werden wir

127 • Ratsbeschlüsse auf Kinderfreundlichkeit überprüfen.

128 • das Konzept der „Bespielbaren Stadt“ verfolgen und dafür innovative
129 Konzepte wie "bespielbares Stadtmobiliar" fördern, sowie uns für mehr
130 temporäre Spielstraßen in allen Stadtbezirken einsetzen.

131 • mehr große und attraktive Spielplätze schaffen, die regelmäßig gewartet
132 und gereinigt werden.

133 • finanzielle Hürden für Kinder senken und einen kostenfreien Eintritt in
134 Schwimmbäder oder den Westfalenpark ermöglichen.

135 • mehr verkehrsberuhigte Bereiche und Tempo-30-Zonen in Wohngebieten für
136 mehr Sicherheit einrichten.

- 137 • zur Bekämpfung der Kinderarmut dafür sorgen, dass die Mittel für Bildung
138 und Teilhabe einfacher und unbürokratischer abrufbar werden.
- 139 • Schulhöfe am Nachmittag öffnen.
- 140 • Kinder an Entscheidungen beteiligen, zum Beispiel in Jugendforen oder
141 Kinder- und Jugendparlamenten.
- 142 • Initiativen unterstützen, die Kindern aus armen und finanziell
143 benachteiligten Haushalten Fahrräder zur Verfügung stellen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Jugend

Text

Die Jugend ist unsere Zukunft. Junge Menschen haben innovative Ideen, frische Perspektiven und den Mut, Veränderungen anzustoßen. Da sie jedoch noch nicht alle wählen dürfen und nur einen kleinen Prozentsatz in unserer alternden Gesellschaft ausmachen, werden sie viel zu selten gehört und Politik wird häufig an ihren Interessen vorbei gemacht. Sie verdienen unsere Solidarität und unser Gehör, wenn es um ihre Themen geht. Für uns GRÜNE ist klar, dass wir die Stimmen der Jugend in Dortmund stärker hören wollen, ihre aktive Beteiligung an der Gestaltung unserer Stadt fördern und sie dazu befähigen wollen, ihre Stadt selbstbestimmt mitzugestalten.

Für die Mitbestimmung junger Menschen

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass junge Menschen in Dortmund bei allen sie betreffenden Entscheidungen mitreden und mitgestalten können. Ob in der Schule, im Verein oder in der Stadtplanung - die Perspektiven der Jugend müssen gehört und ernst genommen werden. Die Beteiligung junger Menschen ist essenziell für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Jugendliche kennen ihre Bedürfnisse am Besten, daher sind sie Expert*innen für ihre Belange. Wir wollen Dortmund nicht für, sondern mit Kindern und Jugendlichen gestalten.

Um die Beteiligung möglichst aller jungen Menschen in Dortmund zu fördern und so Selbstwirksamkeit erlebbar zu machen und zu stärken, werden wir

- ein Jugendparlament mit einem eigenen selbstverwalteten Budget für Dortmund einführen und den Mitgliedern analog zum Seniorenbeirat ein

Beratungs- und Antragsrecht in ihren jeweiligen Bezirksvertretungen geben.

- bei der Besetzung des Jugendparlaments eine repräsentative Zusammensetzung anstreben, die junge Menschen mit verschiedenen sozioökonomischen Hintergründen und von unterschiedlichen Schulformen repräsentiert.
- durch projektbezogene Beteiligung schnelle Selbstwirksamkeit ermöglichen.
- einen städtischen Fördertopf für kreative Projekte an Schulen und Jugendeinrichtungen schaffen.
- Jugendliche konsequent in die Gestaltung ihrer Quartiere mit einbeziehen.
- digitale Kinder- und Jugendstadtteilpläne mit Vorschlagsmöglichkeiten einführen, die übersichtlich Angebote für Kinder und Jugendliche im Stadtteil zeigen und gleichzeitig die Möglichkeit bieten, Ideen und Bedürfnisse einzubringen, um sie frühzeitig zum Bestandteil einer modernen, demokratischen Stadtplanung zu machen.
- Erfolgsgeschichten von Beteiligung junger Menschen stärker sichtbar machen und uns kritisch damit befassen, dass noch nicht alle Jugendlichen aufgrund von verschiedenen sozioökonomischen Hintergründen die Möglichkeit haben, sich zu engagieren.
- den Social-Media-Auftritt der Stadt jugendorientierter machen, indem wir eine Jugendredaktion für alle Medien und insbesondere Social Media Kanäle der Stadt von und für Jugendliche schaffen.

Für Unterstützung, die ankommt

Die mentale Gesundheit junger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen Jugendliche dabei unterstützen, resilient und selbstbewusst durchs Leben zu gehen. Dafür braucht es niedrigschwellige Angebote und kompetente Ansprechpartner*innen.

Für ein ausreichendes Unterstützungsangebot für junge Menschen werden wir

- verstärkt auf niederschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche setzen, an den Orten, wo sie sich aufhalten.
- ambulante und präventive Hilfen ausbauen, um sie an die Bedarfe anzupassen.
- uns insbesondere für kostenlose, anonyme und verfügbare Online-Beratungsangebote für junge Menschen in Krisensituationen einsetzen.
- die Jugendhilfe und die Jugendhilfedienste in Dortmund weiter stärken. Dabei müssen insbesondere die Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Notsituationen nachhaltig und zukunftsfähig ausgebaut werden.
- Schulpsycholog*innen an jeder weiterführenden Schule einsetzen und die Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt Dortmund stärken.
- Präventionsprogramme zur Stärkung der psychischen Gesundheit und gegen Einsamkeit an Schulen und in Jugendeinrichtungen weiter ausbauen.
- eine Präventionsstrategie gegen Radikalisierung und für Demokratieförderung entwickeln und umsetzen, die Diskriminierungserfahrungen thematisiert und Teilhabe fördert.
- das gesamtstädtische Streetwork-Konzept zur besseren Unterstützung gefährdeter Jugendlicher unterstützen und weiter ausbauen.
- einen dialog-basierten Ansatz zum praxisorientierten Lösen von Konflikten zwischen verschiedenen Altersgruppen fördern.

Für Räume, die wachsen lassen

Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie sich ungestört treffen, frei entfalten, ausprobieren und ihre Ideen umsetzen können. In einer verdichteten Stadt wie Dortmund müssen wir aktiv Freiräume für die Jugend schaffen und erhalten.

Um Dortmund zu einer attraktiven Stadt für junge Menschen zu machen, werden wir

- mehr selbstverwaltete Jugendzentren in allen Stadtbezirken gemeinsam mit jungen Menschen einrichten und aufwerten.
- bestehende Jugendfreizeitstätten modernisieren und mit zeitgemäßer Ausstattung versehen.
- mehr konsumfreie Orte schaffen, an denen Jugendliche abends ungestört Zeit in Gruppen verbringen können.
- Freiräume und Flächen in jedem Stadtteil zur Förderung kreativer, sportlicher und musischer Aktivitäten sicherstellen, einschließlich Proberäume für junge Bands.
- Synergien bei der Raumnutzung fördern, indem wir Schulen, Kitas, Kirchen, Stadtteilzentren, usw. ermutigen, ihre Räume Vereinen, Jugendgruppen, Initiativen, usw. zur Verfügung zu stellen.
- mehr öffentliche Plätze und Grünflächen einrichten, die jugendgerecht gestaltet sind.
- für Jugendliche Brachflächen für Zwischennutzungen öffnen und die selbstverwaltete Aufwertung unterstützen.
- mehr kostenlose und rund um die Uhr geöffnete barrierefreie Toiletten im öffentlichen Raum einrichten.
- Schulhöfe und Sportanlagen außerhalb der Schulzeiten öffnen.

- 94 • Jugendkulturinitiativen und Pop-up-Projekte im öffentlichen Raum
95 unterstützen.
- 96 • gute Jugendverbandsarbeit langfristig finanziell sichern.
- 97 • Mobilität für Jugendliche bezahlbar, attraktiv, sicher und verlässlich
98 machen und ÖPNV-Anbindung insbesondere in den Außenbezirken verbessern.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Schule

Text

1 Bildung ist der Schlüssel zu Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe.
2 Unsere Schulen müssen Orte sein, die Wissen, Werte und Zukunftschancen
3 vermitteln. Eine gute Schulbildung legt das Fundament für ein selbstbestimmtes
4 Leben und stärkt die Zukunft unserer Stadt.

5 Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive, moderne und nachhaltige Schullandschaft
6 ein – mit ausreichend Schulplätzen, guter Ausstattung, digitaler Bildung,
7 sicherer Infrastruktur und einer umfassenden Förderung im Schulalltag. Bildung
8 muss von den Bedürfnissen der Kinder aus gedacht werden, um ihnen gerechte
9 Chancen zu ermöglichen und sie auf die Herausforderungen der Zukunft
10 vorzubereiten.

11 Dazu gehören neben einer modernen Lernumgebung auch eine stärkere Unterstützung
12 durch multiprofessionelle Teams, eine barrierefreie und nachhaltige
13 Schulentwicklung sowie ein zeitgemäßes und attraktives Ganztagsangebot. Wir
14 setzen uns für ausreichende Schulplätze, sichere Schulwege und eine stärkere
15 Verzahnung von Schule und Stadtgesellschaft ein.

Für gute Schulplätze für alle

17 Die Schaffung ausreichender qualitativ hochwertiger Schulplätze ist eine der
18 dringlichsten Aufgaben für unsere Stadt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass
19 jedes Kind in Dortmund einen Platz an einer gut ausgestatteten Schule in
20 unmittelbarer Wohnortnähe erhält.

Um Kindern einen bestmöglichen Schulplatz bereitzustellen, werden wir

- ein umfassendes Schulbauprogramm aufstellen, das den tatsächlichen Bedarf deckt, um den Schulneubau zu beschleunigen, befürworten wir den Einsatz von Modul- oder Systembauweisen, die unter Einhaltung aller gesundheitlichen und ökologischen Standards umgesetzt werden sollen.
- das Schulplatzangebot durch den Bau neuer Schulen insbesondere von Gesamtschulen sowie den Ausbau bestehender Schulen unterschiedlicher Schulformen bedarfsgerecht ausbauen.
- ein umfassendes Sanierungsprogramm auflegen, das kontinuierlich die Substanz erhält und auf aktuellen Stand bringt.
- eine Toilettenoffensive starten.
- Schulplätze stärker bei der Stadtentwicklungsplanung mitdenken.
- Überbrückungsangebote für zugewanderte Kinder aufrechterhalten, reflektieren und immer wieder an den aktuellen Bedarf anpassen.
- längeres gemeinsames Lernen fördern.
- Stärkung der Berufskollegs als vielseitige Bildungsstandorte und duale Ausbildungszentren.
- die Entwicklungsplanung der Berufskollegs kontinuierlich vorantreiben und die Weiterentwicklung des Regionalen Berufsbildungszentrums unterstützen, um in der Phase der Berufsfindung und -ausbildung insbesondere auch junge Geflüchtete fördern zu können.
- rhythmisierten und kooperativen Ganzttag an möglichst vielen Schulen

einrichten.

- neue Bildungsformate wie „Lernen neu denken“ fördern.
- die Ganztagsbetreuung mit kostenlosen Sport- und Kreativangeboten ausbauen.
- Umsetzung des Qualitätsrahmen Ganztägige Förderung in Dortmund.

Für Inklusion im Schulalltag

Unsere Schulen sind der Schlüssel zu einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft. Hier werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Schule vom Kind aus gedacht wird und alle Schüler*innen in Dortmund bestmöglich gefördert werden, sodass niemand zurückgelassen wird. Inklusion und individuelle Unterstützung dürfen nicht bloß Schlagworte sein, sondern müssen gelebte Realität im Schulalltag werden. Wir wollen ein Schulsystem, das sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert und nicht umgekehrt.

Um diesem Ziel näher zu kommen, werden wir

- multiprofessionelle Teams an allen Schulformen weiter ausbauen und unterstützen.
- Schulsozialarbeit und schulpsychologische Beratung weiter ausbauen, sodass jede Dortmunder Schule davon profitieren kann.
- uns mit Blick auf die Gestaltung von interdisziplinärem und multiprofessionellem Fachpersonal an allen Schulen, inklusive der Grundschulen, am finnischen Bildungssystem orientieren, das ein gemeinsames Lernen von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf mit den Klassenkamerad*innen ermöglicht.
- Fortbildungen für Lehrkräfte zum Umgang mit Heterogenität fördern.

- talentorientierte Förderprogramme an allen Schulen.
- die bereits eingeführten systemischen Klassenhelfer*innen verstetigen und ausbauen
- (digitale) Schulbücher für alle Schüler*innen kostenfrei zur Verfügung stellen.
- freie Räumlichkeiten zum Lernen am Nachmittag mit Ansprechpersonen einrichten.
- jedem Kind das Schwimmenlernen ermöglichen.
- Schulgebäude zu barrierefreier Infrastruktur ausbauen.
- Ressourcen an Schulen mit besonderem Bedarf anhand des schulscharfen Sozialindex bündeln (integrierte Standortentwicklung).
- Schulbegleitung als Übergangslösung für Inklusion und gemeinsamen Unterricht fortführen und gleichzeitig die Förderung von ausgebildeten Fachkräften für tatsächliche Inklusion in die Klasse anstreben.
- Kooperation zwischen Schulen und Jugendhilfe sowie mit Freizeit- & Sportangeboten im Stadtteil stärken.

Für digitale Schulen mit Zukunft

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft grundlegend. Um Kinder und Jugendliche bestmöglich auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, müssen wir die Chancen der Digitalisierung auch in unseren Schulen nutzen. Wir GRÜNE setzen uns für eine moderne, zukunftsorientierte Bildung ein, die digitale Kompetenzen fördert und gleichzeitig Medienmündigkeit vermittelt. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürger*innen in der digitalen Welt

heranwachsen. Dazu gehört auch ein Verständnis für die Chancen und Risiken neuer Technologien.

Dafür werden wir

- flächendeckendes Gigabit-Internet und WLAN in allen Schulen und Jugendeinrichtungen einrichten.
- aktuelle Hardware wie beispielsweise Tablets, interaktive Whiteboards und 3D-Drucker für alle Schulen bereitstellen.
- das kommunale Supportteam aus dem Modellprojekt IT Schulcampus stärken, das sich um Wartung und technischen Support kümmert, um die Lehrkräfte zu entlasten.
- außerschulische Angebote zur Förderung digitaler Kompetenzen in benachteiligten Stadtteilen schaffen.
- digitale Schulplattformen und Lernsoftware durchsetzen, die den Datenschutzanforderungen genügen.
- Bewusstsein für digitale Ethik und verantwortungsvollen Umgang mit KI-Systemen schaffen.
- ein Kompetenzzentrum etablieren, in dem Kindern und Jugendlichen in enger Kooperation mit Schulen zeitgemäße Medienkompetenz praxisnah und nachhaltig vermittelt wird.
- Projekte unterstützen und fördern, die besonders Schüler*innen die Chancen, Risiken und den kritischen Umgang mit KI-generierten Inhalten, zum Beispiel in den sozialen Medien, vermitteln.
- Cybermobbing durch Präventionsprogramme und Ansprechpartner*innen an Schulen bekämpfen.

- Eltern noch stärker durch städtische Informationsveranstaltungen in die digitale Bildung einbeziehen.

Für gute Ausstattung und gesundes Essen

Unsere Schulen sind mehr als nur Orte des Lernens – sie sind Lebensräume, in denen Kinder und Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Deshalb ist es unsere Pflicht, diese Räume so zu gestalten, dass sie das Wohlbefinden und die Entwicklung unserer Schüler*innen bestmöglich fördern. Eine moderne Infrastruktur und eine gesunde Verpflegung sind hierfür unerlässlich.

Wir werden

- die Sportanlagen an den Schulen modernisieren und erweitern.
- "Bewegte Klassenzimmer" mit flexiblem Mobiliar einrichten.
- die Sanierung und Modernisierung bestehender Schulgebäude vorantreiben.
- in einer Schule modellhaft den Aufbau einer Photovoltaik-Anlage als Gemeinschaftsprojekt von Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern fördern, wobei eine Energiegenossenschaft den Bau und Betrieb der Anlage übernehmen kann, die einen Großteil des Eigenbedarfs der Schule decken (ggf. mit Energiespeicher) soll und Stromkosten einspart, die zumindest teilweise an die Schule zurückfließen sollen.
- flexible Lernräume für individuelles und gruppenbasiertes Arbeiten schaffen.
- das Angebot an Arbeitsgemeinschaften im Bereich Sport und Bewegung in Kooperationen mit Vereinen ausbauen.
- alle Schulen mit Ganztagsangebot mit ausreichend großen Mensen ausstatten.

- 138 • ein kostenloses, biologisches und regionales Mittagessen für alle
139 Schüler*innen einführen.

- 140 • einen "Runden Tisch Schulverpflegung" mit Vertretern aus Schulen,
141 Elternschaft, Ernährungsexpert*innen und lokalen Produzenten einführen.

- 142 • Trinkwasserspender in allen Schulgebäuden einrichten.

- 143 • die Anlage von Schulgärten für jede Schule ermöglichen, um die Grundlagen
144 des Gärtnerns und Selbstversorgens zu vermitteln.

- 145 • Kooperationen mit Naturschutzorganisationen zur Förderung des
146 Verständnisses von Klima-, Natur- und Umweltschutz unterstützen.

- 147 • Schulen bei der Einrichtung eines "Grünes Klassenzimmers" unterstützen.

- 148 • grüne Schulhöfe zur naturnahen Gestaltung von Außenanlagen fördern.

- 149 • Modell Kindercampus weiter ausbauen.

150 **Für sichere und kindgerechte Schulwege**

151 Der Schulweg ist für Kinder oft der erste Schritt in die Selbstständigkeit. Doch
152 viele Straßen in Dortmund sind noch nicht sicher genug für unsere Kleinsten. Wir
153 GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Kinder sicher und selbstständig zur Schule
154 kommen können - zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Nur
155 so können wir Verkehrschaos vor Schulen reduzieren, die Gesundheit unserer
156 Kinder fördern und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Projekte wie
157 „So läuft das!“ sind Teil einer zeitgemäßen Verkehrserziehung in Verbindung mit
158 moderner kommunaler Schulwegplanung. Diese sollen konsequent ausgeweitet werden.

159 Um Schüler*innen den Weg zur Schule weiter zu erleichtern, werden wir

- Tempo-30 im Umkreis aller Schulen umsetzen.
- die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt an jeder Schule ermöglichen und finanziell unterstützen.
- „Schulstraßen“ einrichten, auf denen zur Hauptan- und -abreisezeit ein temporäres Kfz-Durchfahrtsverbot gilt (angelehnt an das „Wiener Modell“).
- sichere Radwege und Fahrradstellplätze an Schulen ausbauen.
- "Elternhaltestellen" als Hol- und Bringzonen in sicherer Entfernung zu Schulen schaffen.
- Schulwegpläne, "Walking Bus"- und Bicibus- Initiativen an den Schulen fördern.
- ÖPNV-Anbindung von Schulen verbessern, insbesondere in den Außenbezirken.
- für alle Schüler*innen das DeutschlandTicket Schule kostenlos anbieten.

Für Demokratie ab der ersten Klasse

Unsere Schulen sind mehr als Orte des Lernens – sie sind ein Ort unserer Demokratie. Hier lernen junge Menschen nicht nur Fakten, sondern auch, wie man miteinander diskutiert, Kompromisse findet und Verantwortung übernimmt. In Dortmund wollen wir die Demokratiebildung in unseren Schulen stärken und so die Grundlagen für eine lebendige, zukunftsfähige Stadtgesellschaft legen.

Dafür werden wir

- die partizipative Gestaltung von Schulhöfen und Klassenräumen unterstützen.

- 181 • Politik durch Kennenlernen und Besuchen der Lokalpolitik wie auch des
182 Land- und Bundestags erlebbar machen.

- 183 • demokratiefördernde Angebote von Vereinen und Initiativen in Schulen
184 bringen, um die Vielfalt von politischer Partizipation auch außerhalb von
185 Parteien aufzuzeigen.

- 186 • Schulprojekte zu aktuellen gesellschaftlichen Debatten unterstützen.

- 187 • Schulungen für Lehrkräfte zum Umgang mit Vielfalt und zur Prävention von
188 Diskriminierung anbieten.

- 189 • interkulturelle und interreligiöse Begegnungsprojekte ausbauen.

- 190 • einen Schüler*innenaustausch mit Partnerstädten städtisch finanzieren.

- 191 • die Bezirksschüler*innenvertretung besser unterstützen und eine
192 Kontaktperson in der Verwaltung benennen.

- 193 • SVen eigene finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Kultur

Text

1 Kultur ist mehr als ein Theaterbesuch oder eine Ausstellung – sie ist das Herz
2 unserer Stadt. Sie erzählt Geschichten, bringt Menschen zusammen und macht
3 Dortmund lebendig. Sie pulsiert in Museen und Kinos, in Bibliotheken und
4 Musikschulen, in Graffitis an Hauswänden, auf großen Bühnen und in kleinen
5 Clubs.

6 Doch Kultur braucht Raum – und sie braucht Offenheit. Sie darf kein Privileg
7 sein, sondern muss für alle zugänglich sein. Denn Kultur entsteht dort, wo
8 Menschen sich ausdrücken können, wo sie sich begegnen, wo sie ihre Stadt
9 mitgestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Kultur in Dortmund sichtbar ist –
10 in jedem Viertel, für jede Generation, unabhängig vom Geldbeutel.

11 Wir wollen Dortmund als Ort erhalten und stärken, an dem Kreativität wachsen
12 kann, an dem Kunst nicht nur bestaunt, sondern gelebt wird – und an dem Kultur
13 für alle da ist, die sie erleben oder selbst gestalten wollen.

Für Kultur, die alle zusammenbringt

15 Kultur ist mehr als Unterhaltung – sie ist der Kitt unserer Gesellschaft und ein
16 wesentlicher Bestandteil demokratischer Teilhabe. Wir GRÜNE setzen uns für eine
17 kulturelle Grundversorgung ein, die allen Menschen unabhängig von Herkunft,
18 Alter oder Einkommen zugänglich ist. Damit schaffen wir die Grundlage für eine
19 lebendige Kulturlandschaft, die allen Menschen offensteht und Dortmunds Vielfalt
20 abbildet.

Wir werden

- Kultureinrichtungen, Angebote und Events besonders auch außerhalb der Innenstadt unterstützen.
- Zuwanderung als Thema in die Museumslandschaft integrieren und Programme und Projekte, die sich an Menschen mit Migrationshintergrund richten, ausbauen und die Programmgestaltung der städtischen Kultureinrichtungen verstärkt für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und sie damit als Besucher*innen gewinnen, z. B. durch mehrsprachige Veranstaltungskalender, zweisprachige Lesungen, Puppenspiele usw.
- mehr niederschwellige Angebote schaffen und Kulturstätten kostenlos öffnen sowie partizipative kulturelle Konzepte und Events fördern, vor allem im Theater, Konzerthaus, der Oper sowie der freien Kulturszene.
- Dortmund Musik weiter unterstützen und Kindern einen niederschweligen Einstieg in die Musikschule über die Schule bieten.
- ein Konzept zur Barrierefreiheit von Museen und Veranstaltungen umsetzen.
- die Angebote der städtischen Museen für Kinder und Jugendliche fördern und ausbauen sowie die Nutzung von Kultureinrichtungen als außerschulische Lernorte weiter unterstützen.
- uns für ein „Kombiticket Kultur“ stark machen, das eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV zu den Veranstaltungen aller Dortmunder Kultureinrichtungen ermöglicht.
- uns dafür stark machen, dass die Kulturangebote in Dortmund digitaler werden.

Für Kultur mit Zukunft

Kultur ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Deswegen müssen sich auch die kommunale Kultur und die Rahmenbedingungen für die freie Szene weiterentwickeln. Ein zentraler Teil davon ist, dass alle Menschen unter fairen Bedingungen arbeiten und für ihre Arbeit fair bezahlt werden sollten. Wir wissen, dass dies leider im Bereich Kunst und Kultur nicht immer gegeben ist. Außerdem wollen wir neue und bestehende Kulturangebote fördern und unterstützen.

Deswegen werden wir

- ein eigenes Kulturdezernat anstreben sowie einen Kulturentwicklungsplan ausarbeiten lassen und diesen umsetzen.
- die kulturelle Infrastruktur und Förderung stärken, indem wir die Kulturangebote in allen Stadtteilen ausbauen, Vereine sowie soziokulturelle Zentren fördern und zudem die freie Kulturszene weiterhin finanziell unterstützen.
- die Zusammenarbeit und Partizipation stärken, indem wir die Kooperation zwischen freier Szene, Kulturvereinen und Bildungseinrichtungen stärken, um kreative Freiräume für gestalterische Mitbestimmung zu schaffen, gemeinsame Kulturveranstaltungen zu entwickeln und auf diese aufmerksam zu machen.
- Dialogkultur fördern, zum Beispiel durch Angebote wie „Sprechen & Zuhören“ von Mehr Demokratie e.V.
- faire Arbeitsbedingungen schaffen und die Finanzierung stärken, indem wir verpflichtende Honoraruntergrenzen durchsetzen sowie die Umwandlung von Honorarverträgen zu Tarifverträgen und Festanstellungen ermöglichen, jedoch durch höhere Fördersummen sicherstellen, dass die Kulturangebote nicht reduziert werden.
- Barrierefreiheit stärken, indem wir ein Konzept zum barrierefreien Umbau von Kultureinrichtungen vorlegen.
- Beratungs- und Förderangebote für kleinere Initiativen oder einzelne

Kulturschaffende zur Findung von Räumen oder zur Unterstützung bei der Planung von Veranstaltungen schaffen.

- weitere Stellen in der Stabsstelle DORTMUND KREATIV schaffen.
- Zwischennutzungen von Gebäuden und temporäre Nutzungen des öffentlichen Raums für kulturelle Zwecke und Events forcieren.
- kulturelle Bildung durch eine neue Koordinierungsstelle im Kulturbüro stärken (Schwerpunkt Kitas und Grundschulen).
- Kunst im öffentlichen Raum fördern.
- bestehende und neue Erinnerungskultur-Projekte weiterhin fördern.
- Zusammenarbeit von Kulturträger*innen im gesamten Ruhrgebiet unterstützen.

Für moderne Bibliotheken

Unsere Bibliotheken übernehmen in Dortmund eine wichtige Rolle. Nicht nur können durch sie alle Menschen Zugang zu Literatur haben, durch ihre Veranstaltungen, Kurse und als Lernorte sind sie für die Bildung und auch dem sozialen Zusammenleben in unserer Stadt unabdingbar. Durch das Angebot der „Bibliothek der Dinge“ bieten sie darüber hinaus die Möglichkeit, sich Nützliches auszuleihen und entlasten so Dortmunder*innen finanziell und unterstützen ein nachhaltigeres Leben.

Deswegen werden wir

- wohnortnahe Bibliotheken und Büchereien und den Ausbau in weiteren Stadtgebieten fördern und notwendige Sanierungen finanzieren und umsetzen.
- das Angebot an offenen Ruhe- und Lernorten in städtischen Bibliotheken

95 erweitern.

96 • die geplante Stadtteilbibliothek in der Nordstadt gut, z. B. auch mit
97 mehrsprachigen Büchern, ausstatten und alle bestehenden
98 Stadtteilbibliotheken erhalten.

99 • zur Einführung der neuen Stadtteilbibliothek in der Nordstadt für jede
100 Grundschulklasse der Nordstadt einen Besuch ermöglichen und dabei jedem
101 Kind einen Bibliotheksausweis ausstellen.

102 • die Bibliotheken in ihrer Anpassung an digitale und neue Anforderungen
103 unterstützen.

104 • das Angebot der „Bibliothek der Dinge“ ausweiten.

105 **Für ein lebendiges Nachtleben**

106 Wir setzen uns für ein buntes, aktives und sicheres Nachtleben in Dortmund ein.
107 So ist durch und mit uns bereits die Sperrstunde abgeschafft und ein
108 Nachtbürgermeister eingeführt worden. In Zukunft wollen wir das Nachtleben in
109 Dortmund attraktiver und großstadtgerecht machen.

110 Deswegen werden wir

111 • einen zentralen, konsumfreien Ort schaffen, an denen Dortmunder*innen auch
112 nachts gemeinsam Zeit verbringen können, z. B. nach dem Vorbild des
113 ehemaligen Bochumer Stadtstrands.

114 • die zentrale Silvesterfeier weiterhin anbieten und um eine Laser- oder
115 Drohnenshow erweitern, um eine gemeinsame, niederschwellige Feier
116 anzubieten und ein Gegenangebot zum übermäßigen Abbrennen von
117 Feuerwerkskörpern zu bieten.

118 • die Dortmund Guides, die starke Arbeit für ein positives und sicheres
119 Nachtleben leisten, weiter ausbauen und nachts an mehreren Standorten
120 parallel einsetzen.

- einen zentralen Rückzugsort in der Innenstadt schaffen, der nachts einen Safer Space bietet, eine zentrale Anlaufstelle für die Dortmund Guides ist und gleichzeitig deren Backoffice und Lager bildet, welches im Moment fehlt.
- die Rahmenbedingungen für die Schaffung eines Ausgehviertels stärken.
- queere Bars, Clubs und Events unterstützen, auch bei der Erschließung neuer Zielgruppen.
- den Ausbau von Außengastronomie unterstützen, auch durch die Umwandlung von Parkplätzen, wie es seit letztem Jahr bereits vermehrt geschieht.

Für Kultur in jedem Stadtteil

Wir GRÜNE setzen uns für eine kulturelle Grundversorgung ein, die Orte der Begegnung, des Austauschs und der gesellschaftlichen Teilhabe schafft. Dazu gehören auch Orte außerhalb der kommunalen Kultur und freien Szene.

Wir werden

- Nachhaltigkeit in Kulturstätten durch energetische Sanierungen stärken.
- Kleingartenanlagen als Naherholungsanlagen für alle Dortmunder*innen stärken, indem wir die Pflege der öffentlichen Flächen in Kleingartenanlagen fördern.
- Erstnutzer*innen in neuen Kleingartenanlagen beim Laubenbau finanziell unterstützen, zum Beispiel durch kleinere Kredite.
- uns für eine Nachnutzung von Lauben der Internationalen Gartenausstellung 2027 in Kleingärten einsetzen.

- 143 • kollektive Gemeinschaftsgärten fördern.

- 144 • die Film- und Medienkultur stärken, indem wir die Filmkultur in Dortmund
145 unterstützen (z.B. Programmkinos, das Internationale Frauenfilmfestival)
146 und ein Kulturzentrum mit Schwerpunkt Film, Video und Sound initiieren.

- 147 • dabei auch die breitere Gesellschaft mit zusätzlichen Angeboten wie
148 niedrigschwelligen Workshops und Einsteigerevents ansprechen.

- 149 • die Freiluft- und Stadtteilkultur stärken, indem wir regelmäßige
150 Veranstaltungen in Parks ausweiten (ganzjährig) und den Westfalenpark
151 mindestens für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende kostenlos
152 machen.

- 153 • Städtepartnerschaften für kulturellen Austausch nutzen, zum Beispiel von
154 künstlerischen bzw. musikalischen Projekten von Künstler*innen aus
155 Dortmund und den Partnerstädten mit Ausstellung bzw. Vorführung in beiden
156 Städten.

- 157 • das Zentrum Romano Than e.V. bei kulturellen Angeboten für Sinti*zze und
158 Rom*nja finanziell weiterhin stärken.

- 159 • die Community Music-Programme im Konzerthaus unterstützen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Sport

Text

1 Sport verbindet Menschen, schafft Freundschaften und stärkt den sozialen
2 Zusammenhalt in unserer Stadt. Sport fördert die Gesundheit und gibt uns Kraft,
3 sowohl körperlich als auch mental, egal ob im Verein, im Park oder auf dem
4 Bolzplatz um die Ecke.

5 Doch nicht alle haben die gleichen Chancen, sich sportlich zu betätigen.
6 Fehlende barrierefreie Angebote, zu hohe Kosten oder mangelhafte Sportflächen
7 schließen Menschen aus. Das wollen wir ändern! Jeder Mensch in Dortmund soll die
8 Möglichkeit haben, sich zu bewegen – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht
9 oder körperlichen Voraussetzungen.

10 Wir setzen uns für eine inklusive, vielfältige Sportlandschaft ein, die
11 niemanden außen vor lässt. Denn Sport gehört in die Mitte unserer Stadt – für
12 ein Dortmund, in dem sich alle frei und mit Freude bewegen können!

13 Für Sport, der alle erreicht

14 Sport findet in Dortmund nicht nur in den Vereinen oder im Signal Iduna Park,
15 sondern in der gesamten Stadt statt. Besonders die Parks nutzen viele
16 Dortmunder*innen, um sich sportlich zu betätigen und zu erholen. Wir sehen das
17 als Chance, um unsere Stadt noch besser, grüner und gesünder zu machen.

18 Deshalb werden wir

- 19 • Sportanlagen für alle Altersgruppen von Kindern bis Senior*innen im

20 öffentlichen Raum schaffen, zum Beispiel Fitnessparcours,
21 Tischtennisplatten, Calisthenics-Anlagen, Basketballanlagen, Bolzplätze,
22 Skateparks und Boulebahnen.

- 23 • ein „Sport im Park“ Programm nach Düsseldorfer Vorbild für alle
24 Dortmunder*innen einführen, welches unverbindliche und kostenlose
25 Sporttreffs für Untrainierte und Sportliche aller Altersgruppen in Parks
26 anbietet.
- 27 • die Möglichkeiten für nicht organisierten Freizeitsport verbessern, die
28 nicht an Vereinssport gebunden sind, zum Beispiel durch Möglichkeiten für
29 feste private Sportgruppen und Freizeitsportler*innen.
- 30 • niederschwellige Zugänge zu Sporthallen und -plätzen ermöglichen, um sie
31 auch für nichtvereinsgebundene Aktivitäten zu öffnen, zum Beispiel zu
32 Fußballplätzen und Leichtathletikanlagen.
- 33 • die Beleuchtung von Joggingstrecken in Parks verbessern.
- 34 • die Erreichbarkeit von Sportstätten mit ÖPNV und Fahrrad verbessern.
- 35 • Sportanlagen in Zusammenarbeit mit ihren Nutzer*innen an die veränderten
36 klimatischen Bedingungen anpassen.

37 **Für starke Sportvereine**

38 Sportvereine sind mehr als Orte der Bewegung – sie sind soziale Ankerpunkte, die
39 Generationen verbinden und Integration fördern. Doch viele Vereine kämpfen mit
40 Nachwuchsproblemen, dem Fehlen von engagierten Ehrenamtler*innen und maroder
41 Infrastruktur.

42 Dagegen werden wir

- 43 • das Fördermittelmanagement vereinfachen, damit Vereine ihre Ehrenamtlichen

entschädigen können, anstatt aufgrund von Bürokratie darauf zu verzichten.

- Vereine beim Umgang mit bürokratischen Hürden bei Umbaumaßnahmen unterstützen und eine zentrale Beratungsstelle schaffen, die Vereine bei Fragen zu Förderungen, Digitalisierung und nachhaltiger Vereinsentwicklung unterstützt.
- die von uns angestoßene Verbesserung des Mädchenanteils in bisher männlich geprägten Sportarten evaluieren, stärken und fortsetzen, da aktuell doppelt so viele Jungen wie Mädchen Mitglied in Sportvereinen sind.
- die Versenkung von Sportgutscheinen an Kindergartenkinder zum Einlösen bei Vereinen weiterführen und verstetigen.
- Sportvereine in die Ganztagskonzepte der Schulen einbinden.
- in der Vergabe von Sporthallen nach dem Düsseldorfer Vorbild neue Richtlinien erarbeiten, die marginalisierte Gruppen bevorzugen, um so Angebote für Menschen mit Behinderung, Frauengruppen und Gruppen aus der internationalen Community zu vergrößern.
- den StadtSportBund weiterhin finanziell unterstützen, um Lernrückstände im Bereich Schwimmen auszugleichen, damit alle Dortmunder*innen Schwimmen lernen können.
- Schwimmbäder in kommunaler Hand bezahlbar machen, wobei Kinder, Schüler*innen, Studierende, Auszubildende und Senior*innen diese in Zukunft kostenlos nutzen können sollen.
- uns für die Mehrfachnutzung von Lehrschwimmbecken, z. B. für Reha-Sport einsetzen, auch um für die Rentabilität zusätzlicher Becken zu sorgen.

- eSports als Teil der Jugend- und Kulturförderung stärken, indem wir eSports-Vereine und -Initiativen in Dortmund finanziell und strukturell unterstützen, Turniere und Veranstaltungen fördern, öffentliche Räume für Training und Wettkämpfe bereitstellen sowie Kooperationen mit Schulen und Jugendzentren aufbauen, um eSports als anerkannte Freizeit- und Bildungschance zu etablieren.

Für Verantwortung im Sport

Sport vermittelt Werte wie Fairness, Toleranz und Respekt und kann Vorurteile abbauen. Er fördert außerdem die soziale Integration. Insbesondere Sportvereine leisten hierzu einen großen Beitrag.

Um der Verantwortung des Sports gerecht zu werden, werden wir

- Frauen- und Mädchensport weiterhin gezielt fördern.
- Vereine in der Arbeit gegen Gewalt weiter begleiten, insbesondere gegen sexualisierte und rassistisch motivierte Gewalt, wofür es in jedem Verein Ansprechstellen geben muss und Trainer*innen sensibilisiert und regelmäßig weitergebildet werden müssen.
- Sportangebote für Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderung oder Senior*innen bei der Vergabe von Sportstätten bevorzugen, um das bestehende Angebot zu verbessern.
- die Teilhabe von trans* und inter Personen am Sportangebot sicherstellen.
- Projekte fördern, die sich für Fairness und sportliches Miteinander einsetzen, wie beispielsweise inklusive Turniere.
- die Arbeit des Fan-Projekts Dortmund unterstützen, welches die politische Jugendbildung am „Lernort Stadion“, interkulturelle Fußballturniere für Kinder und Jugendliche sowie Besuche von NS-Gedenkstätten organisiert und damit einen wichtigen Beitrag für Demokratie und Menschenrechte leistet.

- Netzwerke in Sportvereinen nutzen, um Angebote sämtlicher Art, die für Jugendliche existieren, bekannt und niederschwellig zu machen, sei es aus dem Bereich der psychosozialen Beratung, bei Problemen in der Schule oder bei der Jobsuche.

- die Förderung der Nordstadtliga verstetigen, die in der Nordstadt wichtige und niederschwellige Arbeit mit Kindern leistet.

Für Sportstätten, die fit sind

Die Sportinfrastruktur in unserer Region ist vielerorts marode und entspricht nicht mehr den Anforderungen einer modernen, inklusiven Gesellschaft. Dabei brauchen gute Sportangebote auch eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur, damit Sport für viele Menschen nicht ein unerfüllter Wunsch bleibt.

Deswegen werden wir

- den Zustand der Turnhallen verbessern, mit elektronischen Schließsystemen versehen und sie zeitgemäß ausstatten.
- nachhaltige Sportanlagen schaffen und bestehende Sportanlagen dahingehend verbessern.
- insbesondere multifunktional nutzbare Sportanlagen fördern, sowohl für unterschiedliche Sportarten als auch für verschiedene Generationen.
- überprüfen, ob es für alle Dortmunder*innen in Wohnortnähe ausreichend Sportanlagen gibt.
- die Grundsanierung der Dortmunder Schwimmbäder vorantreiben.
- die beschlossene Rekommunalisierung der Bäder begleiten, um mehr städtische Einflussmöglichkeiten zu schaffen und die Infrastruktur zu

117 schützen.

118 • uns weiterhin für einen Erhalt und Sanierung des Nordbads einsetzen und
119 das Freibad Hardenberg erhalten.

120 • digitale Zahlungsmittel in der Sportwelt und bei anderen Sportangeboten
121 möglich machen.

122 **Für Inklusion auf dem Platz**

123 Sportliche Aktivitäten müssen für alle Menschen zugänglich sein – auch
124 unabhängig von körperlichen Einschränkungen. Denn die Teilhabe aller Menschen am
125 Sport ist für uns ein zentrales Anliegen. Noch immer stoßen Menschen mit
126 Behinderungen auf zahlreiche Barrieren, wenn sie Sport treiben möchten.

127 Um diese Hürden konsequent abzubauen, werden wir

128 • Vereine in der Arbeit unterstützen und mehr inklusive Projekte fördern, z.
129 B. durch städtische Ansprechpartner und eine Beratung für den Aufbau
130 inklusiver Angebote.

131 • inklusive Kriterien bei der Hallenvergabe einführen.

132 • inklusive Sportangebote weiterentwickeln und an die Anforderungen von
133 Menschen mit Behinderungen anpassen.

134 • dafür sorgen, dass Umkleiden, Sanitäranlagen, Spiel- und Sportflächen in
135 Sporthallen barrierefrei umgestaltet werden.

136 • Sporthallen an spezifische Anforderungen für beispielsweise Blinden- oder
137 Rollstuhlsport anpassen.

138 • in einem ersten Schritt das Ziel einer barrierefreien Sporthalle pro

139 Stadtbezirk verfolgen, um Behindertensport wohnortnah zu ermöglichen.

140 • behindertengerechte Grundsportgeräte, wie beispielsweise Sport-Rollstühle,
141 in diesen ausgewählten Hallen zur Verfügung stellen.

142 • uns in Zusammenarbeit mit dem StadtSportBund für die Ausbildung
143 qualifizierter Übungsleiter*innen einsetzen.

144 **Für Spitzensport mit Bodenhaftung**

145 Spitzensport begeistert und inspiriert Menschen, insbesondere in räumlicher Nähe
146 und wenn man diesen Spitzensport live verfolgen kann oder sogar Teil davon
147 werden kann.

148 Um diesen sportlichen Ansporn zu schaffen, werden wir

149 • das Stadion Rote Erde als Leichtathletikstadion erhalten und diesen Zweck
150 nicht durch die Nutzung als Fußballstadion für die zweite Herrenmannschaft
151 bzw. die Frauenmannschaft des BVBs hinten anstellen.

152 • diesbezüglich endlich die Laufbahn fertigstellen, was bereits für
153 unmittelbar nach der Europameisterschaft zugesichert wurde.

154 • ein zweites Stadion in Dortmund für den Regionalligafußball ausbauen,
155 damit Regionalligavereine aus Dortmund nicht mehr auf Stadien in anderen
156 Städten ausweichen müssen.

157 • die Sporthalle am U wie geplant ligatauglich für Basketball und Handball
158 bauen sowie zusätzlich die Ligatauglichkeit für Volleyball anstreben.

159 • weitere Bedarfe bei anderen Sportarten ermitteln, in denen Ligaaufstiege
160 aktuell durch fehlende Infrastruktur verhindert werden, und diese
161 Infrastruktur fördern.

- 162 • uns im Rahmen des Bewerbungsverfahrens für Olympia 2040 für den Umbau
163 bestehender Sportstätten und nur bei Bedarf für den Neubau von
164 nachhaltigen und weiterhin nutzbaren Sportstätten einsetzen.

- 165 • den Olympiastützpunkt des Deutschland Achtlers weiterhin unterstützen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Vielfalt

Text

Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, der Begegnung und der Offenheit. Sie lebt von den Menschen, die hier wohnen, arbeiten und sich engagieren – egal, woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen, welche Religion sie praktizieren, welche Fähigkeiten sie besitzen oder welche geschlechtliche und sexuelle Identität sie haben. Obwohl Dortmund in vielen Bereichen für eine weltoffene und vielfältige Stadtgesellschaft steht, gibt es immer noch zahlreiche Diskriminierungen, die das Leben vieler Menschen negativ beeinflussen. Diese Diskriminierungen finden oft in alltäglichen Begegnungen statt, sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf der Straße. Sie manifestieren sich in rassistischen, sexistischen, behindertenfeindlichen und queerfeindlichen Vorurteilen, die Menschen benachteiligen und ausgrenzen.

Unsere Vision ist eine Stadt, in der alle ohne Angst vor Diskriminierung leben können, mit gleichen Chancen und der Freiheit, sich individuell zu entfalten. Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung haben in Dortmund keinen Platz. Vielfalt muss als Stärke begriffen und gefördert werden.

Dafür braucht es klare und entschlossene Schritte – politisch, rechtlich und praktisch. Strukturen müssen diskriminierungssensibel gestaltet, bestehende Ungleichheiten abgebaut und gesellschaftliches Bewusstsein gestärkt werden. Unsere Stadt soll ein Ort der Solidarität und des respektvollen Miteinanders sein, in dem Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung verstanden wird.

Besonders wichtig ist uns, Menschen aktiv in den Veränderungsprozess einzubinden, die bisher zu wenig Gehör gefunden haben. Wir müssen sicherstellen,

dass alle Gruppen in Dortmund die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen, ihre Bedürfnisse zu äußern und Lösungen mitzugestalten. Nur so können wir eine Stadt schaffen, die wirklich für alle da ist und in der sich jede*r willkommen und wertgeschätzt fühlt.

In diesem Kapitel zeigen wir, mit welchen konkreten Maßnahmen wir Diskriminierung bekämpfen, Teilhabe stärken und Projekte fördern, die die Vielfalt unserer Stadt sichtbar machen. Unser Ziel ist, Dortmund als Vorbild für eine inklusive und gerechte Gesellschaft erlebbar zu machen.

Für eine Stadt ohne Diskriminierung

Die Vielfalt in Dortmund ist eine Stärke. Wir wollen eine Stadt, in der jede*r die gleichen Chancen hat und Diskriminierung in all ihren Formen entschieden bekämpft wird.

Um das zu erreichen, werden wir

- die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung öffnen und proaktiv in der Gründer*innen-Förderung tätig werden.
- die Bürokratie vereinfachen, um den Zugang zu Gründungsinitiativen zu erleichtern, Info-Angebote bereitstellen und eine mehrsprachige Beratungsstelle einrichten, um den Einstieg in die Selbstständigkeit zu fördern.
- das Zentrum für Ethnische Ökonomie ausbauen.
- uns dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes Museum der Migration bekommt, welches die Geschichte der Zuwanderung dokumentieren soll und den Beitrag der zugewanderten Menschen zur Entwicklung der Stadt würdigt.
- den Prozess der Partizipation aktiv und inklusiv gestalten, denn „Dortmund für alle“ bedeutet Ankommen, Teilhabe, Vielfalt und Mitgestaltung.
- uns dafür einsetzen, dass auch nicht-akademische Menschen als zuverlässige

Interessenvertretung eine Stimme finden und Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle gesellschaftlichen Gruppen attraktiver machen.

- Antidiskriminierung-Trainings für alle Mitarbeitenden in den Behörden verpflichtend machen, um sicherzustellen, dass Vorurteile und Diskriminierung systematisch bekämpft werden.
- in der Verwaltung eine Stabstelle für Antidiskriminierung einrichten, welche die Umsetzung antirassistischer Maßnahmen koordinieren und als zentrale Anlaufstelle dienen soll.
- gezielt auch Menschen in den Blick nehmen, die von Mehrfach-Diskriminierung betroffen sind (wie queere Geflüchtete, Schwarze Frauen mit Behinderung oder muslimisch gelesene Menschen aus der LGBTQIA+ Community).
- den Aktionsplan gegen Antisemitismus weiterentwickeln und umsetzen, der auch aktuelle antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft entgegenwirken soll.
- die Meldestelle für Rassismus weiter unterstützen, die 2023 vom Land finanziert wurde.

Für Teilhabe, die verbindet

Integration ist der Schlüssel zu einer starken und gerechten Gesellschaft. In Dortmund sollen alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Kultur oder sozialem Hintergrund – die gleichen Chancen haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Integration bedeutet nicht nur, den Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und sozialen Angeboten zu ermöglichen, sondern auch, die Teilhabe an politischen und kulturellen Prozessen zu fördern. Nur wenn sich alle Dortmunder*innen als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft erleben, kann unsere Stadt in ihrer ganzen Vielfalt und Stärke wachsen. Dafür setzen wir uns mit konkreten Maßnahmen und einer aktiven Unterstützung von Integrationsprojekten ein.

78 Daher werden wir

- 79 • die Umsetzung des „Masterplans Integration“ vorantreiben.
- 80 • die finanziellen Mittel für etablierte Integrationsprojekte sichern und
81 Kürzungen zurücknehmen oder kompensieren, um Integrationsangebote zu
82 erhalten und auszubauen.
- 83 • Integration und politische Bildung als Investition in die Zukunft
84 betrachten und fördern, da schlechte Integration zu sozialer Ausgrenzung
85 führt und Vorurteile gegenüber Migrant*innen fördert.
- 86 • Maßnahmen ergreifen, um einen niederschweligen Zugang zu
87 Integrationsangeboten zu schaffen und einen Zugang zu Finanzierungsmitteln
88 effizienter zu gestalten
- 89 • das Amt für Migration um den Bereich Integration erweitern und darin
90 insbesondere das Dienstleistungszentrum Migration & Integration (MigraDo)
91 einbinden.
- 92 • das „Kommunale Integrationszentrum Dortmund“ (MIA-DO-KI) verstetigen und
93 um weitere Angebote ergänzen, um eine effektivere Vernetzung und
94 Unterstützung für Migrant*innen zu gewährleisten.
- 95 • ehrenamtliche Sprachmittlerpools etablieren, wobei ehrenamtliche
96 Dolmetscher*innen Menschen, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache
97 haben, im Alltag unterstützen und damit die gesellschaftliche Teilhabe
98 fördern, z. B. durch Begleitung in Schulen, Kitas, Behörden und
99 gemeinnützigen Organisationen als unabhängige Dritte.
- 100 • das kommunal Mögliche tun und integrierten Menschen zur deutschen
101 Staatsbürgerschaft zu verhelfen.
- 102 • den Einbürgerungsakt würdiger und wertiger ausgestalten und die jährlichen

Feiern für neu eingebürgerte Menschen stärken.

- ausreichend Sprach- und Integrationskurse anbieten, auch in Kitas und Schulen sowie mit flexiblen Angeboten für Menschen mit Betreuungspflichten oder unflexiblen Arbeitszeiten.
- die Sprach- und Integrationsförderung insbesondere für EU-Zuwander*innen ohne Rechtsanspruch auf Integrationskurse anbieten.
- einen ganzheitlichen Ansatz entwickeln, der dezentraler und gleichzeitig vernetzter denkt, damit Integrationsmaßnahmen wirksam und nachhaltig sind, ohne die Niederschwelligkeit zu verlieren.
- die Anbindung von Organisationen und Initiativen aus dem migrantischen Bereich an die Stadtgesellschaft verbessern.
- in einem städtischen Informationsangebot ehrenamtliche Angebote bekannt machen.

Für echte Mitbestimmung

Mitbestimmung ist der Schlüssel zu einer lebendigen Demokratie und einer inklusiven Stadtgesellschaft und für Menschen mit internationaler Geschichte eine zentrale Voraussetzung für Integration. Doch noch immer sind viele Migrant*innen – insbesondere Nicht-EU-Bürger*innen – von wichtigen demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Dies verhindert nicht nur politische Teilhabe, sondern erschwert auch gesellschaftliche Integration. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Mitbestimmung für alle Menschen in Dortmund unabhängig von ihrer Herkunft möglich wird. Partizipation darf nicht nur theoretisch existieren, sondern muss in der Praxis zugänglich und barrierefrei gestaltet werden. Das bedeutet, dass Beteiligungsformate diverser werden, Verwaltung und Politik offener agieren und Engagement gezielt gefördert wird.

Dortmund muss eine Stadt sein, in der alle Menschen die Möglichkeit haben, sich einzubringen, ob in der Politik, in Vereinen, in der Verwaltung oder in kulturellen Initiativen. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen, die Hürden

131 abbauen, Selbstorganisation stärken und politische Prozesse für alle zugänglich
132 machen.

133 Deshalb werden wir

- 134 • uns für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrant*innen unabhängig von
135 ihrer Herkunft einsetzen.
- 136 • auf Landes- und Bundesebene dafür kämpfen, dass nicht-deutsche
137 Einwohner*innen in Dortmund wählen dürfen.
- 138 • die Rolle des Ausschusses für Integration und Chancengerechtigkeit in der
139 Dortmunder Kommunalpolitik stärken und uns für die Prüfung zusätzlicher
140 Kompetenzen und Rechte einsetzen, zum Beispiel durch nicht-
141 stimmberechtigte Mitglieder aus der Zivilgesellschaft im Ausschuss für
142 Integration.
- 143 • die Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen aus Nicht-EU-Staaten mit
144 Rederecht in allen Ausschüssen nach Düsseldorfer Vorbild in der
145 Wahlperiode 2025 bis 2030 forcieren.
- 146 • die personellen Kapazitäten in den Unterstützungsstrukturen erhöhen und
147 eine Stelle zur Akquise von Finanzmitteln einrichten, um bestehende
148 Unterstützungs- und Wohnungsangebote zu fördern.
- 149 • die Beratung für Arbeitssuche und berufliche Bildung für Zugewanderte aus
150 Südosteuropa und dem Westbalkan intensivieren.
- 151 • ein städtisches Programm zur Unterstützung von Zuwander*innen aus
152 Südosteuropa und dem Westbalkan einführen, das medizinische Versorgung und
153 Wohnraumhilfen beinhaltet.
- 154 • Integration und Stadtentwicklung stärker verknüpfen, um soziale und
155 ethnische Separierung zu verhindern.

- 156 • eine kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere

157 Migrant*innen sicherstellen und eine soziale Infrastruktur schaffen, die

158 verschiedene Lebensbiografien berücksichtigt.

- 159 • die Selbstorganisation neuer Zuwanderungsgruppen durch zusätzliche

160 Unterstützung und Schaffung von Räumen fördern.

- 161 • die Arbeit von Migrant*innen-Selbstorganisationen gezielt fördern und

162 stärken, indem bei steigendem Bedarf die Infrastruktur angepasst und Räume

163 geschaffen werden, um Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu

164 unterstützen.

- 165 • die Sichtbarkeit von Migrant*innen in Politik, Verwaltung, Unternehmen und

166 Vereinen erhöhen und Formate so gestalten, dass mehr Menschen inkludiert

167 werden können.

- 168 • Weiterbildungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für die Verwaltung anbieten

169 und die Kompetenzbewertung bei migrantischen Anstellungen verbessern.

- 170 • gezielt mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für politisches Engagement

171 gewinnen, da der Anteil migrantisierter Personen in der Politik nicht die

172 Gesellschaft abbildet.

- 173 • sicherstellen, dass fehlende Schul- und Kitaplätze (u3 und ü3) kein

174 Hindernis für ehrenamtliches Engagement sind und Kinderbetreuung als

175 unterstützende Maßnahme für politisches Engagement ausbauen.

- 176 • Teilhabe trotz unsicherem Aufenthaltsstatus ermöglichen: Auch Menschen mit

177 unsicherem Aufenthalt oder ohne Wahlrecht sollen sich beteiligen können.

- 178 • Mehrsprachigkeit als Leitlinie im Kontakt mit Dortmunder Behörden und

179 Ämtern etablieren.

- soziale Medien und digitale Räume für Ansprache und politische Partizipation nutzen.
- die etablierten politischen Räume verlassen und dorthin gehen, wo sich (junge) Menschen aufhalten, um niederschwellige politische Partizipation zu ermöglichen.
- aktiv Gespräche mit nicht politisch aktiven Menschen suchen und eine „Methodik“ entwickeln, um ihnen den Einstieg in politische Prozesse zu erleichtern.
- sicherstellen, dass die Stadt aktiv Mittel bereitstellt, um Zugänge zu Räumlichkeiten auch für unregelmäßige Zwecke zu ermöglichen.
- Stadtteil-Botschafter*innen in Dortmund nach dem Vorbild der Stiftung Polytechnische Gesellschaft einführen, um mehr gesellschaftliche Teilhabe von Menschen zwischen 15 und 27 zu ermöglichen.

Für gelebte Vielfalt

Vielfalt muss auch im Stadtleben sichtbar sein – im Sport, in Vereinen und in kulturellen Angeboten. Diese Vielfalt zu fördern und sie besser zugänglich zu machen, ist entscheidend für eine inklusive Stadtgesellschaft.

Dafür werden wir

- Vielfalt im Sport fördern, unter anderem durch Programme in Schulen.
- die Vielfalt der Sport- und Freizeitangebote in Dortmund sichtbarer machen und besser vermitteln.
- Informationen zu Angeboten so aufbereiten, dass alle Menschen Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten in Dortmund erhalten.
- bei Ausschreibungen interkulturelle Angebote besonders fördern.

- Vereine gezielt dabei unterstützen, sich für die Mitarbeit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu öffnen.
- die Einrichtung von Ehrenamtskoordinationen mithilfe der Dortmunder Freiwilligenagentur unterstützen, um Vorstände von Vereinen in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- Kooperationen zwischen Sportvereinen und Migrant*innen-Selbstorganisationen fördern.
- Sportanlagen auch für neu gegründete Vereine und Gruppen bereitstellen.
- Positivbeispiele wie den FC Merkur stärken, der seine Flächen für unterschiedliche Gruppen offen hält.
- einen Kulturentwicklungsplan erstellen und durch einen Beteiligungsprozess sicherstellen, dass Kulturangebote für alle da sind.
- Kultur und Integration stärker miteinander verknüpfen, um kulturelle Vielfalt in Dortmund sichtbarer und erlebbarer zu machen.
- das Projekt "imdo" der Alevitischen Gemeinde Dortmund e.V. fördern, dass aktiv den interkulturellen Dialog, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Bildung fördert und sich an Menschen mit internationaler Geschichte richtet.

Für queeres Leben in Dortmund

In Dortmund sollen die Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können. Gleichzeitig ist queere Vielfalt eine Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft. Doch queere Menschen erleben in vielen Lebensbereichen – von Schule und Ausbildung über den Arbeitsmarkt bis hin zum Gesundheitswesen – immer noch Diskriminierung. Gerade trans*, inter und nicht-binäre Personen sehen sich oft mit zusätzlichen Hürden konfrontiert, sei es im Zugang zu medizinischer

Versorgung oder bei der Anerkennung ihrer Identität. Zudem gibt es spezifische Bedarfe für queere Senior*innen, Jugendliche und LSBTIQ*-Personen mit Migrationsgeschichte, die gezielt berücksichtigt werden müssen (die Abkürzung LSBTIQ* steht für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter und queere Menschen).

Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der queere Menschen nicht nur sicher leben, sondern sich auch aktiv beteiligen und entfalten können. Dafür müssen Schutzräume ausgebaut, politische Strukturen gestärkt und queere Organisationen gezielt gefördert werden. Besonders wichtig ist es uns auch, LSBTIQ*-Jugendlichen in den Blick zu nehmen, die in ihrer Identitätsfindung oft mit gesellschaftlichem Druck und Vorurteilen konfrontiert sind. Deshalb werden wir gezielte Maßnahmen ergreifen, um Gleichstellung, Teilhabe und Akzeptanz von LSBTIQ*-Personen in Dortmund weiter voranzutreiben.

Wir werden

- den von uns initiierten LSBTIQ-Aktionsplan gegen die Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen weiter umsetzen und fortentwickeln.
- SLADO und andere LSBTIQ*-Initiativen sowie queere Vereine finanziell und strukturell unterstützen, die einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz und Unterstützung von LSBTIQ*-Personen leisten, jedoch auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind und nachhaltige Förderung benötigen.
- SLADO ermöglichen, als nicht stimmberechtigtes Mitglied eine Vertreter*in in den von uns geforderten städtischen Gleichstellungsausschuss zu delegieren.
- die Aktionen und Demonstrationen zum CSD und Trans*CSD in Dortmund erhalten, indem die Stadt Dortmund finanziell und organisatorisch stärker unterstützt, da die CSDs ein zentraler Ort für queere Sichtbarkeit und politische Forderungen sind.
- den Runden Tisch und die städtische Koordinierungsstelle für LSBTIQ* weiterentwickeln, und personell verstärken, um mehr Projekte und Anliegen der LSBTIQ*-Community koordinieren zu können.

- 259 • Konzepte für queere Senior*innen und deren spezifische Bedürfnisse

260 entwickeln, da sie im Alter vor spezifischen Herausforderungen stehen, die

261 in der Pflege und bei Wohnkonzepten auftreten.

- 262 • die Förderung von Seniorenheimen mit dem Qualitätssiegel „Lebensort

263 Vielfalt“ ausweiten, um queeren Senior*innen sichere und inklusive

264 Wohnangebote zu bieten.

- 265 • die Beratungsstrukturen für trans*- und nicht-binäre Personen in Dortmund

266 ausbauen und bündeln, da sie vor besonderen Herausforderungen im

267 medizinischen Bereich, in der Selbsthilfe oder im sozialen Umfeld stehen.

- 268 • bestehende LSBTIQ*-Strukturen gezielt für trans*-spezifische Themen

269 sensibilisieren.

- 270 • queere Kulturorte wie LesBiTrans*Takeover gezielt unterstützen, da sie

271 LSBTIQ*-Menschen sichere Räume und Möglichkeiten zur Vernetzung bieten.

- 272 • queere Aktionen in etablierte Kulturinstitutionen integrieren.

- 273 • Angebote wie queere Clubs und Kneipen fördern.

- 274 • gezielte Maßnahmen zum Schutz queerer Jugendlicher vor Ausgrenzung,

275 Benachteiligung und Angriffen umsetzen, die sie besonders in der Zeit

276 ihres Coming-Outs erleben.

- 277 • die Benennung von LSBTIQ*-Vertrauenspersonen an weiterführenden Schulen

278 etablieren.

- 279 • gendergerechte Jugendarbeit stärken und spezifische Interessen und

280 Bedürfnisse von Mädchen gezielt fördern.

- 281 • die Bedürfnisse von Jugendlichen, die sich männlich identifizieren, durch
282 die Förderung positiver Rollenbilder berücksichtigen und schädliche
283 Männlichkeitsstereotype hinterfragen.

- 284 • das SCHLAU-Projekt zur Durchführung von Workshops in Schulen und
285 Jugendeinrichtungen zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt dauerhaft
286 fördern.

- 287 • das Projekt SUNRISE als Treffpunkt und Beratungsstelle für queere
288 Jugendliche weiter unterstützen.

- 289 • eine (teil-)stationäre Jugendhilfeeinrichtung und eine Notschlafstelle für
290 queere Jugendliche einrichten.

- 291 • LSBTIQ*-Gleichstellung in Wirtschaft und Sport fördern, indem wir LSBTIQ*-
292 Aufklärung in Unternehmen fördern und LSBTIQ*-Beratungs- und
293 Informationsangebote für Studierende ausweiten sowie die Unterstützung von
294 LSBTIQ* im Sport fördern und ein Vielfaltsiegel für Sportvereine
295 einführen.

- 296 • den internationalen Austausch von LSBTIQ*-Aktivist*innen mit den
297 Partnerstädten Dortmunds fördern.

- 298 • in Zusammenarbeit mit SLADO einen Austausch initiieren, um die politische
299 Teilhabe und Akzeptanz von LSBTIQ*-Personen in den Partnerstädten zu
300 verbessern.

- 301 • den bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Gewaltopfer
302 umsetzen.

- 303 • barrierefreie Community-Angebote schaffen und Antidiskriminierungsarbeit
304 innerhalb der LSBTIQ*-Community unterstützen.

- 305 • Gruppen zum Austausch und zur Selbsthilfe für queere Menschen mit
306 Behinderungen sowie intersektionale Gruppen für LSBTIQ* Personen mit
307 Migrationsgeschichte ausbauen.

- 308 • den Ausbau von Unterstützungsangeboten für LSBTIQ*-Geflüchtete
309 vorantreiben, um ihnen Schutz und Beratung zu bieten, da insbesondere
310 LSBTIQ*-Personen aufgrund von Verfolgung aus ihren Herkunftsländern
311 fliehen.

- 312 • ein Konzept zur Erinnerung an die Geschichte der LSBTIQ*-Community
313 entwickeln und umsetzen, da die Geschichte geprägt von Verfolgung von
314 LSBTIQ*-Personen vor und nach 1945 ist, aber auch von aktivem Engagement
315 für Gleichberechtigung.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Demokratie

Text

1 Dortmund ist mehr als eine Großstadt. Es ist ein Ort der Vielfalt, des
2 Zusammenhalts und des Miteinanders von über 600.000 Menschen. Jede einzelne
3 dieser Stimmen trägt dazu bei, wie unsere Stadt aussieht, wie sie erlebbar ist
4 und wohin sie sich entwickelt. Eine lebendige Demokratie braucht Menschen, die
5 mitdenken, mitreden und mitgestalten wollen. Doch noch immer bleiben viele
6 Stimmen ungehört. Junge Menschen, Menschen mit Einschränkungen, Menschen ohne
7 akademische Bildung und viele mit internationaler Geschichte sind in politischen
8 Entscheidungen nicht ausreichend repräsentiert.

9 Wir wollen das ändern. Demokratie darf kein exklusiver Raum sein. Sie muss für
10 alle offenstehen, verständlich sein, zugänglich sein. Ob im Quartier, in der
11 Schule, am Arbeitsplatz oder im digitalen Raum, überall braucht es Möglichkeiten
12 zur Mitsprache und Mitentscheidung. Dafür setzen wir uns in Dortmund ein. Wir
13 wollen Beteiligung neu denken, bestehende Formate weiterentwickeln und neue Wege
14 gehen, um möglichst viele Menschen mitzunehmen. Denn wer hier lebt, soll auch
15 mitreden können!

16 Denn Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie lebt von einer aktiven und
17 informierten Gesellschaft. Um demokratische Werte zu schützen und ihre Bedeutung
18 zu vermitteln, braucht es Aufklärung, um die demokratischen Prinzipien in Zeiten
19 von wachsendem Populismus und Fake News immer wieder zu stärken.

20 Unsere Stadt ist so stark wie die Stimmen, die in ihr gehört werden – deshalb
21 verteidigen wir die Demokratie jeden Tag.

Für demokratische Beteiligung

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule der Demokratie. Es stärkt den sozialen Zusammenhalt, ermöglicht gesellschaftliche Mitbestimmung und fördert die Identifikation mit der eigenen Stadt. Gleichzeitig ist es für viele soziale, kulturelle und ökologische Projekte unverzichtbar.

Bürger*innenbeteiligung darf dabei nicht nur für eine kleine Gruppe Engagierter zugänglich sein. Oft sind es dieselben Stimmen, die in Prozessen gehört werden, während viele andere außen vor bleiben. Wir wollen Beteiligungsformate ausweiten, um mehr Menschen einzubeziehen. Dazu zählen auch Menschen mit Behinderung, die durch Barrierearmut und verständliche Texte beteiligt werden müssen. Jungen Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich niederschwellig politisch einzubringen. So können wir insgesamt auch daran arbeiten, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und damit Menschen für demokratische Wahlen zu mobilisieren. Auch Vereine, Verbände und Organisationen sind zentrale Akteure der Demokratie. Sie ermöglichen politische Bildung, gesellschaftliches Engagement und gemeinschaftlichen Austausch. Beiräte sind wichtige Schnittstellen zwischen Bürger*innen und Verwaltung und müssen über ihre beratende Funktion hinaus gestärkt werden.

Deswegen werden wir

- Dortmund zur führenden Engagement-Stadt im Ruhrgebiet machen, indem wir freiwilliges Engagement strukturell stärken und besser fördern.
- eine große städtische Kampagne zu Demokratie und Vielfalt initiieren, die Beteiligungsformate aufzeigt und zur Teilnahme motiviert.
- bestehende Beteiligungskonzepte weiterentwickeln.
- moderne, digitale und transparente Beteiligungsplattformen entwickeln, die mehr Menschen eine Teilnahme ermöglichen, sowie uns für die Einführung eines digitalen E-Petitionssystem mit Mitzeichnungsfunktion nach Vorbild des Deutschen Bundestages für die Stadt und die Stadtbezirke einsetzen.
- ein Partizipatives Budget im städtischen Haushalt bereitstellen, für die Förderung von Projekten, welche direkt von Bürger*innen, Initiativen und Vereinen

- 53 beantragt werden können.
- 54 • Bürgerforen, Bürgerräte, Quartierslabore und mehr direkte, frühzeitige
55 Bürgerbefragungen ermöglichen.
- 56 • ein städtisches Konzept zur Unterstützung von Engagement in Stadtteilen,
57 Vereinen und Initiativen entwickeln.
- 58 • bestehende Bürgerinitiativen gezielt fördern und als Vorbilder
59 hervorheben.
- 60 • das Ehrenamt besser vernetzen und stärken.
- 61 • den Zugang zu Sitzungen, Dokumenten und Informationen barrierefrei
62 gestalten.
- 63 • das behindertenpolitische Netzwerk aufwerten und es als starke Stimme für
64 Menschen mit Einschränkungen in der Politik etablieren, um
65 sicherzustellen, dass ihre Interessen stärker berücksichtigt werden.
- 66 • Gebärdendolmetscher*innen in weiteren politischen Sitzungen einsetzen.
- 67 • Leichte Sprache in Beteiligungsformaten einsetzen.
- 68 • gezielt Menschen aus der Zivilgesellschaft einbinden, um die
69 Zusammensetzung der Beiräte diverser zu gestalten.
- 70 • die politischen Beiräte wie den Seniorenbeirat, den Integrationsrat, das
71 behindertenpolitische Netzwerk, den Beirat der unteren Naturschutzbehörde
72 stärken und mit mehr Rechten ausstatten.

- den Klimabeirat erhalten und stärken und einen beratenden Platz für den Klimabeirat im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) vorsehen.
- prüfen, wie das politische Gewicht der Beiräte erhöht werden kann und dazu auch die Wahl der Beiratsmitglieder in den Blick nehmen.
- zivilgesellschaftliche Institutionen wie die Dortmunder Frauenverbände im Gleichstellungsausschuss beratend hinzuziehen.
- neue Beteiligungsformate wie Jugendbürgerräte, Schüler*innenparlamente und ein Kinder- und Jugendparlament schaffen.
- einen Jugendbeirat schaffen, der junge Menschen in die Stadtpolitik einbindet.
- neue Formate für Mitbestimmung in Jugendzentren und Vereinen fördern.
- eine städtische Kampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung umsetzen, die gezielt Gruppen mit geringer Wahlbeteiligung anspricht.
- mehrsprachige Informationen und Wahlanleitungen bereitstellen und in der Wahlbenachrichtigung mehrsprachig auf diese Angebote hinweisen.
- niedrigschwellige Motivationsmaßnahmen wie „I Voted“-Sticker oder Rabatte für Wähler*innen testen.

Für demokratischen Zusammenhalt

Demokratie lebt davon, dass alle Menschen frei, sicher und gleichberechtigt an ihr teilhaben können. Doch viele Dortmunder*innen erleben täglich Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung – daher braucht es eine

konsequente Förderung und Absicherung von Beratungsstellen, die diesen Menschen helfen und sie unterstützen. Außerdem funktioniert Demokratie nur dann, wenn politische Entscheidungen nachvollziehbar sind und alle Menschen Zugang zu relevanten Informationen haben. Auch politische Bildung und interkultureller Austausch sind essenziell, um demokratische Werte zu fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Denn Demokratie muss früh vermittelt werden. Wer von klein auf erfährt, was Mitbestimmung bedeutet, wird auch als Erwachsene*r demokratische Werte leben und verteidigen. Aber auch Erwachsene müssen befähigt werden, politische Prozesse kritisch zu hinterfragen und sich gegen Manipulation zu wehren, gerade in Zeiten von Fake News, gezielter Desinformation und demokratiefeindlicher Hetze. Nicht zuletzt ist die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ein zentraler Bestandteil demokratischer Bildung. Wer sich bewusst mit der Geschichte auseinandersetzt, versteht die Bedeutung demokratischer Werte und erkennt frühzeitig autoritäre und rechtsextreme Tendenzen.

Wir werden

- bestehende Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus langfristig finanzieren und gezielt ausbauen, um schnelle und wirkungsvolle Unterstützung sicherzustellen.
- Demokratieförderprogramme stärken und weiterentwickeln, um Vereine, Organisationen und ehrenamtliche Initiativen in ihrem Einsatz für eine offene und diverse Gesellschaft zu unterstützen.
- eng mit Schulen, Jugendzentren und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, um rassistische und antisemitische Vorfälle frühzeitig zu erkennen und dagegen vorzugehen.
- die Information über kommunalpolitische Prozesse durch ein benutzer*innenfreundliches Ratsinformationssystem verbessern, damit politische Entscheidungen, Anträge und Beschlüsse leichter zugänglich und nachvollziehbar sind.
- politische Entscheidungen und ihre Umsetzung (Beschluss- und Umsetzungsverfolgung) in einer modernen Online-Plattform für Bürger*innen verständlich aufbereiten, zum Beispiel auf einer interaktiven Karte für

- 127 Straßen- oder Infrastrukturprojekte und diese Plattform auch in der
128 Dortmund-App implementieren.
- 129 • GIS-Daten (Geoinformationssysteme) als Open Data transparent
130 bereitstellen, um eine breitere Nutzung durch Wissenschaft,
131 Zivilgesellschaft und Bürgerinitiativen zu ermöglichen und die Darstellung
132 von GIS-Daten auch für Bürger*innen ohne politisches Mandat verständlich
133 und nachvollziehbar aufbereiten.
- 134 • Begegnungsorte und kulturellen Bildungsangebote gezielt fördern und
135 ausbauen, um Vorurteile zwischen Menschen mit verschiedenen Hintergründen
136 abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern.
- 137 • bestehende Einrichtungen wie Mondo Mio als Orte der politischen Bildung
138 und interkulturellen Begegnung erhalten und weiterentwickeln.
- 139 • neue Formate schaffen, in denen Menschen mit unterschiedlichen
140 Perspektiven ins Gespräch kommen können.
- 141 • das Konzept „Demokratie-Kita“ fördern, damit Kinder früh Mitbestimmung
142 erleben und demokratische Werte praktisch kennenlernen.
- 143 • den Schulunterricht zur Demokratieförderung um Workshops und interaktive
144 Formate ergänzen, die politische Teilhabe und Meinungsbildung fördern.
- 145 • gezielte Angebote zur politischen Erwachsenenbildung ausbauen, darunter
146 Informationsveranstaltungen, Medienkompetenz-Schulungen und
147 Argumentationstrainings gegen Fake News und Propaganda sowie Angebote zur
148 Förderung eines mündigen und kritischen Umgangs mit KI-generierten
149 Inhalten und sozialen Medien.
- 150 • Bildungsprogramme gegen Rechtsextremismus stärken, um
151 demokratiefeindlichen Ideologien aktiv entgegenzuwirken.

- neue Formate für politische Bildung gezielt für Kinder und Jugendliche schaffen.
- mit gezielten Initiativen gegen Hetze und Fake News die Manipulationen von Demokratiefeinden aufdecken und darüber aufklären.
- die Gedenkarbeit in Dortmund weiter ausbauen und sicherstellen, sodass die historische Erinnerung Teil des gesellschaftlichen Diskurses bleibt.
- neue, interaktive Gedenkformate entwickeln, die insbesondere junge Menschen ansprechen und sie zur aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte motivieren.
- Schulen und Bildungseinrichtungen gezielt dabei unterstützen, Projekte zur Aufarbeitung der NS-Zeit und zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus umzusetzen.
- darauf hinwirken, dass jedes Schulkind einmal in der Schullaufbahn eine KZ-Gedenkstätte oder andere Gedenkorte zu den Gräueltaten des Nationalsozialismus besucht.

Für klare Kante gegen Rechts

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind eine direkte Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. In Dortmund gibt es eine aktive rechtsextreme Szene, die immer wieder durch Aufmärsche, Hetze und Gewalt auffällt. Doch Dortmund ist auch eine Stadt, in der sich viele Menschen für Demokratie, Vielfalt und ein friedliches Miteinander einsetzen. Wir stehen fest an ihrer Seite und setzen uns für eine Stadtgesellschaft ein, die sich klar gegen rechts positioniert.

Dabei ist es nicht nur der klassische Neonazismus, der unsere Demokratie bedroht. Die AfD hat sich in den letzten Jahren immer weiter radikalisiert und ist heute eine Partei, die gezielt Hass schürt, rassistische Hetze betreibt und demokratische Institutionen angreift. Sie verharmlost den Nationalsozialismus, verbreitet Verschwörungserzählungen und ist mit ihrer Rhetorik eine geistige

Brandstifterin für rechtsextreme Gewalt. Ihre Strategie ist es, gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und das Vertrauen in demokratische Prozesse zu zerstören.

Rechtsextremismus beginnt nicht erst bei offener Gewalt, sondern bereits dort, wo Menschen gegeneinander ausgespielt, demokratische Werte in Frage gestellt und Hass als politische Strategie genutzt wird. Deshalb kämpfen wir nicht nur gegen die rechtsextreme Szene auf der Straße, sondern auch gegen diejenigen, die diese Ideologie in die Parlamente tragen.

Um Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen, braucht es ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, eine gut vernetzte Präventionsarbeit und eine konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten. Gleichzeitig müssen wir alle Formen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – auch in staatlichen Strukturen – benennen und bekämpfen. Wir setzen uns für eine Stadt ein, die klar Position gegen rechts bezieht – auf der Straße, in den Parlamenten und in der gesamten Gesellschaft.

Daher werden wir

- die Zusammenarbeit mit der AfD weiterhin verhindern, indem wir von allen demokratischen Parteien in Dortmund fordern, unserem Beispiel zu folgen und sich klar von der AfD und ihrer menschenverachtenden Politik zu distanzieren, da ihre Rhetorik Hass schürt, die Gesellschaft spaltet und die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert.

- zivilgesellschaftliche Initiativen und Bündnisse, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, finanziell und strukturell unterstützen.

- die Vernetzung dieser Gruppen verbessern, um ein starkes demokratisches Netzwerk zu schaffen.

- langfristige Rahmenverträge für demokratiefördernde Projekte einführen, um eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

- die Runden Tische gegen Rechts stärken, indem wir die bestehenden Runden Tische gezielt fördern und finanziell absichern, die in einzelnen Stadtteilen Vereine, Organisationen, Kirchen und engagierte Einzelpersonen

- 210 zur Arbeit gegen rechtsextreme Strukturen zusammenbringen und uns dafür
211 einsetzen, dass in möglichst allen Stadtteilen Runde Tische gegründet
212 werden und die Vernetzung verbessern.
- 213 • eine breite öffentliche Debatte über institutionellen Rassismus in
214 Dortmund anstoßen, da er sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens
215 zeigt, von Ungleichbehandlung in Behörden bis hin zu diskriminierenden
216 Praktiken bei Polizei und Verwaltung.
- 217 • Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte in der
218 Verwaltung zum Komplex institutioneller Rassismus verpflichtend einführen.
- 219 • von der Landesregierung fordern, das Thema institutioneller Rassismus in
220 die Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamt*innen aufzunehmen.
- 221 • eine lückenlose Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und ihrer Verflechtungen
222 mit der Dortmunder Neonazi-Szene fordern, da die Hintergründe am Mord an
223 Mehmet Kubaşık immer noch nicht vollständig aufgeklärt sind.
- 224 • darauf hinwirken, dass Polizei und Justiz mögliche Helfer*innen des NSU in
225 Dortmund identifizieren und strafrechtlich verfolgen.
- 226 • Polizei und Justiz auffordern, rechte Gewalt konsequenter zu verfolgen und
227 Täter*innen schneller zur Verantwortung zu ziehen.
- 228 • gewaltfreie Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche aktiv unterstützen und fördern,
229 da die Stadtgesellschaft in den letzten Jahren ihre Wehrhaftigkeit gegen
230 Neonazi-Aufmärsche gezeigt hat.
- 231 • alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um Aufmärsche und Aktionen der Nazis
232 zu verhindern.

- 233 • insbesondere Sitzblockaden und andere friedliche Protestformen gegen
234 rechtsextreme Demonstrationen unterstützen.

- 235 • sicherstellen, dass Gegendemonstrant*innen vor rechtsextremen Angriffen
236 geschützt werden, sie nicht kriminalisiert werden und ihre Demonstrationen
237 nicht durch überzogene Polizeimaßnahmen behindert werden.

- 238 • den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus stärken, der vor zehn Jahren auf
239 Antrag der GRÜNEN ins Leben gerufen wurde und sich als wirksames
240 Instrument gegen Rechts erwiesen hat, indem wir ihn kontinuierlich
241 weiterentwickeln, neue Schwerpunkte setzen, da sich die Bedrohung durch
242 Rechtsextremismus verändert hat und die Öffentlichkeitsarbeit rund um den
243 Aktionsplan verstärken, um mehr Menschen für den Kampf gegen Rechts zu
244 mobilisieren und die benötigten finanziellen Mittel bereitstellen und bei
245 Bedarf ausweiten.

- 246 • die Beratung für Opfer und Aussteiger*innen der rechten Szene stärken,
247 indem wir Beratungsstellen wie BackUp-ComeBack dauerhaft finanziell
248 absichern, da sie essenziell für die Opfer rechter Gewalt und für eine
249 erfolgreiche Präventionsarbeit sind und die Unterstützung für Opfer
250 rechter Gewalt sowie für Aussteiger*innen aus der Szene gezielt ausbauen.

- 251 • die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie stärken,
252 indem wir sie personell und finanziell stärken, damit sie ihre Arbeit in
253 der Beratung, Vernetzung und Entwicklung von Handlungsstrategien noch
254 effektiver leisten kann und den Fokus der Koordinierungsstelle auf
255 Vernetzung und strategische Planung ausweiten, um zivilgesellschaftliches
256 Engagement effektiver zu bündeln.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Sicherheit

Text

Dortmund ist eine Stadt voller Leben, voller Menschen, Begegnungen und öffentlicher Räume. Damit dieses Zusammenleben gelingt, braucht es das Gefühl von Sicherheit – tagsüber auf dem Weg zur Schule, abends auf dem Heimweg, immer auf allen Wegen. Doch Sicherheit bedeutet für unterschiedliche Menschen Unterschiedliches. Während manche bestimmte Orte als lebendig erleben, bedeuten diese für andere Stress, Ausschluss oder sogar Angst.

Wir glauben an ein Sicherheitsverständnis, das die Vielfalt Dortmunds ernst nimmt. Eine Stadt ist dann sicher, wenn sich alle in ihr sicher fühlen, unabhängig davon, woher sie kommen, wie sie aussehen oder wie sie leben. Sicherheit beginnt nicht erst mit Blaulicht, sondern mit guter Beleuchtung, erreichbaren Ansprechpartner*innen, respektvollem Umgang und verlässlicher Unterstützung im Alltag.

Dafür braucht es eine Polizei, die bürger*innennah und transparent arbeitet, einen Ordnungsdienst, der sensibel hilft und unterstützt, und kommunale Strukturen, die Schutz bieten, ohne zu stigmatisieren. Es braucht Schutzräume genauso wie Vertrauen, Ansprechbarkeit genauso wie klare Haltung gegen Gewalt. Dortmund hat in vielen Bereichen bereits wichtige Schritte getan, jetzt geht es darum, die nächsten zu gehen. Mit Blick auf soziale Realitäten. Mit einem Ohr für Betroffene. Und mit dem Ziel, dass alle Menschen diese Stadt als ihren sicheren Ort erleben können.

Für bürger*innennahe Polizei und Ordnungskräfte

Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen frei, ungezwungen und gleichzeitig sicher bewegen können. Dazu ist eine bürger*innennahe Polizei notwendig, die alle Menschen fair und respektvoll behandelt. Wir sehen und begrüßen den Weg, den die Dortmunder Polizei hin zu einer diskriminierungsfreien Polizeiarbeit angestoßen hat, hören aber auch weiterhin die Erfahrungen von Menschen aus von Diskriminierungen betroffenen Gruppen.

Wir werden

- regelmäßige Streifen einer bürger*innennahen Polizei und des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) einsetzen, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und Rechtsverstöße durch schnelles und regelmäßiges Einschreiten zu verhindern.
- die kommunale Ordnungspartnerschaft wieder vermehrt einsetzen, da paritätisch besetzte Streifen aus Polizei und Ordnungsamt zu einer höheren Sicherheit und einem erhöhten Sicherheitsgefühl beitragen.
- die Einrichtung einer unabhängigen, kommunalen Beschwerdestelle anstreben, die Beschwerden zum Verhalten von Polizei und Ordnungsbehörden vertraulich mit den Behörden bespricht, Beratung bei möglichen Rechtsverstößen anbietet und das Vertrauen in die Ordnungsbehörden und Polizei stärkt.
- uns dafür einsetzen, dass sich die Stadt auf Landesebene dafür stark macht, das Elektro-Taser-Modellprojekt in Dortmund zu stoppen.
- Videobeobachtung und Videoüberwachung im öffentlichen Raum nicht weiter ausbauen und zurückbauen, da sie zu Stigmatisierung und Verdrängungseffekten führen, ohne die eigentlichen Probleme zu lösen und gleichzeitig in persönliche Freiheitsrechte eingreifen.
- die Digitalisierung der Leitstelle des Außendienstes des KOD weiter vorantreiben, um Effizienz zu steigern, bevor noch mehr Personal aus den knappen städtischen Mitteln geschaffen werden muss.
- uns dafür einsetzen, dass die politische Beteiligung bei Entscheidungen

zur Aufgabenwahrnehmung, zu inhaltlichen Schwerpunkten und zu den Einsatzgebieten des Ordnungsdienstes erhöht wird.

- darauf hinwirken, dass Mitarbeitende des Ordnungsdienstes und andere Einsatzkräfte vor verbalen und körperlichen Angriffen geschützt werden und bei Anzeigeverfahren beraten werden, zum Beispiel durch ein Meldesystem und die Verstärkung der von den GRÜNEN initiierten kommunale Fachstelle "Gewalt gegen Rettungs- und Ordnungskräfte".

Für Awareness bei Ordnungsbehörden

Die Ordnungsbehörden der Stadt haben den Auftrag, für die Sicherheit von allen Menschen in Dortmund zu sorgen. Insbesondere für von Diskriminierung betroffene Gruppen wird diese Sicherheit nicht immer vermittelt. Wir streben mehr Austausch und kooperative Formate zwischen Interessenvertretungen und Ordnungsbehörden an. Von einem erhöhten Sicherheitsgefühl diskriminierter Gruppen profitieren auch die Ordnungsbehörden selbst, weil das Vertrauen ihnen gegenüber gestärkt wird. Denn nahbare und ansprechbare Ordnungskräfte stärken das Sicherheitsgefühl aller gesellschaftlichen Gruppen.

Wir werden

- alle Mitarbeitenden des städtischen Außendienstes (u.a. kommunaler Ordnungsdienst) im Umgang mit vulnerablen und von Diskriminierung betroffenen Gruppen geschult werden und dabei Interessenvertretungen dieser Gruppen beteiligen.
- alle Mitarbeitenden des städtischen Außendienstes im Umgang mit psychisch kranken Personen sowie Personen in psychischen Ausnahmesituationen schulen.
- insbesondere Kontrollen und Ordnungsmaßnahmen nicht aufgrund von bestimmten äußeren (zum Beispiel ethnischen oder religiösen) Merkmalen verstärkt werden (Racial Profiling) und die Einführung von Kontroll-Quittungen wie in Bremen prüfen.
- die optische Angleichung von Ordnungsamt an die Polizei rückgängig machen,

da sie für den Großteil der Bürger*innen kaum mehr zu unterscheiden sind und dadurch die unterschiedlichen Aufträge der Behörden sowohl optisch, aber auch im Auftreten, nicht mehr trennbar sind.

- regelmäßige externe Evaluation von polizeilichen und ordnungsbehördlichen Maßnahmen durchführen um Rassismus und Diskriminierung systematisch zu erkennen und zu bekämpfen.
- durch diese Evaluation und durch weitere Maßnahmen eine sichtbare Fehlerkultur innerhalb der Behörden etablieren.
- ein Gremium im Rahmen der Umsetzung des Masterplans Kommunale Sicherheit 2.0 zur Beratung von Konfliktthemen im Bereich der Obdach- und Wohnungslosigkeit und Drogenkonsum schaffen, das Politik, Ordnungsbehörden, Beratungsstellen, Interessenvertretungen der Betroffenen und der Händler*innen und weitere Beteiligte einbindet.
- die Ausrüstung vom Ordnungsamt mit einem Schlagstock (sog. „Einsatzmehrzweckstock“) beenden, bis dahin den Einsatz kritisch evaluieren, insbesondere durch transparente, regelmäßige Berichte zum Einsatz im zuständigen Ausschuss (Berichtspflicht), und klarere Einsatzregeln (Dienstvorschriften) schaffen und entsprechende Schulungen vertiefen.
- den Einsatz von Schulterkameras („Bodycams“) bei kommunalen Ordnungsdienst nach dem Modellprojekt kritisch evaluieren.
- prüfen, ob der kommunale Ordnungsdienst die Bodycams stets bei bestimmten Ordnungsvergehen (z. B. Erteilung von Platzverweisen) oder Handlungen (z. B. Ziehen des Schlagstocks) eingeschaltet haben muss.
- uns für eine diversere Ordnungsbehörde einsetzen, die gesellschaftliche Breite bei Besetzungsverfahren stärker abbildet.

Für den Schutz aller Menschen

Nur wer sich sicher fühlt, kann sich wohlfühlen! Das erreichen wir durch den Abbau von Angsträumen, mehr Aufenthaltsqualität, niederschwellige Ansprechpartner*innen und gute Schutzkonzepte.

Damit sich in Dortmund alle Menschen wohlfühlen können, werden wir

- die subjektive Sicherheit durch eine höhere Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze und Räume erhöhen.
- die Ergebnisse der in den letzten Jahren mit gelosten Bürger*innen durchgeführten Quartierslabore bezüglich des Abbaus von subjektiv bedrohlichen Orten umsetzen.
- die Dortmund App für Meldungen technischer Störungen (defekte Aufzüge, Beleuchtung usw.) weiterentwickeln.
- das Erfolgsmodell der Dortmund Guides ausbauen und durch deren Präsenz die subjektive Sicherheit steigern, ohne dass sie ein Teil der Ordnungsbehörden sind.
- eine Räumlichkeit in der Innenstadt als zentrale Anlaufstelle der Dortmund Guides einrichten, die durch nächtliche Öffnungszeiten gleichzeitig als Schutzraum im Nachtleben dient.
- bei städtischen Großevents gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen und der Polizei eine Anlaufstelle anbieten, die auch als Schutzraum genutzt werden kann.
- niederschwellige Schutzkonzepte (nach dem Beispiel von „Luisa ist hier“ oder „Wo geht's hier nach Panama?“) bei allen städtischen Veranstaltungen und Veranstaltungen in städtischen Einrichtungen einführen .

- für diese Schutzkonzepte auch privater Gastronomie und Kultureinrichtungen Kampagnenmaterial anbieten.
- die Möglichkeit der Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen an diesen Maßnahmen durch personelle Verstärkung sicherstellen.
- uns dafür einsetzen, dass sich alle Menschen in unser Stadt sicherfühlen können - egal ob Familien beim Einkaufen, obdachlose Person auf dem Hellweg oder Freund*innen auf dem Heimweg von der Kneipe - und dass Menschen in schwierigen Lebenslagen nach dem Ansatz Prävention und Hilfe statt Repression und Verdrängung unterstützt werden.
- uns gegen Abzäunungen einsetzen, zum Beispiel indem wir den Platz von Amiens wieder öffnen.
- eine Fördermaßnahme für Vereine und Initiativen einführen, die sich aktiv an der Umsetzung und Weiterentwicklung jeglicher Anti-Messer-Kampagnen beteiligen, um lokale Akteure zu unterstützen, die mit innovativen Projekten und Maßnahmen zur Gewaltprävention beitragen und die Kampagnen vor Ort weitertragen.
- eine Präventionskampagne gegen das Tragen von Messern in Schulen, Jugendzentren und Vereinen in Dortmund initiieren, um durch Aufklärung, Sensibilisierung und konkrete Angebote zur Gewaltprävention von Sozialarbeiter*innen junge Menschen frühzeitig zu erreichen und ein klares Zeichen für ein sicheres, gewaltfreies Miteinander zu setzen.

Für starke Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz in Dortmund sind gut aufgestellt, was insbesondere dem hohen Engagement der haupt- und ehrenamtlichen Akteurinnen zu verdanken ist. Absehbar werden aber die Anforderungen an Feuerwehr und Katastrophenschutz durch die Folgen des Klimawandels und aufgrund der alternden Gesellschaft weiter steigen.

Um Dortmund darauf vorzubereiten, werden wir

- weiter das Ziel verfolgen, dass der Rettungsdienst in Notfällen den Einsatzort innerhalb der vom Rat der Stadt Dortmund festgelegten Schutzziele erreicht.
- die intelligente Verkehrssteuerung auch für Rettungskräfte nutzen, zum Beispiel eine grüne Welle für Feuerwehr und Rettungsdienst.
- uns ergänzend zu den Katastrophenwarnsystemen des Bundes für eine transparente und umfassende Information der Dortmunder*innen im Gefahrenfall einsetzen, wobei die bisherigen Möglichkeiten insbesondere auf Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit überprüft und ergänzt werden müssen, zum Beispiel bei der Nutzung von Cell Broadcast.
- den bestehenden Dortmunder Pandemieplan von 2012 auf Basis der Erfahrungen der Corona-Pandemie aktualisieren.
- den Schutz vor den Klimafolgen wie Hitzeperioden und Trockenheit, aber auch Starkregen mit Überschwemmungen durch Infrastruktur und mit den notwendigen finanziellen Mitteln stärken.
- das Engagement von Feuerwehr und Hilfsorganisationen bei der Gewinnung neuer Mitglieder wie mit dem von uns angestoßenen Recruiting-Konzept für die Feuerwehr weiter unterstützen, insbesondere auch von Dortmunder*innen mit Migrationsgeschichte.
- die Feuerwehr bei der Nachwuchsförderung und der Jugendarbeit der Jugendfeuerwehr unterstützen.
- auch die Nachwuchsförderung beim THW, DRK und weiteren Blaulichtorganisationen durch die Unterstützung der Jugendorganisationen stärken.
- uns für den Schutz von Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen bei den Rettungskräften vor verbalen und körperlichen Angriffen einsetzen und ein

184 Meldesystem sowie eine Beratung zu Anzeigeverfahren einführen.

- 185 • die von uns initiierte kommunale Fachstelle "Gewalt gegen Rettungs- und
186 Ordnungskräfte" weiter ausbauen.

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Macht heute, was morgen zählt.

Text

1 Was macht Dortmund aus? Es sind nicht nur Gebäude, Straßen oder Pläne – es seid
2 ihr, liebe Dortmunder*innen. Die Menschen, die in unserer Stadt leben. Die jeden
3 Tag den Laden am Laufen halten – trotz all der großen Herausforderungen. Ihr,
4 die morgens zur Arbeit fahrt, Kinder großzieht, Freund*innen helft, für andere
5 da seid, die sich kümmern. Und ihr, die euch – oft trotz eigener Belastungen –
6 ehrenamtlich engagiert, mit anpackt, etwas verändern wollt. Ihr, die Dortmund
7 Tag für Tag mitgestaltet – manchmal sichtbar, oft still im Hintergrund.

8 **Dafür sagen wir Danke.**

9 Und wir sagen auch: Wir sehen euch. Wir wissen, dass ihr diese Stadt
10 zusammenhaltet – gerade dann, wenn es schwer wird. Deshalb ist es unsere Aufgabe
11 als Politik, zuzuhören, hinzuschauen und gemeinsam Wege zu finden.

12 Denn die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß: die Klimakrise,
13 soziale Ungerechtigkeit, steigende Lebenshaltungskosten und ein System, das
14 vielerorts an seine Grenzen stößt. Aber wir glauben: Diese Herausforderungen
15 lassen sich bewältigen – wenn wir sie gemeinsam anpacken. Mit Ideen, die aus dem
16 Leben kommen. Mit politischem Mut. Und mit dem Willen, nicht nur zu reden,
17 sondern zu handeln.

18 **Wir wollen, dass Dortmund auch morgen lebenswert bleibt – für alle, nicht nur**
19 **für wenige.**

20 Ein Dortmund, das die Klimakrise nicht nur benennt, sondern wirksam bekämpft –

21 mit konsequentem Klimaschutz, mehr Grün, sauberer Luft, erneuerbaren Energien,
22 einer nachhaltigen Wärmeversorgung und einer Stadtentwicklung, die auf
23 Entsiegelung, Begrünung und Hitzeschutz setzt. Eine Stadt, in der
24 Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zusammen gedacht werden – weil wir
25 wissen, dass die Folgen der Krisen nicht alle gleich treffen.

26 Ein Dortmund, das Mobilität neu denkt – sicher, stressfrei, barrierefrei. Mit
27 einem Nahverkehr, der pünktlich, bezahlbar und gut ausgebaut ist. Mit Rad- und
28 Fußwegen, die verbinden statt zu trennen. Unser Ziel ist eine Stadt, in der
29 jede*r gut ankommt – unabhängig vom Alter, Einkommen oder Stadtteil. Und in der
30 die Verkehrswende nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Chance
31 ist.

32 Ein Dortmund, das niemanden zurücklässt – in dem jedes Kind mit den gleichen
33 Chancenaufwachsen kann. In dem junge Menschen ernst genommen und gehört werden.
34 In der Inklusion gelebt wird. In dem Wohnen kein Luxus ist, sondern ein Recht.
35 In dem Schulen gut ausgestattet sind, Gesundheitsangebote für alle zugänglich
36 sind, Kultur und Sport für alle stattfinden und Vielfalt, als das gesehen wird,
37 das sie ist: Unsere größte Stärke. Eine Stadt, in der Teilhabe nicht von
38 Sprache, Herkunft, Geschlecht oder Alter abhängt, sondern einfach von dem
39 gemeinsamen Gedanken, Dortmund besser zu machen.

40 **Unser Ziel ist eine Stadt, die nicht verwaltet wird, sondern gemeinsam mit euch**
41 **gestaltet.**

42 Eine Stadt, die Herausforderungen nicht aufschiebt, sondern anpackt. Eine Stadt,
43 in der wir gemeinsam Zukunft möglich machen – mit Haltung, mit Herz und Verstand
44 und am wichtigsten: Mit euch!